



Hessischer Landtag

II. Wahlperiode

Drucksachen Abteilung III
Nr. 3

Ausgegeben am 3. Februar 1951

Stenographischer Bericht

über die

3. Sitzung

Wiesbaden, den 10. Januar 1951, 9 Uhr

Tagesordnung:		Seite
1. Entgegennahme einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Georg August Zinn		17
2. Stellungnahme des Landtags zu der Regierungserklärung		28
3. Beschlußfassung gemäß Artikel 101 Abs. 4 der Verfassung des Landes Hessen (Vertrauensfrage)		51
Hierzu:		
Antrag der Fraktion der SPD		
— Drucksachen Abt. I Nr. 8 —		
Angenommen		Seite 52
4. Vereidigung der Staatsminister gemäß Artikel 111 der Verfassung des Landes Hessen		52
Vollzogen		Seite 52

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Zinn, Minister des Innern Zinnkann, Minister der Finanzen Dr. Träger, Minister für Erziehung und Volksbildung Metzger, Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft Fischer, Staatssekretär Bach, Ministerialdirektor Dr. Reuß, Ministerialdirektor Wittrock, Ministerialdirektor Keil, Ministerialdirektor Viehweg, Ministerialdirektor Dr. Magnus, Ministerialrat Dr. Kühn.

Rednerverzeichnis:

Präsident Witte 17, 28, 49, 51, 52	Abg. Dr. Czermak 46
I. Vizepräsident Schröder 40, 46	Abg. Dr. Hilpert 40
Abg. Bleek 32	Abg. W. Wittrock 49
Abg. Bodenbender 28	

Ministerpräsident Zinn 17, 28, 52

(Eröffnung der Sitzung 9.08 Uhr).

Präsident Witte:

Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die dritte Plenarsitzung des Hessischen Landtags. Die Tagesordnung lautet:

1. Entgegennahme einer Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Zinn,
2. Stellungnahme des Landtags zu der Regierungserklärung,
3. Beschlussfassung gemäß Art. 101 Abs. 4 der Verfassung des Landes Hessen,
4. Vereidigung der Herren Staatsminister gemäß Art. 111 der Verfassung des Landes Hessen.

Ich höre keinen Widerspruch; die Tagesordnung gilt als genehmigt.

Ehe wir in die Verhandlungen eintreten, habe ich Ihnen an amtlichen Mitteilungen bekanntzugeben, daß sich für die heutige Sitzung Herr Abg. Euler (FDP) wegen dienstlicher Verhinderung entschuldigt hat. Urlaub gemäß § 2 unserer Geschäftsordnung haben wegen Krankheit die Herren Abgeordneten Köcher und Völker beantragt. Ich höre auch hier keinen Widerspruch; die Urlaube sind damit genehmigt.

Meine Damen, meine Herren! Ich rufe nunmehr **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Entgegennahme einer Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Zinn

Ich darf den Herrn Ministerpräsidenten bitten, das Wort zu nehmen.

Ministerpräsident Zinn:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für mich mehr als eine dem parlamentarischen Brauch und dem politischen Takt entsprechende Pflicht, wenn ich in diesem Augenblick zunächst meinem Amtsvorgänger, den Mitgliedern seiner Regierung und allen ihren Mitarbeitern den Dank ausspreche.

(Beifall und Händeklatschen bei SPD und CDU)

Ich sage ihnen allen Dank für das, was sie für das Land Hessen, seine Bevölkerung und darüber hinaus in dem zähen Ringen um eine größere deutsche Einheit und eine bessere deutsche Zukunft geleistet haben.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Bravo!)

Ich will nur zwei Namen nennen; den meines Amtsvorgängers, Ministerpräsident Christian Stock, und den seines Stellvertreters, des Finanzministers Dr. Werner Hilpert.

(Beifall bei SPD, CDU und BHE)

Beide haben das politische Gesicht und Wollen des nun scheidenden Kabinetts maßgebend bestimmt. Der eine hat mit seiner abwägenden Vorsicht und seiner väterlichen Güte, die bei jeder politischen Entscheidung nicht nur die Einsicht der Vernunft, sondern mehr noch das rein Menschliche sprechen ließen, sich die Herzen aller gewonnen. Der andere hat durch seine Tatkraft, seinen politischen Blick und die Zähigkeit, mit der er ein einmal gestecktes Ziel verfolgte, dazu beigetragen, manche schwierige Situation zu meistern. Darüber hinaus schuf er sich und dem Lande Hessen in den Organen des Bundes eine beachtliche Stellung, die es zu erhalten gilt. Es ist für mich eine Genugtuung, daß die nunmehr scheidenden Männer der bisherigen Regierung ausnahmslos dem Hohen Hause als Mitglieder angehören und daß sie so mit ihrer Tatkraft und ihrer Einsicht dem Hessenlande auch in Zukunft dienen können.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Bravo!)

Ohne die unermüdliche Arbeit des ersten Hessischen Landtags wäre die Tätigkeit des scheidenden Kabinetts ohne Erfolge geblieben. Beide zusammen, der erste Hessische Landtag und die erste hessische parlamentarische Regierung, haben das Fundament geschaffen, auf dem die neue Regierung wird aufbauen müssen.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Bravo!)

Diese neue Regierung setzt sich aus Männern zusammen, die nicht nach ihrem engeren politischen Einfluß, nicht nach regionalen Gesichtspunkten oder mit Rücksicht auf persönlichen politischen Ehrgeiz ausgewählt worden sind. Bei der Auswahl meiner Minister ging ich von den Aufgaben aus, vor die sich die neue Regierung in Hessen und im Bunde gestellt sieht. Die Fähigkeit und Bereitschaft eines jeden, diese Aufgabe unter den höheren Gesichtspunkten zu lösen, die sich aus den von mir zu bestimmenden politischen Richtlinien ergeben, waren für mich entscheidend. Jeder einzelne von ihnen übernimmt mit dem ihm übertragenen Amt eine ehrenvolle, aber zugleich gerade in diesen Zeiten besonders große und schwierige Aufgabe, die nur der zu erfüllen vermag, der mit dem Mut zur Verantwortung den Willen zur Tat verbindet.

Wie ich dem Herrn Präsidenten des Hohen Hauses bereits mitteilte, habe ich den mir am 14. Dezember 1950 erteilten ehrenvollen Auftrag, eine neue Landesregierung zu bilden, erfüllt. Ich darf Ihnen die Mitglieder der neuen Landesregierung vorstellen. Ich habe gemäß Art. 101 der hessischen Verfassung ernannt

zum Hessischen Minister des Innern:

Herrn Landtagsabgeordneten Heinrich Z i n n k a n n,

zum Hessischen Minister der Finanzen:

Herrn Dr. Heinrich T r o e g e r,

zum Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung:

Herrn Landtagsabgeordneten Ludwig M e t z g e r,

zum Hessischen Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft:

Herrn Landtagsabgeordneten Heinrich F i s c h e r.

Das Amt des Hessischen Ministers der Justiz werde ich selbst übernehmen. Zu meinem Stellvertreter habe ich Herrn Minister Heinrich Zinnkann ernannt.

Für diese Landesregierung bitte ich gemäß Art. 101 Abs. 4 der hessischen Verfassung um das Vertrauen des Hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe bei der Erledigung des Auftrages, eine neue Landesregierung zu bilden, nach reiflicher Überlegung mit meinen politischen Freunden von jeder koalitionsmäßigen Bindung abgesehen und die Männer meines und unseres Vertrauens dem mir nahestehenden politischen Kreis entnommen. Obwohl es sicher sehr schwer ist, eine politische Entscheidung wie die vom 19. November 1950 zutreffend zu deuten, glauben wir damit dem Willen der Wähler zu entsprechen, wie er uns an jenem Novembertag zum Ausdruck gekommen zu sein scheint. Mehr aber noch waren Erwägungen bestimmend, die sich aus der Veränderung der politischen Situation seit dem Ende des Jahres 1946 ergeben. Damals standen wir noch ganz unter dem Eindruck des in unserer Geschichte beispiellosen materiellen und seelisch-geistigen Zusammenbruchs des Jahres 1945. Das Volk in Hessen hatte sich zwar eine Verfassung gegeben, die das trotz aller Bemühungen noch überall sichtbare staatsrechtliche Chaos ordnen sollte. Aber mit diesem Werk war eine deutsche Selbst-

Ministerpräsident Zinn

bestimmung in den Grenzen eines Landes nicht verbunden. Die Machtverteilung, die die eigentlichen Regierungsbefugnisse in den Händen der Besatzungsmächte ließ und dem Lande nur eine beschränkte, kontrollierte Selbständigkeit einräumte, dauerte an. Jede Maßnahme sowohl der Verwaltung wie auch der Gesetzgebung war nicht nur das Ergebnis der Aussprache und Abklärung zwischen den zuständigen verfassungsmäßigen Organen des Landes, sondern sie war außerdem noch an die Zustimmung der Besatzungsmacht gebunden.

Neben der täglichen Sorge, jedem einzelnen das nackte Leben zu sichern, mußte es eine der dringendsten Aufgaben der bisherigen hessischen Landesregierung und des ersten Hessischen Landtages sein, das Verfassungswerk durch den Erlass einer Reihe wichtiger Ausführungsgesetze zu vollenden. Dies und nicht nur die politische Zusammensetzung des ersten Hessischen Landtages war der Grund dafür, in der ersten parlamentarischen Regierung des Landes jene politischen Kräfte zusammenzufassen, die vor dem Volke die erste Verantwortung für das neue Verfassungswerk übernommen hatten.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Heute stehen wir vor einem neuen Anfang. Der institutionelle Ausbau des Verfassungswerkes ist in wesentlichen vollendet. Der größere geschichtliche Abstand, der uns von den unseligen zwölf Jahren bis 1945 trennt, die Veränderung der weltpolitischen Lage, die Einsicht und das Bemühen um Gerechtigkeit auch gegenüber unserem Volke haben das Verhältnis der Besatzungsmacht zu uns geändert. Ich hoffe, daß es nicht mehr von dem Geist des „Unconditional Surrender“ bestimmt sein wird, sondern daß sehr bald die Besatzungsmacht zu einer Schutzmacht werden wird.

(Beifall des gesamten Hauses)

Deshalb glaube ich, daß eine klare parlamentarische Mehrheit — solange es nicht oder noch nicht um die elementarsten Lebensfragen des Landes geht, deren Lösung keine Meinungsverschiedenheiten duldet — zu einer ihr entsprechenden eindeutigen Regierungsbildung führen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Wir folgen damit zugleich Überlegungen, die gerade Kreise der nun nicht bei der Regierungsbildung beteiligten politischen Gruppen, wie die CDU zur Zeit des Parlamentarischen Rates und wenigstens zunächst auch die Fraktion der FDP im ersten Hessischen Landtag veranlaßt haben, statt des jetzigen Wahlrechts im Bunde und des seitherigen und jetzigen Wahlrechtes im Lande die Einführung des Mehrheitswahlrechtes zu empfehlen. Gerade diesem Wahlrecht wird ja vielfach zugeschrieben, daß es die Bildung klarer Mehrheitsverhältnisse und entsprechender Regierungen ermögliche.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Das menschliche Leben besteht meist aus Kompromissen. Sie sind gut, wenn sie das Ergebnis guten Willens, des Abwägens und des gegenseitigen Überzeugens sind. Doch sie sind schlecht, wenn sie, wie — vielleicht zu Unrecht — im politischen Leben oft unterstellt wird, in den Niederungen politischer Handelsgeschäfte zustandekommen. Wenn es so ist, werden sie als Provisorien ausgegeben, von denen die Beteiligten sehr genau wissen, daß sie definitiv wirken. Sie spiegeln die Resignation wider, sich gegenseitig nicht überzeugen zu können.

Die Übernahme der Regierungsgewalt durch die neue Regierung bedeutet nicht eine „Machtübernahme“,

wie sie von großen Teilen unseres Volkes in einer unseligen nächtlichen Stunde einmal verstanden und gutgeheißen worden ist. Die neue Regierung wird ihre Geschäfte in dem Bewußtsein führen, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

(Beifall bei der SPD)

Sie wird so ihre Befugnisse unter den Voraussetzungen, in den Formen, mit den Methoden und unter den Garantien der Demokratie ausüben. Das bedeutet für jedermann die Wahrung der Menschenrechte, für Regierung und Opposition die strenge Beachtung der parlamentarischen Regeln. Das Vertrauen des Volkes und die eigene Leistung sollen einmal die Rechtfertigung für den weiteren Bestand dieser Regierung sein.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Die vorgelegte Kabinettsliste läßt erkennen, daß ich davon abgesehen habe, die auch in der Öffentlichkeit mehrfach erörterte Frage aufzuwerfen, ob der im Jahre 1949 gefaßte Beschluß, die Zahl der Fachministerien zu verringern, im vollen Umfang aufrechterhalten werden kann. Die grundgesetzliche Teilung der Funktionen, nach der die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben Sache der Länder ist, soweit das Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt, hat auf administrativem Gebiete nicht — wie ursprünglich erhofft — eine fühlbare Entlastung, sondern in gewissem Umfange eine stärkere Beanspruchung des Landes mit sich gebracht. Und auf dem Gebiete der Legislative wird das Land, soweit es dazu im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung zuständig ist und sofern es notwendig erscheint, noch gelegentlich tätig sein müssen, weil die unter Zeitnot arbeitenden verfassungsmäßigen Organe des Bundes oft kaum die Fülle der Probleme bewältigen können.

Dennoch ist es nicht angebracht, die Frage einer Vermehrung der Ressorts aufzurollen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Mängel, die aufgetreten sind, lassen sich in gewissem Umfange durch eine zweckmäßigere Geschäftsverteilung und durch die Verweisung von Verwaltungsaufgaben, die jetzt noch in den Ministerien erledigt werden, an nachgeordnete Instanzen beheben.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Sehr richtig!)

Zum anderen Teil geschieht es bereits dadurch, daß ich selbst die Leitung des Justizministeriums übernehmen werde.

Dem verständlichen Wunsch der hessischen Bauernschaft nach einer stärkeren ressortmäßigen Berücksichtigung ihrer Interessen glauben wir zu gegebener Zeit durch geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen entsprechen zu können. Bei allen diesen Überlegungen darf man sich nicht von staatsrechtlichen Theorien leiten lassen, die in Gelehrtenstuben entwickelt werden, noch weniger von einem engen föderalistischen Selbstbewußtsein, das in einer Zeit, in der es um das Leben und den Bestand der Nation geht, einer tragischen Selbstgefälligkeit nicht entbehren würde.

Es darf nicht übersehen werden, daß ein deutsches Land nur zu einem Teil Aufgaben zu erfüllen hat, die einer originären Eigenstaatlichkeit entspringen. Es hat politisch und staatsrechtlich daneben den Charakter eines autonomen Verwaltungsbezirks des Bundes. Entsprechend einfach und klein sollte das oberste Regierungsorgan des Landes gestaltet sein. Die sentimentale Erinnerung an die Zeiten hessischer Serenissimi sollte man dabei überwinden.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die Eigenstaatlichkeit der Länder hat seit jenem Tage, an dem die erste parlamentarische Regierung Hessens ihre Amtsgeschäfte übernahm, eine wesentliche Änderung erfahren. Damals führten die Länder überwiegend noch ein Eigenleben, und die über die Grenzen des Landes hinausgehende Regierungstätigkeit gewann nur schrittweise an Bedeutung. Gar oft mußte die Initiative der Besatzungsmacht Hemmnisse überwinden, die allzu enges föderales Denken bereitete. Es war die Zeit, in der Deutschland durch ein Dutzend Ministerpräsidenten repräsentiert wurde. Sie haben manchen notwendigen und erfolgreichen Schritt auf dem Wege zu einer größeren deutschen Einheit getan. Nicht selten aber sind sie das Symbol deutscher Uneinigkeit und Zerrissenheit gewesen.

Die Periode der isolierten Länderpolitik liegt nunmehr endgültig hinter uns. So wie das mahnende Gewissen gesamtdeutscher Verantwortung meine Freunde und mich während der Beratungen des Parlamentarischen Rates einen leidenschaftlichen Kampf um eine mehr unitarische Lösung der deutschen Frage führen ließ, wird es das Ziel der neuen Regierung sein, dieses Land so zu gestalten, daß es nicht nur die Lebensfähigkeit des Bundes sichert, sondern sich dereinst und jederzeit auch harmonisch in ein größeres Deutschland, ein Land deutscher Freiheit und Einheit einfügt.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Beifall bei CDU und BHE)

Dieses Ziel kann unter voller Wahrung des wirtschaftlichen Zusammenhangs, des gesellschaftlichen Gefüges und der geschichtlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes erreicht werden.

Auch Hessen ist, wie manches andere deutsche Land, ein zufälliges Ergebnis der Besatzungspolitik des Jahres 1945. Die Vorstellung, daß das Zeitalter der Postkutsche und kleindeutscher Residenzen die den Deutschen genehme Welt sei, bestimmte gar zu sehr die Entschlüsse der Generäle und ihrer Regierungen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr richtig!)

Deshalb wird auch für uns eines Tages das Problem der Neugliederung des Bundesgebietes und die damit zusammenhängende Frage der Veränderung oder der Erweiterung der hessischen Grenzen auftauchen.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr richtig!)

Ich weiß, daß eine willkürliche Grenzziehung im Mündungsgebiet des Mains und an den Ufern des Rheines manches zerrissen hat, was geschichtlich, kulturell, wirtschaftlich und sozial, ja auch kommunalpolitisch eine Einheit war.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Stunde, in der diese Fragen zu erörtern sind, mag angesichts der zu erwartenden Revision des Besatzungsstatutes und der zu erhoffenden Erweiterung der deutschen Souveränität näher sein, als wir bei der Eröffnung der Militärgouverneure, daß eine Neugliederung im Sinne des Artikels 29 des Grundgesetzes nicht vor Abschluß eines Friedensvertrages in Aussicht genommen werden könne, erwartet haben. Wir werden uns an der Lösung aller dieser Fragen mit jenem politischen Takt gegenüber den Regierungen anderer Länder beteiligen, den wir selbst von ihnen erwarten. Diese Fragen dürfen nicht unter dem Gesichtspunkt eines kleinlichen föderalen oder gar fremden Imperialismus behandelt werden,

(Sehr gut! bei der SPD — Abg. W. Wittrock [SPD]: Ausgezeichnet!)

sondern nur, um in gesamtdeutscher Verantwortung nach dem Willen der Bevölkerung und nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten lebensfähige Glieder eines einigen Deutschlands zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das Land Hessen war — wie ich sagte — das zufällige Ergebnis der Besatzungspolitik. Dennoch erfüllt es alle Voraussetzungen, um im Sinne des Artikels 29 des Grundgesetzes zu einer organischen Einheit zu werden. Das Land Hessen ist nur ein Land mittlerer Größe. Seine Rohstoffbasis ist beschränkt und seine Finanzkraft unzureichend. Nicht nur im eigenen Interesse, nicht nur aus dem Bestreben, seine Eigenständigkeit zu wahren, oder aus dem natürlichen Trieb zur Selbsterhaltung, sondern im Interesse einer ökonomischen, sozialen und finanziellen Ausgeglichenheit des ganzen Bundes muß sich Hessen gegen Bestrebungen zur Wehr setzen, die unter Ausnutzung der föderalistischen Struktur des Bundes zu einer Hegemonie von ebenso zufälligen Ländern führen sollen oder müssen, die durch ein stärkeres wirtschaftliches und finanzielles Potential vom Schicksal begünstigt worden sind.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Die neue Regierung will eine Regierung des Volkes und für das Volk sein. Gerade deshalb will und wird sie keine Regierung der Schwäche und Ohnmacht sein. Ihre Tatkraft und Entschlossenheit sollen alle jene fürchten, die mit dem Gedanken spielen, einmal zur Macht gelangt, die Macht mißbrauchen zu können.

(Beifall rechts)

Sie wird dabei ihre Maßnahmen stets unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten treffen.

(Beifall bei SPD, CDU und BHE)

Wir werden die Aufgaben, die uns die Stunde stellt, oder die wir uns selbst zu stellen haben, nur zu erfüllen vermögen, wenn wir uns völlig auf die nachgeordnete Verwaltung und die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verlassen können. Ich weiß, daß die Angestellten und Arbeiter dieses Landes in den vergangenen Jahren unter großen Opfern bei oft kärglichem Einkommen einen wesentlichen Beitrag zu seinem Wiederaufbau geleistet haben. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Wir erwarten auch für die Zukunft die gleiche Bereitschaft zur Leistung.

(Beifall bei der SPD)

Der gesamte Öffentliche Dienst muß sich bewußt sein, daß sein Dienst Dienst am Volke ist.

(Sehr gut! bei der SPD)

Das Zeitalter des Obrigkeitsstaates mit seinen griesgrämig oder hochfahrend den Untertanen abfertigenden Beamten gehört der Vergangenheit an.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Die Sonderrechte, deren sich der Öffentliche Dienst erfreut, werden ihm nicht um seiner selbst willen gewährt; sie sollen im Interesse des Volkes die Unparteilichkeit, die Unbestechlichkeit und die Sauberkeit der öffentlichen Amtsführung gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Für blinde Passagiere aber ist auf einem Staatsschiff, das mit einem schweren Sturm zu kämpfen hat, kein Raum.

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU und BHE)

Es ist natürlich, daß wir zu unseren engsten Mitarbeitern nur Männer und Frauen unseres Vertrauens wählen. Immer aber werden wir bei dieser Wahl und

Ministerpräsident Zinn

darüber hinaus die Treue gegenüber dem Staat, die Verpflichtung gegenüber dem Volk, Fähigkeit und Leistung bestimmend sein lassen. Deshalb wird dem Landespersonalamt in Zukunft eine weit größere Bedeutung beizumessen sein als bisher, damit es seine Aufgabe erfüllen kann; für eine Regenerierung eines neuzeitlichen und fortschrittlichen Beamten-tums zu sorgen.

(Abg. Chr. Wittrock [SPD]: Bravo!)

Jeder, der im Namen dieser Regierung handelt oder ihre Maßnahmen auszuführen hat, muß sich bewußt sein, daß mit jedem Bittsteller zugleich auch die Not und die Sorge dieser Zeit sein Amtszimmer betreten. Das Verständnis für diese Not, ein freundliches Wort im richtigen Augenblick ist wichtiger, als die enge und oft einseitige Auslegung bloßer Normen.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Wenn sich die Unterwürfigkeit und die Vorstellungswelt des Untertanen zu unseres Volkes Unglück so lange erhalten haben, wenn der Geist der inneren Freiheit so spät und so unvollkommen lebendig geworden ist, dann ist der Mangel an Bereitschaft zur Abwehr eines falsch verstandenen Machtanspruches der Bürokratie stets eine der wesentlichen Ursachen dafür gewesen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut! — Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

Das Recht des öffentlichen Dienstes harret in Hessen noch einer Neuregelung. Sie wird sich im Rahmen der von dem Grundgesetz festgelegten Richtlinien halten. Ihr Ziel soll aber eine echte Reform und nicht eine bloße Restauration sein.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Der öffentliche Dienst bedarf des ständigen und lebendigen Zustromes aus allen Kreisen und Schichten des Volkes. Nur so wird seine Verbundenheit mit dessen Sorgen und Nöten gesichert. Dabei muß die Vorstellung von einem Stand, der um seiner selbst willen Sonderrechte besitzt, überwunden werden. Das Versorgungsrecht muß so gestaltet werden, daß jedem Angehörigen des Öffentlichen Dienstes die berufliche Freizügigkeit ermöglicht wird und so eine fruchtbringende gegenseitige Beeinflussung der öffentlichen Verwaltung und des wirtschaftlichen und gewerblichen Lebens gesichert ist. Wir werden uns dabei überlegen müssen, wie angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten die Bezüge der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes verbessert werden können. Die bisherigen Maßnahmen auf diesem Gebiete sind völlig unzureichend.

Die neue Landesregierung ist eine sozialdemokratische Regierung. Gar manche dem Lande nicht wohlgesinnte Propaganda hat bei ängstlichen Gemütern ein Gruseln zu erwecken versucht.

(Heiterkeit bei der SPD)

In den Köpfen mancher Kleinbürger spuken noch die Karikaturen von Sozialdemokraten aus den Witzblättern um die Jahrhundertwende. So wenig sich Teile des Bürgertums von dieser veralteten Vorstellung lösen können, so sehr sind wir frei von Vorstellungen, Dogmen und Lehren, die nur aus ihrer Zeit heraus verständlich sind.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

Was uns geblieben ist, ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit der wissenschaftlichen Analyse aller ökonomischen und sozialen Erscheinungen und der Wille, die sich jeweils daraus ergebende Sach- und Tatent-

scheidung zu fällen. Aus dem Sozialismus in der utopischen Form der reinen Verstaatlichung hat sich ein freier Sozialismus entwickelt, der die freie schöpferische Initiative des einzelnen, das selbständige Handeln nicht nur nicht hindern will, sondern geradezu zur Voraussetzung hat.

(Sehr gut! bei der SPD)

So soll und will diese Regierung nicht einer Lehre, sondern dem Menschen dienen. Ihre Aufgabe soll es sein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten des Menschen Leben lebenswert zu gestalten. Der Bolschewismus ist nicht nur eine materielle Größe. Um ihn aufzuhalten, müssen wir, um ein Wort Martin Niemöllers zu gebrauchen, einen echten Sozialismus praktizieren.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Ausgezeichnet!)

Eine statistische und graphische Darstellung läßt erkennen, daß sich die sogenannten Notstandsgebiete entlang der östlichen Zonengrenze hinziehen. Im Ruhrgebiet ist der Stand der Vollbeschäftigung fast erreicht. Die Last der Arbeitslosigkeit wird dagegen zu mehr als 65 Prozent einseitig von den Landesteilen getragen, die sich von Schleswig-Holstein, längs dem Ufer der Elbe, an den Ausläufern des Thüringer Waldes bis zum Bayrischen Wald hinziehen,

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

gerade dort, wo die Infiltration des Geistes der Unfreiheit und der Intoleranz droht.

Auch unser Land ist in diesem Sinne Grenzland. Mehr noch als jedes andere haben wir deshalb die Verpflichtung, den erreichbaren Wohlstand zu einem allgemeinen werden zu lassen und jede regionale oder ständische Zusammenballung des Wohlstandes zu vermeiden. Im westdeutschen Bundesgebiet hatten im Mai 1950 von 13,3 Millionen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten 56 Prozent ein Monatseinkommen von weniger als 250 DM.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Hört, hört!)

Von über 10 Millionen Rentenbeziehern, Sozialfürsorgeempfängern und Erwerbslosen sind etwa vier Millionen ausschließlich auf ihre Rente angewiesen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Rund 12 Millionen beziehen im Monat 250 DM und weniger. Damit ist aber die Hälfte des Volkes bei der Konsumwahl auf das beschränkt, was erforderlich ist, um ein karges Dasein zu fristen. Diese Zahlen und nicht die Pracht der lichtüberfluteten Geschäftsviertel, die die Verwunderung des Auslandes erregen, kennzeichnen die soziale Situation des deutschen Volkes.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr richtig! — Beifall)

Die Regierung, die von der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Bundes abhängig ist, wird daran nichts Grundsätzliches ändern, aber doch manches mildern können.

(Sehr gut! bei der SPD)

Sie ist gewillt, bei jeder Gelegenheit ihre Stimme zu erheben, um sowohl zu einer Vergrößerung, zugleich und vor allem aber auch zu einer gerechteren und sozialeren Verteilung des Sozialproduktes zu gelangen.

(Sehr richtig bei der SPD)

Dabei wollen wir uns nicht nur im Rahmen ökonomischer Kategorien bewegen. Für uns umfaßt der Begriff des Sozialismus Werte, die über das nur Materielle weit hinausgehen und die es dem Individuum nahezubringen gilt, um jene geistig-seelischen Kräfte zu wecken, ohne die eine wirkliche Erneuerung unseres nationalen Lebens nicht denkbar ist.

(Bravo! bei der SPD)

Wir leben objektiv in einer sozialen Krise von revolutionärem Ausmaß. Deshalb darf ich einige Worte an die Mißtrauischen und Zögernden im Lande über die moderne Begriffsbestimmung des Sozialismus sagen, die Leitmotiv unserer Regierung sein wird. Wir können in Deutschland den Begriff des Sozialismus in freierlichem und humanistischem Sinne interpretieren, ohne uns selbst belügen zu müssen. Das Arbeitsethos des deutschen Menschen ist so elementar und so stetig geblieben, daß wir weder Arbeitslager noch Vorschriften über ein Arbeits-Soll brauchen, um produzieren zu können.

(Sehr gut! bei der SPD)

Der Westen Deutschlands erhebt sich aus seinen Ruinen, ohne daß wir es nötig haben, Stachanow- und Hennecke-Typen zu kultivieren.

(Sehr gut! bei der SPD)

Ich zögere nicht, zu erklären, daß wir nach strenger Selbstprüfung über die enge Vorstellung eines Sozialismus, der nur eine andere Verteilung des Sozialproduktes erstrebt, die Auffassung von einem Sozialismus der produktiven Arbeit stellen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut! —
Beifall bei der SPD)

Ihm dient der Handarbeiter, auf dessen fachliche und menschliche Qualitäten wir stolz sein können, zugleich aber jeder, der von dem gleichen Arbeitsethos beseelt ist: der Landmann, der Wirtschaftler und Handwerker, der Techniker und Chemiker, der Wissenschaftler und Erzieher, kurz jeder, der seine ganze Kraft für den Aufbau eines neuen sozialen Landes einsetzt.

(Bravo! bei der SPD)

Es gibt auch, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, nicht wenige Unternehmer, bei denen das Arbeitsethos das Profitmotiv überwiegt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn alle diese Kräfte sich zusammenfinden, werden wir die soziale Krise unserer Zeit meistern können.

Wie immer in der Geschichte ist eine solche Krise zugleich mit einer geistesgeschichtlichen Krise verbunden. An die Tore des alten Europa klopft eine harte Faust; und das Pochen wird mit gleicher Sorge auch in der neuen Welt jenseits des Ozeans vernommen.

(Zustimmung)

Wehe uns, unserer Nation und dem alten Kontinent, wenn wir die geschichtliche Mahnung dieser Stunde nicht verstehen! Auch für uns als neue Landesregierung muß trotz des Dranges der täglichen Geschäfte diese Mahnung eine ständige Verpflichtung sein.

(Sehr gut! bei der SPD)

Wir beabsichtigen keine Experimente. Wir sind weder Dogmatiker noch Utopisten. Die Politik der Regierung wird maßvoll sein. Sie wird sich Ziele setzen, die bei erstem Wollen und einigermaßen günstigen Umständen erreichbar sind. Wir geben keine leeren Versprechen. Wir sind aber gewillt, die uns gestellten Aufgaben mit aller erdenklichen Tatkraft und Entschlossenheit in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände mit Festigkeit durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Diese mehr allgemeinen und grundsätzlichen Bemerkungen erschienen mir notwendig, um manchen Mißverständnissen zu begegnen und Vorurteile zu zerstreuen.

(Beifall bei der SPD)

In der inneren Politik wird das Problem der Verfassung im Vordergrund des Interesses meiner Regierung stehen. Die Ausführung der Verfassung des Landes Hessen durch die Gesetzgebung, ein wirksamer, nicht mit polizeilichen Mitteln arbeitender Verfassungsschutz und die ständige Teilnahme an allen Bemühungen, zu einer gesamtdeutschen Verfassung zu kommen, sind die vorzüglichsten Aufgaben des Ministeriums des Innern. Sie können nur gelöst werden, wenn die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande gewährleistet wird. Der Kampf gegen verbrecherische Angriffe auf die demokratische Grundordnung und gegen das Berufsverbrechertum werden von der Polizei eine besonders strenge Pflichterfüllung fordern, der eine rechtliche und tatsächliche Sicherung der Stellung des Polizeibeamten gegenüberstehen muß.

(Sehr gut! und Bravo! bei der SPD)

In meinen allgemeinen Ausführungen wies ich schon auf die besonderen administrativen Verhältnisse unseres Landes hin. Auf Grund der Vorschläge einer vorbereitenden Kommission ist mit der Verwaltungsreform bei den Ministerien begonnen worden. Nuncmehr wird die allgemeine Landesverwaltung neu geordnet werden müssen. Zu diesem Zwecke will ich die Gemeinden, die Städte und Landkreise durch eine Gemeinde- und Kreisordnung so stark wie möglich machen, ein Landesverwaltungsgesetz schaffen, das die allgemeine Organisation der Behörden neu regelt, ein einfaches, abgekürztes und billigeres Verwaltungs- und Verwaltungszwangsverfahren einführt und ein neues materielles Verwaltungsrecht mit dem Ziele einer Rechtseinheit, möglichst auch mit andern Ländern, bringt.

(Bravo! bei der SPD)

Hierher gehört auch eine Neuregelung der Verhältnisse der Kommunalverbände der früheren preussischen Provinz Hessen-Nassau und die organisatorische Gleichstellung des Regierungsbezirks Darmstadt bezüglich seiner bezirkkommunalen Aufgaben. Die Kommunalverbände müssen dabei zu neuen Selbstverwaltungsorganisationen umgebaut werden mit der Aufgabe, alle überörtlichen Selbstverwaltungsangelegenheiten in eigener Zuständigkeit zu erfüllen.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr richtig!)

Die Praxis hat bewiesen, daß die traditionell überkommenen Organe der Landesverwaltung wohl zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben geeignet sind, daß sie jedoch vielfach versagen, wenn es sich um die Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen handelt.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr richtig!)

Dem wird in angemessener Weise Rechnung getragen werden müssen.

Die Landesregierung wird deshalb für die Durchführung solcher Aufgaben andere institutionelle Formen der Verwaltung entwickeln, die dann auch eine schnellere und sachkundigere Verwaltungsarbeit sicherstellen. Ich erwarte dabei vom Landtag Mut, Entschlossenheit, Verantwortungsbewußtsein und, wenn notwendig, auch Rücksichtslosigkeit gegenüber historischen Überbleibseln, die unsere Jugend nicht mehr versteht.

(Sehr gut! bei der SPD)

Das gilt insbesondere für die absolut notwendige Territorialreform.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Bravo! Beifall bei der SPD)

Das Problem der 680 000 Heimatvertriebenen werden wir nach dem Grundgesetz der menschlichen und nationalen Solidarität anpacken. Die Austreibungsländer haben sich verrechnet, wenn sie

Ministerpräsident Zinn

meinten, mit dem Hineinpumpen von Millionen entwurzelter, ihrer Heimat beraubter Menschen nach Westdeutschland dem deutschen Volke einen tödlichen Schlag versetzen zu können. Sie haben uns damit gewiß gigantische Verpflichtungen auferlegt; sie haben jedoch gleichzeitig Westdeutschland viele aufbauende Kräfte, politische Energien und neue Impulse zugeführt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, Beifall auch bei der CDU)

Wir lassen niemanden im Zweifel darüber, daß eine völlige Assimilierung der vertriebenen Deutschen, die zu Opfern der Potsdamer Ausweisungsbeschlüsse geworden sind, in Westdeutschland unmöglich ist und daß ihr Ruf nach Wiedergabe der alten Heimat niemals verstummen wird.

(Sehr gut! und lebhafter Beifall bei der SPD)

Der Gedanke der produktiven Eingliederung unserer heimatvertriebenen Mitbürger liegt dem Hessenplan zugrunde. Bisher hat Hessen für die Heimatvertriebenen Beachtliches geleistet. In den nächsten Jahren wollen wir — und zwar mit äußerster Beschleunigung — 100 000 Flüchtlinge näher an die Arbeitsplätze und die Existenzmöglichkeiten heranführen. Damit dienen wir gleichzeitig den Interessen unserer Gesamtwirtschaft, die bereits an manchen Stellen über Mangel an Facharbeitern klagt und auch sonst ein Interesse daran hat, ihren Bedarf an Arbeitskräften auf lange Sicht zu sichern.

Diese innere Umsiedlung steht unter dem unausweichlichen Zwang der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Hessenplan sieht nicht nur die Umsiedlung in der Richtung der industriellen Schwerpunkte vor. Wo es im Interesse der Sanierung unserer Notstandsgebiete unerlässlich ist und wo grenzpolitische Gesichtspunkte es erfordern, werden wir bemüht sein, subsidiäre Schwerpunkte zu bilden. Bei der Klärung dieser Fragen müssen legitime regionale Interessen sorgfältig mit den Notwendigkeiten einer zusammenordnenden Landesplanung ausbalanciert werden. Die Regierung hat sich hierbei die grundsätzlichen Entscheidungen vorbehalten.

Darüber hinaus habe ich die Absicht, den Hessenplan vor den Landtag zu bringen und die damit zusammenhängenden Maßnahmen mit der vollen Autorität des Landesparlaments zu versehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, teilweise auch bei der CDU)

Das ganze Vorhaben greift wesentlich auch in die landwirtschaftliche Sphäre hinüber. Ich denke da besonders an unsere Flüchtlingsbauern, die mit Recht den dringenden Wunsch haben, daß wir die Bodenreform wenigstens in jenen bescheidenen Grenzen weiterführen, die uns durch den überwiegend bäuerlichen Charakter der hessischen Landwirtschaft gezogen sind. Unsere Siedlungstätigkeit in Stadt und Land soll für kommende Generationen Denkmäler der Hilfsbereitschaft des hessischen Volkes setzen, so wie Neu-Isenburg und andere Siedlungen noch immer an die Hugenottenzeit erinnern.

Nach den bisherigen Entwürfen des Hessenplans sollen errichtet werden: 3000 landwirtschaftliche Siedlerstellen, 25 000 neue Arbeitsplätze in Gewerbe und Industrie, 25 000 Wohnungen an den wirtschaftlichen Schwerpunkten. Die Kosten für die Durchführung des Hessenplans werden auf insgesamt 500 Millionen DM veranschlagt, wovon allerdings die Hälfte durch Umlenkung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und durch Bundeszuschüsse zur Gründung von Existenzmöglichkeiten für die Vertriebenen gedeckt werden

kann. Die Beschaffung der übrigen Mittel wird den Finanzminister noch vor heikle Aufgaben stellen. Wir sind aber fest entschlossen, das Vertrauen unserer heimatvertriebenen Mitbürger, die sich durch ihre ganze bisherige Haltung als ein aufbauwilliges und staatsbildendes Element bewährt haben, nicht zu enttäuschen.

(Starker Beifall bei der SPD, Beifall auch bei der CDU und dem BHE)

Es ist leicht vorauszusehen, daß es nicht bei einem Hessenplan für die Vertriebenen allein verbleiben kann. Das Prinzip der sozialen Integration, das dieser Aktion zugrunde liegt, hat für die Gesamtwirtschaft und für die Gesamtbevölkerung größte Bedeutung. Wir können nicht dem einen Pendler den Weg zur Arbeitsstätte verkürzen, weil er Flüchtling ist, und den andern Pendler ausschalten, weil er Altbürger oder Evakuierter ist, sondern wir müssen Arbeitseinsatz und Wohnraumbeschaffung so abstimmen, daß es für alle erträglich ist.

(Bravo! bei der SPD)

Diese Erwägungen sprechen dafür, daß sich aus den Erfahrungen, die mit dem kleinen Hessenplan für die Heimatvertriebenen gemacht worden sind, ein großer Hessenplan für die Gesamtbevölkerung entwickeln muß.

(Beifall bei SPD und BHE)

An diese große Aufgabe werden sich die Fortführung des sozialen Wohnungsbaues, die Ausgestaltung des Fürsorgewesens und der Wohlfahrtspflege und die Erfüllung der Aufgaben der Medizinalverwaltung anschließen. Der Wohnungsbau wird im kommenden Jahre mit größeren finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Landesregierung wird sich deshalb jede erdenkliche Mühe geben, um zur Finanzierung des Wohnungsbaues möglichst große Beiträge rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

Notwendig erscheint mir dabei auch die bessere ressortmäßige Zusammenfassung der Bauverwaltung.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

Schließlich wird die Regierung dem Wiederaufbau der in besonderem Maße zerstörten Städte wie Hanau, Kassel, Darmstadt, Gießen und Frankfurt ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Bravo! — Allgemeiner Beifall)

Für diesen Zweck wird die Bereitstellung eines besonderen Fonds vom Landtag angefordert werden.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Bravo!)

Auf dem Gebiete der Fürsorge wird der Minister des Innern den Kampf gegen die Gefährdung und Verwahrlosung der Jugend fortsetzen. Er hofft dabei auf die verständnisvolle Unterstützung durch alle Kommunalverbände. Die freiwillige Wohlfahrtspflege wird von uns gebeten werden, ihre Mitarbeit in besonderer Weise zur Verfügung zu stellen. Es wird sich dabei vor allem um die Schaffung von Arbeits- und Schulungsgelegenheit für die Jugendlichen handeln, mit der eine seelische und gesellschaftliche Betreuung Hand in Hand gehen muß.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik liegen die entscheidenden Zuständigkeiten beim Bunde. Dennoch wird die Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit alle Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, eine Verbesserung der Lage der Hilfsbedürftigen und wirtschaftlich Schwächsten herbeizuführen.

Die Förderung der Volksgesundheit soll uns, wie bisher, auch in den nächsten Jahren vor Epidemien schützen. Ich verspreche mir dabei viel von dem neu gebildeten Landesgesundheitsrat und hoffe, daß die Akademie für medizinische Forschung und Fortbildung in Gießen und der Hygiene-Lichtof in Darmstadt eine vorbildliche Arbeit leisten werden.

Der kommunalen Selbstverwaltung, die durch die von mir geplante Gesetzgebung in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintreten wird, die aber auch, wie ich weiß und wie ich anerkenne, vor Aufgaben steht, wie man sie nur in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Begründung durch unseren großen nassauischen Landsmann, den Freiherrn vom Stein, gekannt hat, verspreche ich jede erdenkliche Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsaufsicht über die Kommunalverbände wird institutionell eine reine Rechtsaufsicht und funktionell eine Beratung und Förderung sein, von der ich wünsche, daß sie sich der autonomen Arbeit der kommunalen Spitzenverbände als gleichwertig erweisen wird.

(Sehr gut! und Bravo! bei der SPD)

Die ökonomische und soziale Struktur unseres Landes ist keineswegs ausgeglichen. Dies zu ändern wird sich die Regierung besonders angelegen sein lassen. Das Rhein-Main-Gebiet mit dem großen Handelsplatz Frankfurt ist nicht nur das Zentrum der hessischen Wirtschaft, sondern seine Kraftströme gehen weit über die Grenzen des Landes hinaus. Seine Förderung stellt Aufgaben, die im Rahmen der Kommunalverwaltung allein nicht zu lösen sind. Deshalb wird sich die Landesregierung ihrer besonders annehmen.

Die gleiche Aufmerksamkeit muß sie aber auch jenen Gebieten zuwenden, die durch die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die Folgen des Zusammenbruchs und vor allem durch die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen zu Notstandsgebieten geworden sind.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

Ich verweise auf Nordhessen, insbesondere auf die Kreise Eschwege und-Rothenburg mit Sontra, aber auch auf das Hanauer Gebiet und den südlichen Odenwald. Der auf Grund eines Kabinettsbeschlusses für Nordhessen gebildete „Notstandsausschuß“ muß stärker in Aktion treten.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Bravo! — Abg. Catta [FDP]: Sehr gut!)

Die Förderung der selbständigen Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Gewerbe, Handwerk und Handel, wie sie der Artikel 43 der hessischen Verfassung verlangt, wird manche Mängel beheben können. Die Steigerung des Wohlstandes und die Erfüllung der sozialen Aufgaben, die uns gestellt sind, hängt von der Hebung des Gesamtertrags der hessischen Wirtschaft ab. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Wirtschaftspflege, der Förderung und Stützung der bestehenden Industrien, aber auch der Ansiedlung neuer Unternehmen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut! — Abg. Bodenbender [SPD]: Bravo!)

Die Wirtschaftspolitik der Regierung wird deshalb akquisitiv sein müssen. Die Voraussetzungen, das zu erreichen, sind gegeben. Das Land verfügt über ein gut ausgebautes Straßen- und Verkehrsnetz, über ausgezeichnete Fachkräfte und über den erforderlichen Grund und Boden. Die hessische Wirtschaft wird sich

Ministerpräsident Zinn

dabei auf ihre eigene Kraft und ihre eigenen Möglichkeiten besinnen müssen. Vielleicht wird der Zeitpunkt kommen, an dem sie zu einer großen Aktion der Selbsthilfe aufgerufen werden wird.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die Erörterungen über die Durchführung des Artikels 41 Absatz 1 der hessischen Verfassung haben zu mancherlei Mißverständnissen geführt. Die Verfassungsberatende Landesversammlung hat bewußt auf Verstaatlichung verzichtet. Mit dem Inkrafttreten des Artikels 41 sind die darunter fallenden Betriebe vielmehr in „Gemeineigentum“ überführt worden, ihre Enteignung ist also bereits erfolgt. Zweck der Durchführungsgesetzgebung ist es, für diese Betriebe die geeignete Rechtsform zu finden und eine angemessene Betriebsorganisation zu schaffen. Das ist eine Aufgabe, vor die jede hessische Regierung sich gestellt sieht. Dabei muß natürlich die Rechtslage berücksichtigt werden, wie sie sich auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, die aus Anlaß des dort anhängigen Rechtsstreites zu erwarten ist, ergeben wird. Die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Entschädigung der seitherigen Eigentümer erscheint dabei vordringlich. Maßnahmen, die darüber hinausgehen, sind in Hessen mit Rücksicht auf die Regelung in den Artikeln 15 und 74 Ziffer 15 des Grundgesetzes durch das Land nicht zu erwarten.

Vielseitig und bedeutungsvoll werden die Fragen sein, die uns von der Landwirtschaft gestellt werden. Ihre Beantwortung muß möglichst im Einvernehmen mit der Landwirtschaft erfolgen. Es gilt nicht nur im Interesse der Volksernährung und der Gesamtwirtschaft den land- und forstwirtschaftlichen Boden zu erhalten, sondern durch eine intensive Zweckbewirtschaftung die Leistungen der Landwirtschaft zu steigern.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Vorhandene Gegensätzlichkeiten zwischen der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft müssen möglichst gemildert werden.

Dem Genossenschaftswesen kommt eine große volkswirtschaftliche Aufgabe zu. Dies gilt im besonderen auch für das bäuerliche Genossenschaftswesen.

Meine Regierung wird sich auch der sozialen Probleme des Dorfes annehmen. Die Vertreter der Industriearbeiterschaft werden volles Verständnis dafür haben, daß der Vormarsch einer modernen Sozialreform nicht vor den Gemarkungen unserer landwirtschaftlichen Siedlungen haltmachen darf.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Es ist ein Irrtum, die Probleme der Landwirtschaft nur durch die Brille der Preis- und Marktfragen zu sehen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Die Landwirtschaft hat ihr besonderes Menschenproblem. Das Leben auf dem Dorfe muß lebenswert gemacht werden, auch für den Bauer und die Bäuerin und für deren Kinder.

(Sehr gut! bei der SPD)

Nur so können wir die moderne Zivilisationskrankheit, die Landflucht, bekämpfen. Mit aller Sorgfalt wollen wir feststellen, welche sozialen und kulturellen Einrichtungen in unseren Dörfern noch eingebaut werden können, damit das einseitige Wanderungsgefälle zwischen Land und Stadt korrigiert werden kann. Probleme der Frauenarbeit, des Jugendschutzes und der allgemeinen Gesundheitsfürsorge sollen dabei in

Ministerpräsident Zinn

vollem Umfang berücksichtigt werden. Ich werde einige Abgeordnete des Landtags, die in diesen Fragen eine reiche Erfahrung haben, bitten, sich zu einer Prüfungskommission zusammenzufinden, die mir mit aller Beschleunigung die entsprechenden Vorschläge macht.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die Staatsgüter und Domänen sollen in erster Linie Forschungsstätten sein, die der Verbesserung der Methoden der Bodenkultur und des Anbaues dienen. Der domäniale Streubesitz muß für Zwecke der Bodenreform und der landwirtschaftlichen Siedlung nutzbar gemacht werden.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die Durchführung der Bodenreform wird nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften beschleunigt zum Abschluß gebracht werden. Sie soll der Abrundung des bäuerlichen Kleinbesitzes dienen und Land für die Beschaffung neuer lebensfähiger Siedlerstellen bereitstellen. Jede Landaufteilung muß den Sinn haben, bestehende und florierende Klein- und Mittelbetriebe im Rahmen der betriebswirtschaftlich anerkannten Normen noch leistungsfähiger zu machen oder durch eine Landzuweisung an Kleinbetriebe, die nebenberuflich betrieben werden, die Krisenfestigkeit der ländlichen Bevölkerung zu erhöhen. Es wird zu erwägen sein, ob die Durchführung der Bodenreform nicht dadurch erleichtert werden kann, daß die damit verbundene Landabgabe bei dem Lastenausgleich, soweit er von der Landwirtschaft zu tragen ist, angerechnet wird.

Neben der Bodenreform spielt in Hessen immer noch das Problem der Flurbereinigung eine Rolle.

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Sehr richtig!)

Sie ist in 80 Jahren immer noch nicht abgeschlossen worden. Die unheilvolle Zersplitterung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes durch Erbteilung hat das Elend der Klein- und Kleinbetriebe und damit das Übergewicht der wirtschafts- und berufspolitischen Führung der großbäuerlichen Kreise herbeigeführt.

Eine gesunde und leistungsfähige Wirtschaft verlangt ein modernes Arbeits- und Sozialrecht.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Die in Hessen auf diesem Gebiet begonnene fortschrittliche Entwicklung muß fortgesetzt werden. Der erste Hessische Landtag hat, der Verfassung entsprechend, ein Betriebsrätegesetz geschaffen, das neben der sozialen und personellen Mitbestimmung auch das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht regelt. Daraus ergibt sich die Pflicht, gemeinsam mit den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht in dem gleichen Umfange auch auf der Bundesebene zu verwirklichen.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut! —

Abg. W. Wittrock [SPD]: Bravo! —
Beifall bei der SPD)

Die Regierung wird ihren Einfluß geltend machen, um die volle Selbstverwaltung nicht nur in der Sozialversicherung, sondern auch in der Arbeitsverwaltung einzuführen. Dadurch wird der Weg für eine fortschrittliche Weiterentwicklung zu einer umfassenderen Sozialversicherung frei.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

Wir legen Wert auf eine echte Partnerschaft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie ist nur bei voller Gleichberechtigung möglich.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Die Anerkennung der menschlichen Arbeitskraft, des wertvollsten Kapitals, über das wir Deutsche verfügen, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für unseren Wiederaufbau.

(Beifall bei der SPD und bei dem Abg. Dr. Draub [BHE])

Mit den Jugendorganisationen werden wir prüfen müssen, welche Maßnahmen getroffen werden können, damit der dem arbeitenden Jugendlichen zustehende gesetzliche Urlaub auch wirklich der körperlichen und geistigen Erholung und der Entwicklung der Persönlichkeit dient. Dadurch erlangt die vorbildliche gesetzliche Urlaubsregelung in Hessen erst ihren vollen Wert.

In der Kulturpolitik wird meine Regierung von der geschichtlich beispiellosen seelischen Krise des modernen Menschen ausgehen. Wir sind uns bewußt, daß es unmöglich geworden ist, die entleerten Lebensformen des 19. Jahrhunderts, die ihre Zeit um 50 Jahre überdauerten, mit einem imaginären neuen Inhalt zu füllen. Für neue Ideen sind neue Gestaltungen zu schaffen.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

Das 19. Jahrhundert hat für den Stand des Gelehrten das humanistische Gymnasium, für den Stand des Kaufmanns und Industriellen die Oberrealschule erfunden, während die Volksschule zu einer Aschenbrödelstellung verurteilt blieb. Die moderne Welt ist die Welt der Arbeit. Deshalb muß das Arbeitsethos auf allen Stufen unseres Bildungswesens die Organisation der Schulformen, die Pädagogik und Psychologie, die Erziehung und die Methodik des Unterrichts beherrschen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Es wäre jedoch lächerlich, die Lösung dieser weltweiten Probleme in Hessen allein versuchen zu wollen.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Sehr richtig!)

So sehr das landsmannschaftliche Element ein nicht wegdenkbares Prinzip aller Bildung ist, so notwendig verlangt unsere Zeit nach einer nationalen, ja supranationalen Lösung. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Nicht die gegenseitige Anerkennung der Prüfungen der deutschen Länder untereinander steht auf der Tagesordnung, sondern die baldige Schaffung eines europäischen Reifezeugnisses,

(Sehr gut! bei der SPD)

die Anerkennung der Reifezeugnisse in allen europäischen Ländern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Regierung wird deshalb alles tun, um zu zusammenfassenden Formungen der Erziehung zu kommen, die auf keinen Fall mit einer öden, schematischen Vereinheitlichung zu verwechseln sind.

Insbesondere aber möchte ich die Hebung der Volksbildung durch eine Hebung der Volksschule, deren in Hessen historisch gewordene simultane Grundlage zu erhalten ist, und zu deren ich auch eine durchgängig zu verbessernde Arbeitserziehung in einer neuen Berufsschule zähle, erreichen.

Der politische Unterricht wird nach den Ergebnissen der Politik als Wissenschaft fortentwickelt werden. Dazu müssen eine große Anzahl von materiellen Voraussetzungen erfüllt werden. Beseitigung der Schulraumnot, Schulneubauten, völlige Durchführung der Unentgeltlichkeit der Lernmittel, Sicherung der Schul-

Ministerpräsident Zinn

geldfreiheit, ihre Ergänzung durch ein System von Erziehungsbeihilfen, Herabsetzung der Klassenfrequenzen werden die vordringlichsten Maßnahmen sein, für die ich die Bewilligung der erforderlichen Mittel vom Landtag erbitten werde.

(Beifall bei der SPD — Abg. Landgrebe [FDP]: Bravo!)

Um diese Ziele zu erreichen, werde ich ein Schulunterhaltungsgesetz vorlegen, das als organischer Teil des Finanzausgleichs alle finanziellen Fragen des Schulwesens regelt. Ihm wird sich ein Schulverwaltungsgesetz anschließen, das, ebenso organisch mit der Gemeinde- und Kreisordnung und einem Landesverwaltungsgesetz verbunden, die kommunale und pädagogische Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage ordnet. Ich hoffe und wünsche, daß meinem Volksbildungsminister mit Hilfe eines Lehrerbildungsgesetzes eine Reform der Aus- und Fortbildung der Lehrer aller Schularten gelingen wird, durch die unsere Lehrerbildungsstätten zu Transformatoren der neuen Geistigkeit in Wissenschaft, Literatur und Künsten, zu lebendigen pädagogischen Kräften werden.

(Beifall bei SPD und BHE)

Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß diese Reformen nur aus einem allgemeinen, blühenden geistigen Leben hervorgehen können.

Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der akademischen Lehre, der Literatur, der bildenden und darstellenden Künste gehört deshalb für mein Kabinett zu den Notwendigkeiten einer demokratischen Kulturpolitik. Eine freie Presse und der Rundfunk, für dessen Ausbreitung und Verknüpfung mit anderen Sendegesellschaften das hessische Gesetz kein Hindernis sein darf, sollen möglichst allen Menschen die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß es mir für das Verhältnis von Staat und Kirche notwendig zu sein scheint, über den negativen Begriff der Toleranz hinaus zu kommen. Mehr denn je braucht unser Volk kirchliche und weltanschauliche Gemeinschaften als religiöse und moralische Bildungsmächte, um der seelischen und geistigen Not unserer Zeit zu steuern.

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Bravo! — Beifall bei der SPD)

Die hessische Justizverwaltung hat außerhalb der Grenzen unseres Landes, ja auch im Ausland einen guten Ruf, einen besseren vielleicht als im eigenen Lande, in dem die Vergleichsmöglichkeiten fehlen. Bei der Besetzung des Bundesgerichtshofes ist von den zuständigen Bundesstellen anerkannt worden, daß Hessen eines der wenigen Länder ist, das weit über den erforderlichen Bedarf hinaus Richter von hoher Qualität, die keinen Kompromiß, ja auch nicht einen formalen, mit dem Dritten Reich geschlossen hatten, zur Verfügung stellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Ruf gilt es zu erhalten. Die Bundesgesetzgebung hat zwar eine Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiet der Justizgesetzgebung gebracht, nicht aber eine Justizreform, um die wir in Deutschland seit Jahrzehnten ringen. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß der erkennende Richter oft das Vielfache an Zeit für prozeßleitende Verfügungen, für die vorbereitende Durcharbeitung des Prozeßstoffes und die Urteilsabfassung aufwenden muß, wie für die eigentliche Verhandlung und den Richterspruch. So wird das Gerichtswesen oft zu einer Justizmaschinerie. Dem Richter fehlt die Zeit, die Muße, um sich mit den

geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Zeit auseinanderzusetzen. Der wahre Richter muß mitten im Leben stehen.

(Sehr gut! bei der SPD)

So stellt sich mir die Frage, wie die Landesjustizverwaltung mit rein verwaltungsmäßigen Mitteln reformiert werden kann. Im Strafvollzug müssen die hygienisch und psychologisch begründeten Bestrebungen der Umerziehung der Gefangenen zu vollwertigen Gliedern der Gesellschaft fortgesetzt werden. Die Ausstattung der Strafanstalten bedarf dabei einer weiteren Verbesserung.

(Abg. Dr. Raabe [CDU]: Sehr richtig!)

Wir werden den Beschluß des Bundestages vom 13. Dezember 1950, durch den eine abschließende Regelung der Entnazifizierung empfohlen wird, unverzüglich durchführen, ohne abzuwarten, ob andere Länder auf diese Empfehlung eingehen werden. In diesem Zusammenhang erscheint es mir aber notwendig, auf die Bedeutung der Frage der Wiedergutmachung und des Unrechts des Dritten Reiches hinzuweisen.

(Abg. Dr. Raabe [CDU]: Sehr richtig!)

Das Land Hessen hat für diesen Zweck zwar insgesamt etwa 30 Millionen DM aufgewandt. Dennoch liegt hier noch manches im argen. In Härtefällen sollte seitens der Vertretung des Landesinteresses großzügiger verfahren werden. Ich werde mit aller Entschiedenheit darauf dringen, daß die Wiedergutmachung in Hessen im Laufe der Legislaturperiode dieses Landtags zum Abschluß gelangt.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung übernimmt im Finanzministerium kein leichtes Erbe. Ihre finanzielle Bewegungsfreiheit ist belastet mit einem erheblichen Haushaltsdefizit sowohl aus dem Jahre 1949 als auch aus 1950, das nach augenblicklich möglichen Schätzungen etwa 120 bis 130 Millionen Mark beträgt und noch der haushaltmäßigen Bereinigung bedarf. Die Staatskassen sind ausgeschöpft, die Kreditquellen stark in Anspruch genommen. Dabei haben die Ausgaben teils als Folge der Bundesgesetzgebung, teils als Folge der wirtschaftlichen Gesamtlage eine steigende Tendenz. Die Landesregierung ist entschlossen, die finanzielle Enge durch eine Finanzpolitik zu überwinden, die eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit sichert. Sie hat sich dieses Ziel gesetzt, weil sie nur dadurch den Wiederaufbau der zerstörten Städte, die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und den sozialen Wohnungsbau mit allen Mitteln fördern kann. Deshalb wird die Landesregierung den Grundsatz der Sparsamkeit in der Verwaltung mit großem Nachdruck vertreten.

(Beifall)

Der Ausgleich des Haushaltsplanes für 1951 wird davon abhängen, ob und in welchem Umfange den Ländern durch die neuen Steuergesetze des Bundes zusätzliche Einnahmen erschlossen werden. Die Landesregierung ist entschlossen, nach Möglichkeit den Haushalt auszugleichen; sie lehnt unter den augenblicklichen wirtschaftspolitischen Verhältnissen eine defizitäre Haushaltspolitik ab. Soweit sich Möglichkeiten zur Aufnahme von Anleihen und langfristigen Krediten bieten, soll davon im Interesse des sozialen Wohnungsbauens, des Wiederaufbauens und der Eingliederung der Vertriebenen Gebrauch gemacht werden.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Bravo!)

Eine Erleichterung der finanziellen Lage des Landes verspricht sich die Landesregierung von einer Intensivierung der Steuerverwaltung. Sie ist nach den statistischen Daten über den Wiederaufschwung im

Ministerpräsident Zinn

letzten Jahr davon überzeugt, daß das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer allein durch eine bessere Veranlagung, durch die Ausdehnung der Buch- und Betriebsprüfung und durch einen größeren Nachdruck beim Steuereinzug gesteigert werden kann. Die Lohn- und Gehaltsempfänger genügen ihrer Steuerpflicht vollständig und pünktlich. Deshalb legt die Landesregierung besonderen Wert auf die volle Erfassung der gesetzlichen Steuern auch bei den selbständig Erwerbstätigen. Das entspricht dem Gebot der steuerlichen Gerechtigkeit und der Verpflichtung gegenüber dem ehrlichen Steuerzahler.

(Sehr gut! bei der SPD)

In ihrer Politik gegenüber den Geldinstituten wird die Landesregierung den Erfordernissen der jeweiligen Wirtschaftslage Rechnung tragen und die Institute in ihrer Entwicklung fördern. Die nationale und internationale Bedeutung des alten Bank- und Finanzplatzes Frankfurt muß erhalten bleiben.

(Abg. Wagner [SPD]: Sehr gut!)

Aus diesem Grunde wird die Landesregierung die Bestrebungen des Bundes, die Organisation der ehemaligen Großbanken neu zu ordnen und die Aufsicht über die Kreditinstitute zu regeln, unterstützen. Sie hält eine einheitliche Girozentrale, die mit den Geschäften einer Landesbank beauftragt werden kann, für notwendig.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr richtig!)

Infolge der in Aussicht stehenden Bundesgesetzgebung dürften sich insoweit landesgesetzliche Maßnahmen zur Ausführung des Artikels 41 Ziffer 2 der hessischen Verfassung erübrigen. Die öffentlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften als Kreditgeber für die Mittel- und Kleinbetriebe können auf die besondere verständnisvolle Förderung der Landesregierung rechnen. Die durch die öffentliche Hand oder unter deren Mitwirkung der Wirtschaft zuzuführenden Betriebs- und Investitionsmittel müssen in einem Verfahren verteilt werden, das von den seitherigen zahlreichen bürokratischen Hemmnissen frei ist und dem Krieg der Akten und Formulare ein Ende setzt.

(Sehr richtig bei der SPD)

Die Regierung wird bei allen Fragen in geeigneter Form die großen Organisationen, Verbände und Institutionen zu Rate ziehen, die neben den verfassungsmäßigen Organen unser öffentliches Leben in seiner bunten Vielfalt mitgestalten. Ich erwähne die Gewerkschaften, die ihr entsprechenden Sozialpartner, die Organisationen und Institutionen der Industrie, des Handels, des Handwerks, der Bauernschaft, die Organe der Selbstverwaltung, den Landesverband der Heimatvertriebenen, ohne damit eine abschließende Aufzählung geben zu wollen.

(Bravo! bei der SPD)

Die Regierung hat das Recht und die Pflicht, über den Bundesrat auf die Politik des Bundes und damit die gesamtdeutsche Entwicklung Einfluß zu nehmen. Diese Aufgabe kann nicht darin bestehen, wie das zur Regel geworden zu sein scheint, daß die Bürokratie der Länder die Rolle des Korreferenten gegenüber der Bürokratie des Bundes übernimmt.

(Heiterer Beifall bei der SPD)

Auf das politische Wollen des Landes kommt es an. Unter diesem Gesichtspunkt sei auf drei Dinge hingewiesen. Das Grundgesetz hat keinen neuen Staat, insbesondere keinen Weststaat geschaffen, sondern sich bewußt darauf beschränkt, innerhalb des fortbestehenden deutschen Gesamtstaates den westlichen Teil als Fragment oder Kern zu reorganisieren. Um die deutsche Einheit nicht von deutscher Seite noch weiter zu ge-

fährden oder zu zerstören, ist die staatliche Organisation im Westen bewußt als eine waffenlose gedacht worden. Deshalb hat der Parlamentarische Rat in das Grundgesetz keinerlei Vorschrift aufgenommen, die dem Bundespräsidenten den traditionellen Oberbefehl über militärische Streitkräfte überträgt. Das Grundgesetz kennt weder eine militärische Kommando- und Organisationsgewalt, noch hat es die Gesetzgebungskompetenz in Angelegenheiten der Wehrverfassung geregelt. Beides ist absichtlich offengelassen worden.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr richtig!)

Diese Lücken können nur durch eine Ergänzung des Grundgesetzes durch die verfassungsgebende Gewalt, also nur mit verfassungsändernder Mehrheit der zuständigen Bundesorgane geschlossen werden.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Jeden Versuch, die Frage eines bewaffneten deutschen Beitrags durch einfaches Bundesgesetz zu regeln, betrachtet die Regierung als einen Bruch des Grundgesetzes, ja für noch mehr: als eine Usurpation der verfassungsgebenden Gewalt.

(Starker Beifall bei der SPD)

Diese Frage ist nicht nur eine militärtechnische Angelegenheit.

(Sehr richtig! bei der SPD)

sondern weit mehr eine gesamtpolitische, die unabdingbar mit der inneren und äußeren Freiheit und der sozialen Fundamentierung der Demokratie in Deutschland verbunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, daß die anziehende Kraft eines wirtschaftlich und sozial gesunden und fortschrittlichen Westens Deutschlands die Voraussetzung zur Behauptung Europas ist.

(Beifall bei der SPD)

Dem wird man nicht durch eine Verschärfung der sozialen Spannungen im Innern gerecht. Wirtschaftlicher Fortschritt, erhöhte soziale Sicherheit und vermehrte geistige Freiheit bedeuten vielmehr eine Stärkung der moralischen und nationalen Widerstandskraft unserer Brüder und Schwestern östlich der Elbe und des Thüringer Waldes.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BHE, teilweise bei FDP)

Die unselige Erbschaft des letzten Krieges, die Sorge für Millionen von Kriegsverwundeten und Kriegshinterbliebenen, für Millionen von Heimatvertriebenen, der Wiederaufbau zertrümmerter Städte, sind eine Verpflichtung, die in Rechnung gestellt werden muß, wenn Deutschlands finanzieller Beitrag für seine eigene und Europas Sicherheit veranschlagt wird.

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Sehr richtig! — Starker Beifall bei SPD und teilweise auch bei CDU und BHE)

Deshalb wird die Regierung vom Bunde verlangen, daß zu jeder Zeit und bei jeder geeigneten Gelegenheit eine Senkung der Besatzungskosten gefordert wird, die neuerdings auf 6 Milliarden DM im Jahr beziffert werden.

(Starker Beifall bei SPD, teilweise bei CDU)

Die Kosten für Deutschlands und Europas äußere Sicherheit — und nur darum sollte es sich bei Besatzungskosten noch handeln — müssen als Anforderungen für eine gemeinsame Aufgabe und nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder der westlichen Welt verteilt werden.

(Sehr gut! bei der SPD)

Ministerpräsident Zinn

Die Veränderung der Weltlage und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, die Stärke der Besatzungstruppen zu erhöhen, hat für die Besatzungsverdrängten und -geschädigten eine neue Situation geschaffen. Auch in diesem Zusammenhang muß das Versprechen, aus einer Besatzungsmacht zu einer Schutzmacht zu werden, von den Westmächten aus einem neuen Geist verwirklicht werden. Die Ansprüche der Besatzungsmacht müssen sich dem deutschen Wohnungselend und der deutschen Armut anpassen.

(Starker Beifall des ganzen Hauses)

Unsere Arbeit verpflichtet uns der hessischen Bevölkerung. Sie ist aber zugleich hineingestellt in das Ringen um eine glücklichere Wendung des gesamtdeutschen Schicksals. Das Große des heutigen Deutschlands ist der Lebensmut des kleinen Mannes.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir sehen in dem Wahlergebnis des November 1950 einen Ausdruck der Lebensbejahung des schaffenden Menschen und den Auftrag, im Angesicht und trotz einer uns bedrohenden und zerstörenden Gewalt ein Beispiel frohen Aufbauwillens zu geben. Deshalb wollen wir Optimisten sein und in Abwandlung eines Ausspruches Martin Luthers am morgigen Tage das Fundament eines Hauses legen, selbst wenn eine düstere Weissagung für den dann folgenden den Weltuntergang prophezeit.

(Beifall bei der SPD)

Eine neue Konferenz der vier großen Mächte wird vorbereitet. Aus diesem Anlaß berufen wir uns erneut und feierlich auf das unveräußerliche Recht unseres Volkes auf eine Wiederherstellung seiner nationalen Einheit.

(Starker Beifall des ganzen Hauses)

Diese Einheit muß eine Einheit in Freiheit sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie darf nicht um den Preis der Erniedrigung zu einer sowjetischen Provinz ertauft werden.

(Allgemeiner starker Beifall)

Ein Friede, der das Potsdamer Diktat verewigt, ist des Namens Friede nicht wert.

(Allgemeiner starker Beifall)

Die Mächte im Osten und Westen mögen bedenken, daß der Schlüssel zur Seele des deutschen Volkes die Beiseitigung der Zonengrenzen, die Abschaffung der Kontrolle der Besatzungsmächte und nicht zuletzt die Wiedergutmachung der barbarischen Massenausreibungen ist.

(Beifall)

Die Wahlen in Hessen sind Anzeichen für einen politischen und moralischen Gesundungsprozeß, der auch von jenen Kreisen der Sieger des letzten Krieges beachtet werden sollte, die in Deutschland noch immer das Deutschland Hitlers sehen. Der Zusammenbruch der Kommunisten und der Mißerfolg der radikalen Rechtsgruppen sind Beweise eines neuen Wollens der deutschen Nation. Darin liegt ein Gewinn für Europa und die westliche Welt.

(Beifall bei der SPD)

Ein Weniger an Umerziehung, an Reeducation und ein Mehr an Vertrauen und an Gleichberechtigung sollte ihm entsprechen.

(Beifall bei der SPD)

Auch unserer hessischen Bevölkerung, die einen Carlo Mierendorff, einen Wilhelm Leuschner, einen Ludwig Schwamb zu den ihren zählt, sind die Freiheitsgüter der Menschheit mehr wert als ein bloßes Lippenbekenntnis. Wir sind weit davon entfernt, aus dem Zwiespalt einer friedlosen Welt nationalstaatliche Vorteile herauschlagen zu wollen. Wir wünschen den Abbau des

nationalstaatlichen Egoismus bei uns und bei unseren Nachbarn. Umso deutlicher aber muß gesagt werden, und zwar so, daß es überall verstanden wird: Fremdenlegionäre stellen wir nicht!

(Bravo-Rufe — Allgemeiner lebhafter Beifall)

Den Ideen folgend, die vor einem Jahrhundert in der Frankfurter Paulskirche eine Heimstatt gefunden haben, bekennen wir uns uneingeschränkt zu dem Grundgesetz europäischer Solidarität, mit allen Rechten und Pflichten, die sich daraus ergeben. Dieses Bekenntnis zur internationalen Solidarität ist für uns ein besonderer Anlaß, um dem großen amerikanischen Volke den Dank für die Hilfe auszusprechen, die es uns, insbesondere auch dem Hessenlande, im Rahmen des Marshall-Planes und darüber hinaus hat ange-deihen lassen.

(Abg. Chr. Wittrock [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei der SPD, CDU und dem BHE)

Möge dieser Geist der gegenseitigen Verpflichtung zur Hilfsbereitschaft den Ungeist des „Unconditional Surrender“ völlig überwinden!

Und nun ein Letztes: Die Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, in der eine bestimmte institutionelle Gliederung die Handhabung der staatlichen Macht regeln oder vor ihrem Mißbrauch schützen soll. Sie ist vor allem eine Lebensform. Sie erfordert, was wir Deutsche sehr leicht übersehen, eine bestimmte Lebenshaltung: die menschliche Achtung vor der abweichenden Meinung, auch im gesellschaftlichen und gerade im politischen Leben.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr richtig!)

Und deshalb sei auch ein Wort über das Verhältnis von Regierung und Regierungsmehrheit zur Opposition gesagt. Ich meine dabei unter Opposition nicht die vom Geist der Zerstörung lebende Obstruktion, sondern die verantwortungsbewußte, aufbaubereite sachliche Gegnerschaft. Beide, Regierungsmehrheit und Opposition, haben einander ergänzende und nicht sich ausschließende Funktionen. Nicht Feindschaft, sondern das Ringen um die Sache sollte ihre Auseinandersetzungen bestimmen.

(Abg. Chr. Wittrock [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei der SPD, teilweise bei CDU und BHE)

Wir alle mögen im einzelnen recht verschiedene Vorstellungen über den richtigen Weg haben, den eine Regierung zu beschreiten hat. Gar zu leicht ist darüber oft das uns allen Gemeinsame vergessen worden, die Gemeinsamkeit unseres nationalen Schicksals, aber auch jene uns allen eigene Welt von Ideen, Empfindungen und sittlichen Werten, die uns erst zu einer kulturellen und nationalen Einheit hat werden lassen.

Neben der Aufgabe, die die Regierung sich stellt, sollten wir schon um unserer Jugend und damit um unseres Volkes Zukunft willen es als eine uns alle verpflichtende Aufgabe betrachten, zu unserem Teile und in unserem Lande den Geist einer demokratischen Gemeinschaft lebendig werden zu lassen.

(Bravorufe und Beifall bei der SPD)

Daraus können wir die Kraft schöpfen, die zu nationaler Würde befähigt, die Kraft, die wir brauchen werden, um uns in einer noch im Dunkel liegenden Zukunft als Nation, als Kulturnation behaupten zu können. Leitstern unseres Handelns soll sein: Unser Glaube an ein einiges und freies Deutschland, der Wille zu einer neuen sozialen Ordnung, unser Bekenntnis zu Europa und unsere Verbundenheit mit einer Welt der Freiheit und Menschenwürde!

(Starker anhaltender Beifall bei SPD, Beifall beim BHE, teilweise auch bei der CDU)

Präsident Witte:

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen für die Abgabe Ihrer Regierungserklärung.

Ich schlage in Übereinstimmung mit dem Ältestenrat dem Höhen Hause vor, nunmehr eine Pause eintreten zu lassen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen.

Das Haus ist, da kein Widerspruch erhoben wird, damit einverstanden.

Ich möchte Ihnen dann noch bekanntgeben, daß an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Abgeordneten Ritzel Herr Abgeordneter Gruber eingetreten ist. Ich heiße Sie willkommen, Herr Abgeordneter Gruber, und erhoffe auch von Ihnen eine freudige, bejahende Mitarbeit.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir um 13.30 Uhr unsere Verhandlungen fortsetzen. Das Haus ist damit einverstanden. — Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 10.37 Uhr)

(Wiedereröffnung der Sitzung 13.41 Uhr)

Präsident Witte:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, habe ich Ihnen eine traurige Mitteilung zu machen. Heute mittag ging mir telegraphisch die Nachricht zu, daß Herr Abg. Fritz Precht, Mitglied der Fraktion der SPD, der schweren Erkrankung erlegen ist,

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

die den Landtag in seiner letzten Sitzung veranlaßt hat, ihm einen längeren Krankheitsurlaub zu bewilligen. Wir alle haben gehofft, daß er von dieser seiner Erkrankung genesen und dann in unsere Reihen zurückkehren werde. Nun hat der Allbezwinger Tod seinem Leben ein Ende gesetzt.

Meine Damen und Herren, Sie alle, wenigstens soweit Sie dem ersten Landtag angehörten, haben Gelegenheit gehabt, Herrn Abg. Precht kennenzulernen. Er war ein kluger Mann, ausgestattet mit einem gesunden Humor, den er in mancher bitteren Stunde, die wir auch hier im Landtag erlebt haben, zur Geltung gebracht hat. Der Tod dieses braven Mannes schmerzt uns sehr.

Der Abg. Precht ist aus dem Arbeiterstande hervorgegangen. Er hat als Mechaniker gelernt und hat nach vollendeter Lehrzeit seinen Beruf im Inlande und im Auslande ausgeübt. Im Jahre 1918 wurde er zum Gemeindevertreter und zum Mitglied des Kreis Ausschusses des Landkreises Kassel gewählt. Im Jahre 1933 wurde er von den Nationalsozialisten aus seinem Amt als Kreisoberinspektor sofort entlassen. Er hat dann während der Nazizeit, wie sehr viele von uns, Schweres erleiden müssen. Seinen Mut aber hat er nie verloren. Nach dem Zusammenbruch wurde er zum Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung gewählt, und er hat dann dem Hessischen Landtag seit 1946 als Mitglied angehört. Im Landtag war er Mitglied des Haushaltsausschusses und des Kommunalpolitischen Ausschusses. Die Abgeordneten, die Gelegenheit hatten, mit ihm zusammenzuarbeiten, wissen, daß er über eine reiche Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem in der Kommunalpolitik und im Haushaltwesen verfügte und daß er in den Ausschüssen wertvolle Arbeit geleistet hat, die von allen Seiten anerkannt worden ist.

Seinen Feinden ist es nicht gelungen, ihn niederzuringen; aber der Tod hat auch vor ihm nicht haltgemacht. Meine Damen und Herren, wir wollen diesem braven Manne, der in seinem Leben stets für die Freiheit und für die Rechte der Menschen gekämpft hat, die ewige Ruhe gönnen. Möge ihm die Erde leicht sein!

Ich danke Ihnen, daß Sie zu Ehren des Verstorbenen sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen dann leider noch eine Mitteilung machen, die uns gestern abend erreicht und in Erregung versetzt hat. In Hanau hat sich ein Explosionsunglück ereignet; auf dem Bahnhof ist in einem Eisenbahnwagen eine Stahlflasche mit Wasserstoff explodiert. Es sind dadurch große Verheerungen angerichtet worden, und leider sind, wie mir heute mittag bekannt geworden ist, auch drei Todesfälle zu beklagen.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Außerdem sind dreizehn Personen schwer verletzt worden. Von dem angerichteten Sachschaden wollen wir nicht weiter reden. Ich glaube aber in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich mich als Vertreter des Landtags darum bemühe, den unglücklichen Betroffenen zu helfen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um die Folgen dieser Katastrophe zu beheben, daß ich insbesondere aber den Hinterbliebenen der bei dem Unglück um ihr Leben gekommenen Personen das Beileid des Hessischen Landtags ausspreche.

Sie haben sich zum Gedenken der Todesopfer von ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich darf nunmehr in der gleichen Angelegenheit dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteilen.

Ministerpräsident Zinn:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Falls das Hohe Haus der neuen Landesregierung so, wie es die Verfassung vorschreibt, das Vertrauen aussprechen sollte, wird die neue Regierung heute abend zu ihrer ersten Kabinettsitzung zusammentreten. Sie wird sich in dieser Kabinettsitzung dann darüber schlüssig werden, in welchem Umfange sie zunächst die materielle Not, die die Katastrophe in Hanau mit sich gebracht hat, mildern kann. Die Regierung weiß, daß sie darüber hinaus machtlos ist, und daß ihre Hilfe sich darauf beschränken muß, den betroffenen Menschen zunächst in dieser Weise über die Folgen dieses Unglücks hinwegzuhelfen.

(Allgemeine Zustimmung)

Präsident Witte:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für diese Erklärung.

Wir fahren nunmehr in der Tagesordnung fort. Ich eröffne die Aussprache über die von dem Herrn Ministerpräsidenten heute morgen vorgetragene Regierungserklärung. Als erster Redner hat sich Herr Abg. Bodenbender gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bodenbender (SPD):

Meine Damen und Herren! Noch unter dem Eindruck der von dem Herrn Ministerpräsidenten abgegebenen Regierungserklärung stehend lassen Sie mich folgendes sagen: Diese Regierungserklärung stellt ein politisches Ereignis ersten Ranges dar. Sie wird — dessen können wir sicher sein — Beachtung weit über die Grenzen des Landes Hessen und Deutschlands hinaus finden. Sie war ein Bekenntnis der neuen Landesregierung, daß sie alles tun werde, um ein einheitliches, freies und demokratisches Deutschland möglichst bald wieder erstehen

zu lassen. Sie war das Bekenntnis zu einer Politik sozialer Gerechtigkeit und rechtsstaatlicher Ordnung. Sie war schließlich auch ein Bekenntnis von Sozialdemokraten zu einer Wirtschaftspolitik, die nicht zur Verstaatlichung und nicht in die Kolchose hineinführt, sondern die der freien schöpferischen Initiative jedes einzelnen Raum gibt.

Meine Damen und Herren! Die neue hessische Landesregierung ist das Resultat der Landtagswahlen vom 19. November 1950. Mag man das Wahlergebnis beurteilen, wie man will, mag man die Ursachen des Erfolgs der Sozialdemokratischen Partei suchen wo immer man will, mag man die hessische Politik in den vergangenen vier Jahren oder die gesamtdeutsche Situation dafür in Anspruch nehmen — eines steht jedenfalls fest: Die Hoffnungen, die man mit der Änderung des hessischen Landtagswahlgesetzes verknüpft hatte, haben sich erfüllt. Und so sind nunmehr in Hessen klare Mehrheitsverhältnisse geschaffen worden.

Es läge nahe, gewisse Ereignisse, die während des Wahlkampfes zu verzeichnen waren, hier kurz zu streifen und an die Äußerungen einzelner Politiker zu erinnern, die darauf hinausliefen, nach dem von ihnen erhofften Wahlsiege — der nun allerdings der Sozialdemokratischen Partei zugefallen ist — in Hessen die Macht zu ergreifen. Nachdem aber das Wort, auf uns hin gesprochen: „Vom Winde verweht“ zu einem Bumerang geworden ist für diejenigen, die es ausgesprochen haben, brauche ich auf diese Dinge nicht mehr einzugehen.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, der Ausgang der Wahlen vom 19. November 1950 bringt natürlich für die SPD nunmehr die Verpflichtung mit sich, die Verantwortung zu übernehmen. Diese Verantwortung zu übernehmen ist deshalb besonders schwer, weil wir in einer Zeit stehen, in der schwierige Probleme, ausgelöst durch die Katastrophe von 1945, noch ungelöst vor uns stehen.

Bevor ich aber auf diese Dinge eingehe, möchte ich mich zunächst einer anderen Pflicht entledigen: Ich möchte dem seitherigen Herrn Ministerpräsidenten Stock und seiner Regierung namens meiner Fraktion den allerherzlichsten Dank für die von ihnen geleistete Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nicht versäumen, in Verbindung damit darauf hinzuweisen, daß Christian Stock mit seiner Regierung die Führung der Staatsgeschäfte in die Hand genommen hat zu einer Zeit, als Not, Sorge und Elend die einzigen Güter des deutschen Volkes waren.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Es ist das große Verdienst der vergangenen Regierung, insbesondere des verehrten Ministerpräsidenten Christian Stock, das Staatsschiff mit fester Hand zielsicher durch die ganze Zeit der Legislaturperiode des ersten Landtags gesteuert zu haben.

(Bravo! bei der SPD)

Deshalb, glaube ich, können wir zum Ausdruck bringen: Wann und wo auch immer vom Schicksal und vom Aufbau des Landes Hessen geredet werden wird: der Name Christian Stock und die Namen seiner Mitarbeiter werden dabei immer genannt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Mitglieder des neuen Kabinetts sind uns allen keine Unbekannten. Wir kennen den Chef des Kabinetts, Herrn Ministerpräsident Zinn, der ja Mitglied der hessischen Landesregierung gewesen ist, als es in Hessen überhaupt zum

ersten Male wieder zu einer Regierungsbildung gekommen ist. Er hat während seiner Amtstätigkeit das Justizwesen in Hessen in Ordnung gebracht bzw. wiederaufgebaut. Wir kennen auch den Herrn Innenminister Zinnkann. Wir wissen, daß er, der schon dem vorigen Kabinett als Minister angehörte, in den vergangenen Jahren auf seinem Gebiete besonders schwierige und umfassende Aufgaben zu erfüllen hatte und daß er sie mit gutem Erfolg gelöst hat. Wir kennen auch den neuen Finanzminister, Herrn Dr. Troeger, der ja schon als Ministerialdirektor im Finanzministerium tätig gewesen ist. So, wie es uns bekannt ist, was von diesen Herren bisher geleistet worden ist, so wissen wir auch von den neu in die Regierung eintretenden Ministern Metzger und Fischer, daß sie seit vielen Jahren immer schon im Brennpunkt des politischen Lebens gestanden haben: Sie bieten uns infolgedessen die Gewähr dafür, daß auch sie, wie das gesamte Kabinett, in ihrem neuen Amte eine positive Arbeit zum Segen des hessischen Volkes leisten werden.

Gewiß: heute steht die Länderpolitik nicht mehr so im Brennpunkte des politischen Geschehens, wie es der Fall war, als das Kabinett Stock die Amtsgeschäfte übernahm. Die Aufgaben der Länder, die von ihnen früher zu erfüllen waren, sind zumindest stark zurückgedrängt worden durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundestag bestimmt heute weitgehend die große Linie der Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Agrarpolitik. Gerade auf diesen weiten Gebieten der Politik werden die Länder mehr und mehr nur administrative Aufgaben zu erfüllen haben. Damit soll nicht gesagt sein, daß den Ländern nicht auch auf diesen Gebieten so wie auf anderen Gebieten noch große Aufgaben bevorstehen.

Ich sprach eingangs von der Katastrophe, von der das deutsche Volk im Jahre 1945 heimgesucht wurde, und von den Problemen, vor die wir infolge dieser Katastrophe und ihrer Auswirkungen uns heute gestellt sehen. Bei der Lösung dieser Probleme muß man, glaube ich, in die vorderste Reihe stellen den Willen zur sozialen Gerechtigkeit. Nur wenn dieser Wille vorhanden ist, und nur dann, wenn es gelingt, diese Probleme zu lösen, wird das deutsche Volk nach und nach wieder gesunden können. Diese Probleme aber können ihrer Lösung entgegengeführt werden nur auf dem Wege, daß bei der Verteilung des Sozialprodukts der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit angewendet, wenn nach diesem Grundsatz verfahren wird. Hätte man seither schon diesen Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit bei der Verteilung des Sozialprodukts maßgebend sein lassen, dann — das ist unsere Auffassung — hätte allen denen, die der Hilfe bedürfen, seither schon eine größere Hilfe gewährt werden können.

(Sehr wahr! bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, daß Preise und Löhne, Renten und Unterstützungen und Gehälter in eine vernünftige Relation gebracht werden müssen. Diese vernünftige Relation zu schaffen betrachten wir als eine der Hauptaufgaben des Parlaments sowohl als auch der neuen Landesregierung, soweit von seiten des Landes in diesen Dingen überhaupt noch etwas getan werden kann.

(Sehr gut! Sehr richtig! bei der SPD)

Wir sind uns aber auch darüber klar, daß Maßnahmen zur Erhöhung des Sozialproduktes selbst durchgeführt werden müssen, wenn diese von mir aufgezeigten Probleme gelöst werden sollen. Es freut uns als Sozialdemokraten deswegen ganz besonders, daß der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung es mit aller Klarheit und Deutlichkeit herausgestellt

Bodenbender

hat, daß die Landesregierung es als ihre Aufgabe betrachtet, diese Probleme einer Lösung entgegenzuführen und daß er sich insbesondere für eine fördernde und werbende Wirtschaftspolitik mit dem Ziele, neue Industrien in Hessen anzusiedeln und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen, ausgesprochen und erklärt hat, daß die Regierung alles tun werde, was nötig ist, um dieses Ziel zu erreichen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, es hat ja in der Zeit nach dem 19. November 1950 nicht an Versuchen gefehlt, das Vertrauen der Wirtschaft zu der kommenden Regierung — sagen wir es ruhig — zu erschüttern. Man hat es an vielfältigen Störungsversuchen nicht fehlen lassen. Deshalb sind wir erfreut, daß der Herr Ministerpräsident klar zum Ausdruck gebracht hat, daß die Ausführungsgesetze zu dem Artikel 41 der hessischen Verfassung baldigst erlassen werden müssen, um damit den Nachweis zu erbringen, daß alles das, was darüber hinaus etwa an Maßnahmen oder Experimenten an die Wand gemalt worden ist, nicht den Tatsachen entspricht. Die hessische Regierung und auch das hessische Parlament werden nur diejenigen Maßnahmen durchführen, die gemäß Artikel 41 der hessischen Verfassung notwendig sind.

Wir sind auch der Auffassung — und wir freuen uns, daß wir uns hier mit der Regierungserklärung in Übereinstimmung befinden —, daß den selbständigen Klein- und Mittelbetrieben in Landwirtschaft, Gewerbe, Handwerk und Handel die im Artikel 43 der hessischen Verfassung vorgesehene Förderung vollinhaltlich zuteil werden soll.

(Bravo! bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auch einige Worte zu den Problemen der Landwirtschaft sagen. Erste Forderung ist und muß bleiben, daß unsere Landwirtschaft als gleichwertiger Faktor in unserer gesamten Volkswirtschaft anerkannt wird.

(Sehr richtig! bei der SPD)

und daß darauf bei allen Maßnahmen, ob innen- oder außenpolitischer Art, Rücksicht genommen werden muß. Wenn wir mit Rücksicht auf die Armut und die Notlage, in der wir uns befinden, an unsere Landwirtschaft die Forderung richten, alles zu tun, um die Erträge unserem Boden abzurufen, die ihm abgerungen werden können, dann muß das zur Voraussetzung haben, daß der Bauer bei der Aufstellung seiner Anbaupläne für das kommende Erntejahr genau weiß, mit welchen Preisen er für seine Ernteerzeugnisse rechnen kann.

(Sehr gut! bei der SPD)

Daneben muß das Schulungs- und Beratungswesen so ausgebaut und gefördert werden, daß der Bauer seine Arbeit nach dem neuesten Stand der Agrarforschung und der Fahrzeug- und Maschinenteknik betreiben kann. Dazu ist notwendig, wie es der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung schon gesagt hat, daß die Zusammenlegungsarbeiten, also die Feld- und Flurbereinigung, fortgesetzt und zu Ende gebracht werden. So notwendig aber diese Dinge auch sind und so notwendig es ist, daß dabei nach dem neuesten Stand der Agrarwirtschaft und der Maschinen- und Fahrzeugtechnik verfahren wird, sollten wir doch stets im Auge behalten, den Besitz der kleinbäuerlichen Bevölkerung nach Bonität und Größe zu achten und ihn nicht zu schmälern.

(Sehr gut! bei der SPD)

Wir freuen uns insbesondere, daß der Herr Ministerpräsident sich große Aufgaben zur Förderung des kulturellen Lebens auf dem Lande gestellt hat. Wir wün-

schen, daß wirklich ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, um hier zu guten Erfolgen und Ergebnissen zu kommen.

Daß die Förderung des Genossenschaftswesens bei der Betrachtung landwirtschaftlicher Fragen im Vordergrund stehen muß, insbesondere die Förderung des bäuerlichen Genossenschaftswesens, ist eine Selbstverständlichkeit.

Die Bodenreform wird in erhöhtem Maße zur Ansiedlung von Flüchtlingsbauern, zur Schaffung von Nebenerwerbssiedlungen, aber auch zur Arrondierung kleinbäuerlicher Betriebe weitergeführt werden müssen. Auch der Staat hat zur Förderung der Bodenreform den notwendigen Beitrag aus seinem Streubesitz und eventuell aus seinen Forsten zu leisten.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, einige Worte zur Verwaltungsreform sagen. Die Frage der Verwaltungsreform ist durch vieles Debattieren gewissermaßen zu einem Gemeinplatz geworden. Wir sind aber der Auffassung, daß man, nachdem seit mehr als vier Jahren darüber debattiert worden ist, jetzt ernsthaft an die Lösung dieses Problems herangehen muß. Es gibt bei der Verwaltungsreform wohl keine Endlösung. Es muß aber an diese Aufgabe mit allem Ernst herangegangen werden. Im Vordergrund muß natürlich die Schaffung einer modernen Gemeindeverfassung und einer neuen Kreisordnung stehen. Die im Artikel 137 unserer Verfassung vorgesehene volle Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände muß verwirklicht werden. Daneben wird eine Vielheit gesetzlicher Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten notwendig sein. Ich brauche nur an die Lösung der Fragen Kommunalverbände, Mittelinstanz usw. zu erinnern. Aber, diese Vielheit der Gesetze, die notwendig sind, muß letztlich doch zu einer Einheit zusammengefaßt werden, um dieses Problem weitgehend einer Lösung entgegenführen zu können.

Dabei muß auch, wie es bereits der Herr Ministerpräsident gesagt hat, das heiße Eisen der Territorialreform angefaßt werden.

Wohl eines der wichtigsten Probleme, vor die wir uns gestellt sehen, ist das der Eingliederung unserer Heimatvertriebenen. Wir können mit Stolz feststellen, daß die Leistungen unseres Landes Hessen für die Heimatvertriebenen nicht nur groß und gewaltig waren und sind; sie sind, auf das Bundesgebiet bezogen, sogar erstrangig. Darin liegt für uns die Verpflichtung, uns dieses wichtigen Problems auch weiterhin anzunehmen,

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr richtig!)

um es einer Lösung entgegenzuführen. Dabei wollen wir aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß dieses Problem von Deutschland allein nicht gelöst werden kann. Ich darf in diesem Zusammenhang weiterhin die Feststellung treffen, daß die Begriffe von Freiheit und Menschenrechten so lange in Fesseln liegen, als nicht dieses im Widerspruch zum Völkerrecht stehende Unrecht beseitigt wird.

Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr wahr!

Unbeschadet dessen aber werden wir alles tun, um die Eingliederung der Heimatvertriebenen in unsere Wirtschaft auch weiterhin zu fördern.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Im Vordergrund dieser Arbeiten steht die Durchführung des Hessenplanes. Wir sollten uns nicht von den Durchführungskosten abschrecken lassen, die dieser Hessenplan verursachen wird. Wir sollten an diese Arbeit herangehen, weil die Durchführung dieser

Maßnahme ein kleines Rinnsal jener Quelle sein wird, aus der der Strom der neuen deutschen Einheit einmal fließen muß und fließen wird.

Im Rahmen des Hessenplans sollen etwa 3 000 neue Siedlerstellen, 25 000 neue Arbeitsplätze und 25 000 neue Wohnungen geschaffen werden. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Regierung und Parlament werden gerade hier gut zusammenarbeiten und sich ihrer Verantwortung bewußt sein müssen, damit keine Enttäuschungen eintreten.

Ein ebenso großes Problem und in engstem Zusammenhang mit dem Hessenplan und der Unterbringung der Heimatvertriebenen stehend ist der soziale Wohnungsbau. Daß gerade in Hessen der soziale Wohnungsbau von staatlicher Seite als wichtig und notwendig erkannt worden ist, beweisen die Erfolge, die Hessen auf diesem Gebiete bereits aufzuweisen hat. Wir können stolz darauf sein, daß wir, was die Erfolge auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues anlangt, in Westdeutschland mit Ausnahme des Stadtstaates Hamburg an erster Stelle stehen. Dabei möchte ich aber auf eines hinweisen: Wir sind der Auffassung, daß die Zwei- und zum Teil Dreigleisigkeit auf dem Gebiete des Bauwesens endlich beseitigt werden muß.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr richtig!)

Hier sind Maßnahmen durchzuführen, die unseren Bauämtern die Möglichkeit geben, so zu arbeiten, wie es in dieser Zeit der Wohnungsknappheit und der Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaues erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang müssen unsere zerstörten Städte besonders erwähnt werden. Es wird die Aufgabe der Regierung, aber insbesondere auch des Parlaments sein, bei der Gestaltung des Haushaltplans die Mittel bereitzustellen, die notwendig sind, um diesen zerstörten Städten die Hilfe angedeihen zu lassen, die sie dringend benötigen.

Ein besonderes Kapitel ist die Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Struktur unseres Landes. Wir haben im Norden die Weite der Agrargebiete, überfüllt mit Heimatvertriebenen und Evakuierten, und wir haben im Rhein-Main-Gebiet die Zusammenballung von Industrie, Handel, usw. Wir haben im Norden die Notstandsgebiete, wobei ich insbesondere Sontra erwähnen möchte. Wir sind der Auffassung, daß bei allen Maßnahmen, die nach dem Hessenplan für diese Notstandsgebiete vorgesehen sind, unserem Landesplanungsamt eine Aufgabe gestellt ist, mit der es sich ernsthaft zu beschäftigen hat. Es müssen die Voraussetzungen für eine gute Durchführung dieser Aufgabe geschaffen werden.

Die Stellungnahme des Herrn Ministerpräsidenten zur Kulturpolitik findet unsere besondere Zustimmung. Ich kann mich deshalb darauf beschränken, einige Worte zu den Schulfragen zu sagen. Das Zentralproblem ist die Volksschule und im Zusammenhang damit das Lehrerbildungsgesetz. Es ist deshalb dringend erforderlich, bald ein Lehrerbildungsgesetz zu erlassen. Bevor wir uns zum Beispiel mit der Frage der Klassenfrequenz und der Meßzahl beschäftigen, müssen wir, glaube ich, der Beseitigung der Schulraumnot und damit der Schaffung neuer Schulräume unsere ganze Aufmerksamkeit widmen.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Beides ist notwendig!)

Notwendig wird auch sein, daß ein neues Schulunterhaltungsgesetz, so, wie es der Herr Ministerpräsident ausgeführt hat, den Finanzausgleich bringt, der gerade auf diesem Gebiet notwendig ist. Auch das neu zu schaffende Schulverwaltungsgesetz muß sich organisch in die Gemeindeordnung und in die Kreisordnung ein-

Bodenbender

gliedern. Bei diesen wenigen Worten zur Kulturpolitik soll keines der Gebiete des kulturellen Lebens übersehen werden, wenn ich sie auch nicht ausdrücklich anführe.

Auch zur Frage der Wiedergutmachung möchte ich ein paar Worte sagen und den Herrn Ministerpräsidenten darauf aufmerksam machen, daß die Fraktion der SPD so lange ein unerbittlicher Mahner sein wird, bis das von ihm heute hier gegebene Versprechen seine Erfüllung gefunden hat.

(Bravo! bei der SPD)

Für alle Probleme, die vor uns liegen, ist entscheidend der Umfang der finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Wenn wir unseren alten Haushaltplan uns ansehen und an das Defizit aus den letzten Jahren in Höhe von etwa 120 Millionen DM denken, dann erkennen wir die vor uns liegenden ungeheuer großen Schwierigkeiten auf diesem Gebiete. Unser neuer Finanzminister wird sich deshalb gerade hier seine Sporen verdienen müssen. Natürlich müssen alle Antreibungen gemacht werden, um dieses Defizit zu beseitigen, wie wir denn überhaupt der Auffassung sind, daß in bezug auf Steuerveranlagung und Steuereinzug alles getan werden muß, um alle zur Steuer veranlagten Steuerpflichtigen genau so zu behandeln wie jene, denen die Steuern direkt vom Lohn oder Gehalt abgezogen werden.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Eine gewichtige Rolle wird der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern spielen. Auch hier ist ein leiser Wermutstropfen in unseren Hoffnungsbecher gefallen. Ist es doch nicht voll gelungen, Hessen aus einem gebenden zu einem nehmenden Land zu machen. Ich will aber gleichwohl nicht versäumen, unserem seitherigen Finanzminister, Herrn Dr. Hilpert, für die von ihm gerade auf diesem Gebiete im Interesse unseres Landes geleistete Arbeit noch einmal einen ganz besonderen Dank auszusprechen.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut! —
Bravo! bei der SPD)

Ebenso wichtig ist der Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden. Wir sind der Auffassung, daß die Methodik dieses Finanzausgleichs an Haupt und Gliedern reformiert werden muß und daß wir zu einer völligen Neugestaltung dieses Finanzausgleichs kommen müssen, zu einem Finanzausgleich, auf Grund dessen dann die Mittel in einfacher, übersichtlicher und gerechter Weise zu verteilen sind.

Eine besondere Freude haben uns die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über seine Forderungen zur Senkung der Besatzungskosten gemacht. Wir teilen die von ihm vertretene Auffassung. Ich möchte deshalb diese Ausführungen nochmals mit einem Satz unterstreichen und betonen, daß die Kosten für Deutschlands und Europas Sicherheit als Kosten für eine gemeinsame Sicherheitsaufgabe der Länder der westlichen Welt von diesen nach ihrer Leistungsfähigkeit gemeinsam getragen werden müssen.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß noch folgendes sagen: Die hinter uns liegende Katastrophe und die mit ihr verbundene soziale und wirtschaftliche Not haben uns doch letztlich in eine seelische, ja in eine allumfassende geistige Krise hineingebracht. Ich möchte auch hier unterstreichen, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, daß die Mächte der Unfreiheit und der Finsternis an die Tore des Abendlandes pochen. Die Frage nach Schutz und Sicherheit ist auf aller Zunge. Schutz und Sicherheit werden nicht

Bodenbender

allein die Grundlage der Maßnahmen bilden können, die man jetzt in den verschiedenen Verhandlungen der Atlantikpaktstaaten — Deutschland eingeschlossen — zu treffen versucht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß etwas ganz anderes notwendig ist, um einen Schutz zu gewähren. Es geht um einen Schutz gegen die Infiltration des Ungeistes, und diesen Schutz können uns nur jene großen gewaltigen Kräfte geben, die in unserer Volke vorhanden sind, und an diese großen gewaltigen Kräfte möchte ich hiermit appellieren: Es sind das Christentum und demokratischer Sozialismus. Sie müssen sich zusammenfinden, um gemeinsam jene Lebensformen, jenen Lebenswillen und jene Aufbaufront zu schaffen, die notwendig sein werden zur Schaffung einer neuen sozialen Ordnung. Nur wenn das gelingt und nur wenn die willigen und aufbaufähigen Kräfte auf beiden Seiten sich zu dieser großen gigantischen Aufgabe zusammenfinden, dann werden wir den Schutz, den Halt und den Willen zur Verteidigung unserer Freiheit aufbringen, der notwendig ist. Es ist erforderlich, daß dieser Wille nicht nur bei uns vorhanden ist, sondern daß er auch deutlich nach außen sichtbar wird, damit jene, die es angeht, wissen, wie es um unseren Verteidigungswillen steht.

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung, die der Herr Ministerpräsident vorgetragen hat, hat unsere volle Zustimmung gefunden. Infolgedessen genießt auch die neu gebildete Regierung selbst unser vollstes Vertrauen. Wir haben dem Hause in der Drucksache Abt. I Nr. 8 einen Antrag vorgelegt, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt Kenntnis von der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Zinn vom 10. Januar 1951 und spricht der von ihm gebildeten Landesregierung das Vertrauen gemäß Artikel 101 der hessischen Verfassung aus.“

Ich darf das Haus bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Witte:

Als nächster Redner hat das Wort Herr Abg. Bleek.

Abg. Bleek (FP):

Meine Damen und Herren! Ohne daß ich bei dem größeren Teile der Mitglieder dieses Hohen Hauses die Hoffnung erwecken möchte, daß es im ganzen Verlauf meiner Ausführungen so weitergeht, gestatten Sie mir, mit zwei Punkten zu beginnen, in denen wir den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten grundsätzlich und weitgehend folgen können. Der Herr Ministerpräsident hat von der Stellung und den Aufgaben gesprochen, die in der Gegenwart und in der Zukunft einem deutschen Lande im Rahmen Gesamtdeutschlands und damit auch im Rahmen des vorläufigen Gesamtdeutschlands, der Bundesrepublik Westdeutschland, zukommen. Der Herr Ministerpräsident hat dabei unterschieden, indem er einmal von einer gewissen originären Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder sprach, weiter aber darauf hinwies — und das scheint uns wesentlich zu sein —, daß die Länder vor allem autonome Verwaltungsbezirke des Bundes seien. Meine Damen und Herren, geben wir uns keiner Illusion hin und bejahen wir es sogar: Die Schwere der Entscheidung, die Schwere der gesetzgeberischen Aufgaben, der Zwang, der unausweichbare Zwang der knappen Finanzdecke werden diejenigen, die es nicht wollen — wir haben Beispiele dafür, wie man sich ändert, wenn man vom Föderalisten zum Bundesminister gemacht wird —, dazu zwingen, und sie

werden diejenigen, die diese Entwicklung wollen, geradezu veranlassen, freudig die zentrale Gewalt immer mehr zu stärken und dadurch dazu beizutragen, daß die deutschen Länder letztlich nur noch Verwaltungsbezirke des Bundes mit einer gewissen Autonomie auf einigen Gebieten werden.

Meine Damen und Herren! Es ist vielleicht eine menschlich etwas schwierige Zumutung, einer Landesregierung und einem Landesparlament zu sagen, sie möchten dazu beitragen, ihr ganzes Verhalten darauf einzustellen, alles zu tun, um weitgehend überflüssig zu werden. Aber ich glaube, wir sollten diese Forderung für alles, was in diesem Hohen Hause zu geschehen hat, mit aller Entschiedenheit beachten, und wir sollten bei allen unseren Maßnahmen uns überlegen, daß wir dazu beizutragen haben, dort, wo die Entscheidungen wirklich fallen, die notwendige Verwaltungs- und Finanzkraft zu schaffen und im übrigen den Ländern in vernünftigen Grenzen eines Tages die Aufgaben eines gehobenen Verwaltungsbezirks als einzige Aufgabe zuzugestehen.

(Sehr gut! bei der FDP)

Das bedeutet, daß wir in einer hoffentlich nicht allzu fernen Zukunft nicht mehr über eine Landesregierung und einen Landtag zu sprechen haben werden, sondern über ein Landesdirektorium und einen gehobenen Kommunallandtag.

Meine Damen und Herren! Für die Schaffung derartiger Verwaltungseinheiten des Bundes ist nun in der Tat — und das ist der zweite Punkt, in dem wir dem Herrn Ministerpräsidenten zustimmen — eine Territorialreform innerhalb der deutschen Länder dringend notwendig. Es ist nicht unser unmittelbares eigenes Anliegen, aber wir haben es, glaube ich, auch wegen der übergeordneten deutschen Gesichtspunkte zu bedauern, daß die erste Möglichkeit, eine vernünftige Abgrenzung der deutschen Länder in der Bundesrepublik vorzunehmen, im Südwesten unseres Vaterlandes an kleinlichen partikularistischen und teilweise höchst egoistischen Gründen und Gesichtspunkten gescheitert ist.

Wir sind weiter der Auffassung und stimmen darin dem Herrn Ministerpräsidenten voll und ganz zu, daß es — schon aus finanziellen Gründen — unmöglich ist, mit der Neuabgrenzung der deutschen Länder bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zu warten, zumal es einem ja manchmal höchst zweifelhaft erscheint, ob es eine solche völkerrechtlich anscheinend überholte Institution überhaupt in der Welt noch gibt. Deshalb sollte der Übergang vom Besatzungsstatut zu dem Status einer Schutzmacht auch dazu führen, daß die auf dem Grundgesetz und dem Besatzungsrecht beruhenden Beschränkungen in bezug auf eine baldige Neugliederung der deutschen Länder schleunigst fallen.

(Sehr richtig! — rechts)

Der Herr Ministerpräsident ist — ich kann in dieser Hinsicht wahrscheinlich offener sprechen als er — in seiner Regierungserklärung davon ausgegangen, daß ein großer Teil der deutschen Ländergrenzen von den Generälen und ihren Regierungen im Jahre 1945 gezogen worden sei in Erinnerung an das Zeitalter der Postkutsche und der kleindeutschen Residenzen. Meine Damen und Herren! Wenn das nur solche spitzwegischen und biedermeierlichen Erwägungen gewesen wären, dann wäre dagegen verhältnismäßig wenig einzuwenden. Aber ich glaube, stärker als die Reminiszenzen an die Postkutsche und an die Hofhaltungen von Katzenelnbogen usw. sind die Reminiszenzen an Richelieu und Ludwig XIV gewesen.

(Sehr richtig bei der FPD)

Bleek

Meine Damen und Herren! Diese Gesichtspunkte, die nach allem, was die Welt inzwischen erlebt hat, auch von vielen ihrer Autoren nunmehr als verfehlt eingesehen werden, lassen uns entschieden fordern, daß die Grenzen der deutschen Länder schleunigst neu gezogen werden.

Ich möchte mich auf Einzelheiten nicht einlassen. Es bedeutet nicht das Aufstacheln einer hessischen Irredentä, wenn wir der Meinung sind, daß die Oberwesterwaldkreise und das frühere Rheinhessen wohl unbedingt zu einem in sich abgerundeten und finanzkräftigen Hessen gehören. Ich möchte keine innerdeutschen Auseinandersetzungen heraufbeschwören, indem ich mich noch weiter darüber verbreite, wie weit es auch staatspolitisch zweckmäßig wäre, die größten Teile des deutschen Weinbaues von der hessischen Regierung verwalten zu lassen. Ich möchte es bei dieser Andeutung hier genügen lassen. Aber ich bin der Auffassung, da wir die Regierung immer wieder ersuchen müssen, bei allen sich bietenden Gelegenheiten auf die Aktualität dieser Fragen und auf die Notwendigkeit, sie zu lösen, hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! Damit ich Sie nun als Redner einer Oppositionsfraktion nicht enttäusche,

(Heiterkeit — Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Nur deswegen? — Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Württemberg schlägt doch Blasen bei Ihnen! — Anhaltende Heiterkeit)

— Herr Minister — verzeihen Sie — Herr Kollege Dr. Hilpert, von den vielen Blasen, die Sie mit sich herumtragen, wollen wir jetzt taktvollerweise nicht sprechen — und damit Sie nicht glauben wir würden in allem zustimmen, gestatten Sie mir zu einer etwas längeren Reihe von Punkten zu kommen, bei denen wir etwas anderer Auffassung sind, als der Herr Ministerpräsident und die Regierungspartei.

Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten war nicht nur ein Ausblick auf die kommenden vier Jahre, sie war auch, wenn man recht hingehört und sie nachher, soweit es die Zeit gestattete, eingehend gelesen hat, ein gewisser Abschied von der hessischen Politik seit dem Jahre 1946.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Sehr gut!)

Es wäre interessant festzustellen, wie die Verfassung wohl aussehen würde, wenn zu den in Aussicht gestellten neuen Gesetzen auch eine Novelle zur hessischen Verfassung gehören würde, durch die alle die Artikel herausgestrichen werden, die der Herr Ministerpräsident selbst als schon praktisch illusorisch und von der hessischen Regierung nicht mehr weiter zu verfolgend bezeichnet hat. Dann würde die Verfassung wahrscheinlich sehr viel kürzer werden, als sie es im Jahre 1946 geworden ist. Es wäre zweifellos — Sie sind anderer Auffassung, Herr Ministerpräsident ich weiß es, und ich gestehe Ihnen das auch gerne zu — in den vergangenen vier Jahren in Hessen manches erfreulicher und glatter verlaufen, wenn man bei der Schaffung der Verfassung und auch bei vielen Gelegenheiten in den vier Jahren der ersten hessischen Landesregierung den höchst bemerkenswerten Satz aus der heutigen Regierungserklärung: „Wir beabsichtigen keine Experimente, wir sind keine Dogmatiker und keine Utopisten“, dessen Nichtbeachtung die hessische Politik in den vergangenen vier Jahren mit schweren Hypotheken belastet hat,

(Lachen bei der SPD)

so beachtet hätte, wie es zu unserer Freude der Herr Ministerpräsident und seine Regierung in den kommenden vier Jahren offensichtlich zu tun beabsichtigen.

(Abg. Catta [FDP]: Sehr gut! — Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Der deutsche Kleinbürger von dem man übrigens nicht immer genau weiß, in welchem politischen Lager er nun überwiegend steht, ist hier zitiert worden, und es

(Heiterkeit bei der SPD)

ist die Befürchtung geäußert worden, er mache sich ein Bild von der Sozialdemokratie etwa so, wie es von den Witzblättern um die Jahrhundertwende gezeichnet worden ist. Ich möchte das nicht allzu sehr vertiefen und nicht allzu sehr nachgraben, ob dieser Vergleich zutrifft.

(Abg. Chr. Wittrock [SPD]: Nehmen Sie doch einmal das Marburger Beispiel!)

— Mit Ihnen, Herr Kollege Wittrock, unterhalte ich mich gelegentlich. Sie wissen, daß ich sonst auf Ihre Zwischenrufe sehr gerne eingehe, aber heute ist mir die Angelegenheit zu feierlich.

Meine Damen und Herren: Sie wissen ja ganz genau, daß dieser Eindruck teilweise auch dadurch entstanden ist, daß die Redner aus Ihrem Parteifußvolk in ihren Dokumentationen in der Öffentlichkeit manchmal wirklich den Eindruck entstehen lassen, als redeten sie noch zur Zeit August Bebel's und anderer und als hätten sich seitdem die Welt und die Verhältnisse in Deutschland noch nicht geändert.

(Zuruf von der SPD: Fühlen Sie es nicht heraus?)

— Ihretwegen habe ich nie Sorge.

(Zuruf des Ministers Zinnkann)

— Ich sprach eben von Ihrem Fußvolk, Herr Minister!

(Abg. Bodenbender [SPD]: Denken Sie nur an Marburg!)

Im übrigen haben wir auf Seite 14 der Regierungserklärung allerdings eine uns doch erstaunende oder erfreuende — wie Sie wollen — Feststellung treffen dürfen. Ein führender Volkswirtschaftler — kein Deutscher — hat vor einigen Jahren festgestellt, daß es — ich will mich auf die Zahl nicht festlegen — mindestens einige Hundert Begriffsbestimmungen darüber gibt, was nun eigentlich Sozialismus sei. Der Herr Ministerpräsident hat eine neue Begriffsbestimmung gefunden und der Herr Präsident des Landtags wird mir gestatten, daß ich sie teilweise wörtlich vorlese. Er hat von einem Gesellschafts- und Wirtschaftsleben gesprochen, das „der freien schöpferischen Initiative des einzelnen, dem selbständigen Handeln, nicht nur nicht hinderlich ist, sondern sie geradezu zur Voraussetzung hat.“ Meine Damen und Herren! Wenn Sie auf diese Weise die Kernpunkte der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erkenntnisse der Freien Demokratischen Partei für sich in Anspruch nehmen,

(Große Heiterkeit)

dann bin ich allerdings der Auffassung, daß sich eine gemeinsame Zusammenarbeit in diesem Landtag sehr viel leichter ergeben wird, als es das Wahlergebnis zunächst befürchten ließ.

(Allgemeine große Heiterkeit — Abg. Dr. Hilpert [CDU]: In Württemberg haben Sie ja die Konsequenzen gezogen!)

Ich darf dann allerdings nur ganz schüchtern und bescheiden die Frage anknüpfen: Warum haben Sie diese Auffassung von Wirtschaftspolitik, von Sozialpolitik und von allen anderen Gebieten des staatlichen Lebens dann noch als Sozialismus bezeichnet? Ich betrachte es allerdings mit meiner Fraktion und wahrscheinlich mit weiten Kreisen der Wählerschaft als einen wesentlichen Fortschritt, daß zu den offiziell und stillschweigend aufgegebenen Vorschriften der hessischen Verfassung auch

Bleek

diejenigen über das geplante und gelenkte Wirtschaftsleben gehören oder zu gehören scheinen; denn von einer ausgesprochenen Planung und Lenkung hat der Herr Ministerpräsident dankenswerterweise heute im Gegensatz zu dem von uns hochgeschätzten bisherigen Ministerpräsidenten Stock nicht gesprochen.

(Abg. Wagner-Fürfurt [SPD]: Davon spricht ja jetzt Herr Erhard genug! — Ministerpräsident Zinn: Es ist jetzt Herrn Erhard überlassen, zu planen!)

Es ist äußerst bemerkenswert oder sogar begrüßenswert, daß das eine gewisse Beerdigung der Dogmen und Theorien von Marx in sich schließt. Es sind nur wenige oder überhaupt nur ein Lebender in der Regierungserklärung genannt worden, vielleicht deshalb, weil der Herr Ministerpräsident eine Art von echter Sozialpolitik praktizieren will und deshalb Zeugen aus der Vergangenheit der SPD nicht gut zitieren kann. Vielleicht ist das aber auch aus einem gewissen Dankgefühl für gewollte oder nicht gewollte Wahlhilfe am 19. Nov. heraus zu erklären. Dieser einzige Lebende ist nämlich der Kirchenpräsident Niemöller, wobei allerdings diese Dankesbezeugung kaum noch aktuell sein dürfte, nachdem der Weg auf der politischen Ebene den Herrn Kirchenpräsidenten inzwischen in die Nachbarschaft so dubioser Gestalten wie Prof. Noack und Dr. Gerecke geführt hat.

(Sehr gut! bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Ich darf mich nun den nach den einzelnen Ressorts aufgegliederten Bemerkungen der Regierungserklärung zuwenden.

Es ist von der Verwaltungsreform gesprochen worden. Wenn man bald drei Jahrzehnte im Verwaltungsleben steht, ist es immerhin nicht ohne Reiz, daß zu jeder einigermaßen honorigen Regierungserklärung Ausführungen über die Notwendigkeit einer baldigen Verwaltungsreform gehören. Hier scheint mir nun wirklich der Satz angebracht zu sein: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sie hätten besser mitarbeiten müssen!)

— Wir sollen keine Noten für die Vergangenheit erteilen, Herr Kollege Bodenbender. Sie kämen dabei sonst unter Umständen schlecht weg!

(Zuruf: Das hessische Volk ist anderer Meinung!)

— Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Aber nie schlechter als Sie, Herr Kollege Bleek!)

— Herr Kollege Dr. Hilpert, ich darf Ihnen folgendes erklären: Sie sitzen jetzt hier unten auf der Seite der Opposition und müssen danach Ihre Zwischenrufe einrichten!

(Große Heiterkeit links — Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Herr Kollege Bleek, über das Führerproblem der Opposition müssen wir uns noch verständigen! — Anhaltende Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Mit dem Umfang und der Begrenzung dessen, was hier für die Verwaltungsreformgesetzgebung vorgesehen ist, sind wir durchaus einverstanden; über den Inhalt werden wir bei der Vorlage der entsprechenden Gesetzentwürfe ernstlich miteinander zu ringen haben. Wir möchten hoffen und wünschen, daß man sich bei der Vorlage und der parlamentarischen Gestaltung dieser Gesetzentwürfe der Tatsache bewußt wird, daß solche Gesetze, wie eine neue Gemeindeordnung, eine neue Kreisordnung und ein neues Landesverwaltungsgesetz, für eine längere Dauer als nur für die Legislaturperiode eines Landtags bestimmt sind und daß deshalb ihr Inhalt darauf abgestimmt sein muß, das Fundament des Staatslebens,

unabhängig von der jeweiligen parlamentarischen Zusammensetzung des Landtags darzustellen.

(Abg. Wagner-Fürfurt [SPD]: Selbstverständlich!)

Wir sind allerdings der Auffassung, daß die Reihenfolge in der Vorlage der Verwaltungsgesetze etwas anders gewählt sein müßte, als sie hier — ich weiß nicht, ob es ein Zufall ist — in der Regierungserklärung aufgeführt werden. Wir haben es bedauert, daß wir im alten Landtag so spät — viel zu spät — mit dem Entwurf einer neuen Gemeindeordnung befaßt worden sind. Ich glaube, man kann das Kommunalverfassungsrecht überhaupt nur ordnen, wenn man vorher über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung Klarheit geschaffen hat.

(Abg. Catta [FDP]: Sehr richtig!)

Denn die Teile einer Gemeinde- und Kreisordnung beispielsweise, die sich mit der Staatsaufsicht befassen, sind ja davon abhängig, daß durch ein Landesverwaltungsgesetz festgelegt wird, ob es noch eine staatliche Mittelinstanz geben soll, und wenn ja, wie sie aussehen soll. Es muß also vorweg entschieden werden, wieweit durch Dekonzentration der staatlichen Aufgaben und durch eine Dezentralisation auf die Behörden der unteren Instanz der Kommunalverwaltung die staatliche Mittelinstanz unter Umständen entbehrlich wird. Es muß darüber entschieden werden, ob noch bestehende staatliche Sonderverwaltungen in dem kommunalen Bereich weiterzuführen sind. Erst wenn wir so einen Überblick über die künftigen Aufgaben der gesamten kommunalen Selbstverwaltung haben, können wir sagen, wie diese kommunale Selbstverwaltung in ihren Organen verfassungsrechtlich ausgestaltet werden soll.

Wir halten es deshalb für erforderlich, daß mit der Vorlage eines Landesverwaltungsgesetzes begonnen wird. Wir halten es für erforderlich, zu überlegen, ob wir nicht als Vorstufe eine vernünftigen und weitgehenden Verwaltungsneuordnung erst einmal auf zahlreichen Gebieten die Rechtsvereinheitlichung in Hessen schaffen müssen. Denn es gibt ja eine ganze Reihe von Gegenständen, wo heute noch völlig verschiedene Rechtszustände herrschen, je nachdem, ob es sich um früher preußische oder um früher hessisch-darmstädtische Gebiete des Landes Hessen handelt.

Wir werden weiter, bevor wir an die Gemeinde- und Kreisordnung gehen, eine andere vordringliche Aufgabe zu erledigen haben, die im Zusammenhang steht mit der Frage der staatlichen Mittelinstanz: die Frage der Organisation und des weiteren Ausbaues der kommunalen Selbstverwaltung auf der Bezirksebene, wobei namentlich noch zu überlegen ist — wir sind der Auffassung, daß das geschehen muß —, in den ehemals preußischen Teilen des Landes Hessen bestehende Institutionen, die sich bewährt haben, auf den restlichen Teil des Landes zu übertragen. Allerdings setzt das — dabei wird es ohne die in der Regierungserklärung erwähnte Rücksichtslosigkeit oder Härte nicht abgehen — nach unserer Auffassung auch eine weitgehende territoriale Reform innerhalb des Landes, eine Neuabgrenzung der Bezirke und wahrscheinlich auch eine Neuabgrenzung von Landkreisen voraus.

Es erscheint uns diese gesetzliche Neuregelung der Bezirkskommunalverbände auch deshalb vordringlich, weil wir auf diesem Gebiete von einer wirklich demokratischen Selbstverwaltung ja noch weit entfernt sind. Die Arbeit der im Jahre 1945 eingesetzten Landesauschüsse in allen Ehren; aber sie sind in ihrer Zusammensetzung personell und politisch längst überholt und haben im Grunde keine echte parlamentarisch-demokratische Legitimation mehr.

Bleek

Wir glauben allerdings, daß es eine Überspitzung des Wahlgedankens — auch eine Überspitzung des Aufbaues innerhalb der Selbstverwaltung — wäre, wenn man die Bezirkskommunalverbände nun mit einem in unmittelbaren Wahlen gewählten Parlament ausstatten würde. Nach unserer Auffassung wird dem Charakter der Bezirkskommunalverbände als der Zusammenfassung der Stadt- und Landkreise und der von ihnen zu erledigenden überörtlichen Aufgaben besser dadurch Rechnung getragen, daß man ihre beschließenden Körperschaften aus Wahlen der Stadtverordnetenversammlungen in den Stadtkreisen und der Kreistage in den Landkreisen hervorgehen läßt.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit den Fragen der Verwaltungsreform und der Verwaltungsorganisation lassen Sie mich kurz noch etwas sagen. Es steht in der Regierungserklärung auch etwas über die Frage der Reform des öffentlichen Dienstes, und dabei findet sich ein goldener Satz, meine Damen und Herren, nämlich der Satz: „Für blinde Passagiere ist auf einem Staatsschiff, das mit einem sehr schweren Sturm zu kämpfen hat, kein Raum.“ Ich möchte den Satz allerdings erweitern; ich möchte sagen: Für blinde Passagiere ist auf einem Staatsschiff auch dann kein Raum, wenn die Wellen sich einmal geglättet haben sollten. Wir dürfen diesen bildhaften Satz in der Regierungserklärung dahin auslegen, daß er sich auf die Angehörigen des öffentlichen Dienstes bezieht, die, gleichgültig, ob sie einer Partei oder keiner Partei angehören, die notwendige Vorbildung, die notwendige sachliche Eignung und die notwendigen Fähigkeiten nicht besitzen. Dabei geben wir — indem ich zu einem späteren Satze in der Regierungserklärung übergehe — der Hoffnung Ausdruck, daß diese von der Regierung gewollte und beabsichtigte Ausschiffung blinder Passagiere notfalls auch gegenüber den in diesem Satze genannten „engsten Mitarbeitern“ des Herrn Ministerpräsidenten durchgeführt werden wird. Wir möchten weiter wünschen, daß die politisch selbstverständliche Bemerkung, daß die engsten Mitarbeiter auch unter dem Gesichtspunkt des unmittelbaren politischen — in Klammern: parteipolitischen — Vertrauens ausgesucht werden müssen, eng interpretiert wird und daß der Kreis der „engsten Mitarbeiter“ unter diesem Gesichtspunkt nicht allzu weit ausgedehnt wird.

Nicht für den Hörer, aber für den Leser der Regierungserklärung ist immerhin eine Bleistiftänderung auf der letzten Zeile des Blattes 12 von einem gewissen Interesse. Ich schicke voraus, daß es uns durchaus noch nicht ausgemacht zu sein scheint, ob wir das Personalamt als Institution bei einer Neuregelung des Beamtenrechts überhaupt benötigen.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Sehr richtig!)

Es erfüllt uns aber mit einem gewissen Mißtrauen, wenn hier der Ausdruck „Regenerierung“ gebraucht wird, ein Ausdruck, der der verschiedenartigsten Auslegung fähig ist und mit dem auch ein gewisser Mißbrauch in der personalpolitischen Arbeit getrieben werden könnte. Diese redaktionelle Änderung, die allerdings nicht so weit geht, wie die bekannte „redaktionelle“ Änderung des Artikels 41 der hessischen Verfassung, besagt, daß ursprünglich der Herr Ministerpräsident von einem „Berufsbeamtentum“ sprechen wollte, wobei das Bestimmungswort „Berufs-“ sogar noch ausdrücklich unterstrichen gewesen ist.

(Ministerpräsident Zinn: Durchgestrichen!)

— Erst unterstrichen, und dann durchgestrichen! Ich weiß nicht, ob sich die Durchstreichung nur auf die Unterstreichung oder auf das ganze Wort beziehen sollte und infolgedessen Ihre Sekretärin, Herr Ministerpräsi-

dent, einen gewissen Fehler gemacht hat. Immerhin scheint mir dieses Durchstreichen nicht nur eine redaktionelle Änderung zu sein; sondern sie soll doch offensichtlich einer Entwicklung das Tor öffnen, die wir in keiner Weise mitzumachen gewillt sind und die auch in einem gewissen Widerspruch zu einer späteren Bemerkung in der Regierungserklärung steht: daß man sich an die Grundsätze des Grundgesetzes halten wolle, das in seinem Artikel 33 Absatz 5 ausdrücklich von den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums spricht.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Sehr gut!)

Im übrigen scheint es mir doch eine gewisse Verkenning des Beamtenstandes und namentlich derjenigen zu sein, die den Namen eines Berufsbeamten auch in diesen schweren Zeiten mit Recht verdient haben, wenn man erklärt, daß dieser Stand um seiner selbst willen Sonderrechte besessen habe. Ein echter Beamter hat niemals die Auffassung vertreten, daß er Sonderrechte wegen seines Standes besitze. Wer wirklich eine solche Auffassung vertreten sollte, hat das Recht verwirkt, als Angehöriger des Beamtenstandes im wahren Sinne angesehen zu werden.

Meine Damen und Herren, in einigen Punkten hat sich zu unserer Freude ergeben, daß sich unter dem Druck der Verhältnisse, unter denen wir heute leben, offensichtlich über alle parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten hinweg eine grundsätzliche Übereinstimmung in der Beurteilung der Probleme besteht. Ich freue mich, feststellen zu können, daß dies der Fall gewesen ist, wie sich aus der Reaktion des Hauses auf die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten — nicht aus der politischen Reaktion, für die Sie uns irriger Weise halten, sondern aus dem Widerhall des Hauses — gezeigt hat, bei den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten zu dem Problem der Heimatvertriebenen. Meine Damen und Herren, wir alle sind uns der Verantwortung in dieser Frage voll bewußt. Wir werden jede Maßnahme der Landesregierung unterstützen, die darauf abzielt, auf eine vernünftige Weise dieses Problem, das, wenn es unge löst bleibt, zu einem sozialen Sprengkörper für unser ganzes Volk werden kann, zu lindern, wobei ich mit Herrn Kollegen Bodenbender der Auffassung bin, daß die endgültige Lösung des Problems der Heimatvertriebenen nicht allein in deutschen Händen liegen kann, sondern daß diese endgültige Lösung erst herbeigeführt werden wird, wenn das Unrecht und — was vielleicht noch schlimmer ist — der politische Unsinn der Jaltaer und Potsdamer Beschlüsse eines Tages rückgängig gemacht sein wird.

(Sehr gut! Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen es — unsere Stellungnahme im einzelnen behalten wir uns vor —, daß der Hessenplan in seinen Einzelheiten dem Parlament vorgelegt werden soll. Dabei bitte ich schon jetzt auf folgendes hinweisen zu dürfen: Man sollte bei der Durchführung dieses Planes darauf Bedacht nehmen, daß der durch die Verkehrsverhältnisse und durch manche wirtschaftliche Bevorzugung herbeigeführte Sog in gewisse wirtschaftliche Zentren des Landes durch den Hessenplan nicht noch unnötig verstärkt werden darf.

(Abg. Catta [FDP]: Sehr richtig!)

Es würde sonst die Gefahr, die schon jetzt besteht, ins Unermeßliche wachsen: daß wir neben einigen wirtschaftlichen Schwerpunkten des Landes ausgesprochene Notstandsgebiete in den Teilen des Landes behalten, deren Gefährdung in allgemeiner politischer Hinsicht größer und schwerer ist, als das bei den jetzt schon

Bleek

gut florierenden wirtschaftlichen Schwerpunkten des Landes der Fall ist. „Nordhessen“ als ein Begriff besonderer wirtschaftlicher Notlage ist nicht beschränkt auf Eschwege, Kassel und Rotenburg, es greift über Kurhessen hinaus auch auf einige Teile der früheren hessisch-darmstädtischen Provinz Oberhessen hinüber. Das sollte die Regierung und uns alle veranlassen, bei der Gestaltung und der Durchführung des Hessenplans dafür zu sorgen, daß alle diese Gebiete in erster Linie berücksichtigt werden. Das bedeutet auch, daß man bei aller Anerkennung des Wiederaufbaues der zerstörten Städte dafür sorgen muß, daß die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in zwar nicht baulich zerstörten, wirtschaftlich aber schwer zerstörten Gebieten durch weitgehende Förderung des Wohnungsbaues gerade in diesen Gebieten gefördert werden.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Überall, Herr Kollege Bleek!)
— Warten Sie ab, Herr Kollege Wittrock. Lesen Sie Blatt 33 der Regierungserklärung, dort kommt das mit dem Geld!

Meine Damen und Herren, es ist von der Förderung der kommunalen Selbstverwaltung gesprochen worden. Herr Kollege Bodenbender hat die Notwendigkeit des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden unterstrichen. Es ist zweifellos bedauerlich und ein großer grundsätzlicher Fehler gewesen, daß das Grundgesetz so tut, als ob es nur zwei Teilhaber an der Finanzmasse gäbe und daß der dritte Teilhaber, der einen wesentlichen Teil der öffentlichen Aufgaben zu erledigen hat, dort als ein Anhängsel der Länder angesehen worden ist. Es sollte auch im Bund und über die Landesregierung auch im Bundesrat klar herausgestellt werden, daß ein lebendiges Staatsleben ohne die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinden nicht möglich ist.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Wirtschaftspolitisch. Meine Damen und Herren, auch hier war das Grabgeleute zwar unhörbar; aber für den, der hören kann, war es doch durchaus wahrzunehmen.

(Abg. Brübach [SPD]: Vielleicht waren es Osterlocken! — Abg. W. Wittrock [SPD]: Was Sie alles heraushören!)

— Ich habe wahrscheinlich die Regierungserklärung besser verstanden als Sie, Herr Kollege Wittrock!

(Abg. Bodenbender [SPD]: Seien Sie vorsichtig! Sie wissen ja: „Vom Winde verweht“!)

— Verehrter Kollege Bodenbender, wenn wir einmal vom Wind reden wollen, so ist das so: Wettervorhersagen — das werden auch Sie feststellen — treffen nicht immer zu!

(Minister Fischer: Sehr richtig!)

Aus welchen Gründen der Wind nun mal zufällig aus der falschen Richtung geweht hat, darüber, meine Damen und Herren, werden wir uns nachher zu unterhalten haben. Aber eines verspreche ich Ihnen: Ganz weggeweht sind wir nicht. Wir werden Sie noch oft genug anpusten!

(Heiterkeit — Abg. Nitsche [SPD]: Der Wind sollte ja bei Ihnen stark werden!)

Meine Damen und Herren! Es war erfreulich zu hören, und es ist für das Akquisitive, nicht Aperitive, dessen sich die hessische Regierung künftig befleißigen will, sicher durchaus förderlich, daß man im Hinblick auf das Grundgesetz von weiteren Sozialisierungsmaßnahmen absehen will. Sehr erfreulich ist auch, daß man die Entscheidung des Staatsgerichtshofs über den Artikel 41 der hessischen Verfassung abwarten will, wobei allerdings ein Versehen unterlaufen ist: Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs geht nach dem von

meiner Fraktion eingereichten Klageantrag auch darum, ob der Artikel 41 überhaupt existiert.

(Lachen bei der SPD — Abg. Bodenbender [SPD]: Auch vom Winde verweht?! — Heiterkeit)

Deshalb, meine Damen und Herren, entspricht die Feststellung, daß die Enteignung bereits erfolgt sei und daß die Betriebe mit dem Inkrafttreten der Verfassung in Gemeineigentum überführt worden seien, nicht den tatsächlichen Verhältnissen.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Das wird der Staatsgerichtshof feststellen!)

— Meine Damen und Herren! Es wäre wünschenswert — der Landtag besteht sehr wesentlich aus neuen Mitgliedern —, es wäre für die Fraktionsführer

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Vorsitzenden, nicht „Führer“!)

— es wäre für die Fraktionsvorsitzenden eine wesentliche Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Zurufe einzeln und daß sie in verständlicher Form kommen. Besonders die Kollegen, die schon dem alten Landtag angehört haben, werden wissen, daß es mir eine besondere Freude macht, auf Zwischenrufe zu antworten!

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Sehr richtig!)

Und nun zu den Fragen der Landwirtschaftspolitik. Wir sollten uns bewußt sein, welche besonderen Aufgaben der Landwirtschaft entsprechend der wirtschaftlichen Struktur unseres Landes zukommen. Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß die Beantwortung der für die Landwirtschaft und damit für unser gesamtes Volksleben wesentlichen Fragen möglichst im Einvernehmen mit der Landwirtschaft selber erfolgen soll. Wir dürfen diese Andeutung wohl dahin auslegen, daß der Herr Ministerpräsident damit die verfassungsmäßig und demokratisch höchst anzweifelhafte Anordnung des bisherigen Ministers Wagner, die seinen Dienststellen den Verkehr mit dem Hessischen Bauernverband, der berufsständigen Vertretung des hessischen Bauernstandes, verbietet,

(Abg. Bodenbender [SPD]: Nach schlechten Erfahrungen!)

aufgehoben hat. Wir wären aber dankbar, wenn zur Behebung aller Zweifel auch noch eine schriftliche Bestätigung dieser Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten herausgehen würde.

Es ist durchaus zu begrüßen, daß im Rahmen organisatorischer Maßnahmen eine starke Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in der Ministerialinstanz beabsichtigt ist. Ich glaube nicht, daß Herr Minister Fischer für sich beansprucht, ein ausgesprochener Landwirtschaftsexperte zu sein. Er ist ja, Pressemeldungen zufolge, auch seiner besonderen Verbindung zu den Gewerkschaften wegen zum Minister ernannt worden. Wir haben die Befürchtung, daß im Rahmen dieses Ministeriums die Interessen der Landwirtschaft zu kurz kommen könnten. Wir möchten die Staatsregierung bitten, die beabsichtigten organisatorischen Maßnahmen — ich erinnere daran, daß ein Teil der hessischen Sozialdemokraten vor den Wahlen sogar die Schaffung eines besonderen Landwirtschaftsministeriums ventiliert hat — mit aller Beschleunigung zu treffen.

(Zuruf von der SPD: Sie wollen ein neues Ministerium haben! — Minister Metzger: Sie haben eine solche Bitte ausgesprochen Herr Kollege!)

— Ich habe nur gesagt, daß ein Teil von Ihnen es gewollt hat! Ich werde doch nicht in die gleiche Sünde verfallen wie Sie!

(Minister Metzger: Sie haben eine solche Bitte ausgesprochen!)

— Haben Sie nicht genau zugehört? Ich werde Ihnen das Protokoll zusenden.

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Bodenbender hat, glaube ich, die Bemerkung in der Regierungserklärung über die Lösung der sozialen Probleme und die Förderung des Lebens auf dem Lande etwas zu eng ausgelegt, wenn er nur von dem kulturellen Leben auf dem Lande gesprochen hat. Es ist sicherlich eine Notwendigkeit, daß man die ausgesprochene Kino- und Tanzbodenlust nicht allzu sehr auf das Land verpflanzt. Wenn das Leben auf dem Lande und auf den Dörfern lebenswert gemacht werden soll, und wenn dabei dankenswerterweise auch auf den Bauern und auf diejenige, die die schwersten Lasten beinahe in der gesamten deutschen Volkswirtschaft zu tragen hat, auf die Bauersfrau in dem Klein- und Mittelbetrieb, hingewiesen wird, so geht das weit über die kulturellen Dinge hinaus. Es schließt bei aller Bedeutung der Markt- und Preisfragen, die bereits erwähnt worden sind, vor allem auch in sich, daß man sich über die Frage des ausgesprochenen Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften einmal gründlich den Kopf zerschneidet und daß man weiter das Problem der völlig unzureichenden Löhne auf dem Lande damit im Zusammenhang bringt, das wiederum eng mit dem Preisproblem verbunden ist. Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß 70 Prozent der gesamten bäuerlichen Bevölkerung Hessens dem Kleinbauernstand angehören und daß nach unbezweifelbaren Errechnungen das Realeinkommen dieser Menschen bei etwa 42 Pfennig für die Stunde liegt. Das ist eine Zahl, meine Damen und Herren, die ich nicht zu vergessen bitte.

Auch das Gebiet der sogenannten Bodenreform sieht wesentlich anders aus, als man es in dem berühmten Artikel 42 der hessischen Verfassung behandelt hat. Meine Damen und Herren! Die Möglichkeiten für eine vernünftige Siedlungsgesetzgebung — diesen Namen möchten wir gewählt sehen; eine Bodenreform macht Herr Mao-Tse-Tung vielleicht in China und man hat sie in den Kolchosen gemacht — eine vernünftige Siedlungsgesetzgebung ist erforderlich, um einmal — Sie werden das nie in vollem Umfang tun können — das Problem der heimatvertriebenen Bauern anzupacken und weiter, worauf wir besonderen Wert legen, um eine vernünftige Abrundung kleinbäuerlicher Betriebe herbeizuführen. Zur Erlangung einer gesunden wirtschaftlichen Basis ist diese Abrundung unbedingt nötig. Wir wollen uns aber darüber klar sein, daß das, was an Grund und Boden dafür zur Verfügung steht, verhältnismäßig wenig ist. Wir sind im übrigen aber vor allem der Auffassung, daß die Grundsätze für eine Siedlungsgesetzgebung nur auf der Bundesebene geschaffen werden können und geschaffen werden müssen.

Das gleiche gilt auch für das Gebiet der Flurbereinigung, ein Gebiet, das sicherlich energisch angegriffen werden muß, um zu einer Verbesserung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande, zur Steigerung der Erzeugung zu kommen, und aus manchen anderen Gründen. Aber auch hier ist es so, daß die Grundlage durch den Bund geschaffen werden muß. Wir werden unsererseits allerdings dafür zu sorgen haben, daß die personelle Besetzung der Landeskulturämter dafür bürgt, daß die Flurbereinigung in einer vernünftigen Art und Weise durchgeführt wird.

Ein gewisser Abgesang auch zum Artikel 37 der hessischen Verfassung. Die Regierung scheint aus der Tatsache, daß das hessische Betriebsrätegesetz das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht vorsieht, die

Legitimation herzuleiten, nunmehr über den Bundesrat für eine entsprechende Ausgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes einzutreten.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr richtig!)

Die Regierungserklärung enthält den Satz, daß diese Einflußnahme gemeinsam mit den Gewerkschaften geschehen soll. Meine Damen und Herren! Wir möchten nicht hoffen, daß damit auch die außerparlamentarischen und antidemokratischen Versuche gemeint sind, die in den letzten Tagen zur außerparlamentarischen Erzwingung einer Regelung des Betriebsräterechts, die doch nur auf parlamentarischem Wege durchgeführt werden kann, unternommen worden sind. Ich möchte nicht verfehlen darauf hinzuweisen, wie sehr diese Versuche, wenn sie sich auch noch auf den Kohlenbergbau erstrecken sollen, unsere Ernährungs- und Erzeugungslage gefährden würden.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Sehr richtig!)

Zur Kulturpolitik. Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht — es mag das vielleicht an der Formulierung liegen —, wir möchten aber nicht hoffen, daß der Herr Ministerpräsident und mit ihm sein Herr Kultusminister das humanistische Gymnasium als eine überholte Erziehungsanstalt ansehen.

Abg. Bodenbender [SPD]: Sie wollen wieder nicht verstehen, wie das gemeint ist! — Ministerpräsident Zinn: Davon ist nichts gesagt! — Abg. Bodenbender [SPD]: Sie sind doch sonst nicht so böswillig!

— Herr Kollege Bodenbender, wenn ich einmal böswillig werde, dann können Sie etwas erleben!

(Heiterkeit)

Wir glauben, daß gerade diese Schulform eine besondere Förderung verdient. Wir begrüßen es, daß die Einsicht vorhanden ist, daß trotz aller landesmäßigen Zuständigkeiten die Fragen der Gestaltung des Schulwesens unter dem Gesichtspunkt einer weitgehenden Einheitlichkeit im Bund und im gesamten Deutschland geprüft werden müssen. Das wird infolge der Zuständigkeiten nach dem Grundgesetz im wesentlichen von einer guten Zusammenarbeit der Ländererziehungsminister und von einer verständnisvollen Einstellung der Länderparlamente bei der Gestaltung der Schulgesetze abhängen. Auch hier glauben wir uns grundsätzlich mit der Abgrenzung des Programms einverstanden erklären zu können, dessen Inhalt wir uns allerdings im einzelnen gründlich werden ansehen müssen. Auch hier sind wir aber der Meinung, daß die Reihenfolge etwas anders gewählt werden müßte. Wir meinen, daß als erstes Gesetz das Lehrerbildungsgesetz verabschiedet werden müßte. In diesem Lehrerbildungsgesetz muß auf alle Fälle klaggestellt werden, daß für diejenigen Lehrer, die beabsichtigen, an höhere Schulen zu gehen, und die daher ein bestimmtes fachliches Studium haben müssen, mindestens in den späteren Semestern der Besuch einer Universität vorgeschrieben werden muß und daß eine gemeinsame Grundausbildung, nämlich in den pädagogischen Fragen — die Einzelheiten wird man prüfen können und prüfen müssen —, wenn überhaupt, nur in den allerersten Semestern in Frage käme. Weiter müssen die Lehrerbildungsanstalten mit hochschulmäßiger Selbstverwaltung ausgestattet werden, um damit wirkliche Vermittler einer neuen Geistigkeit zu sein.

Der Herr Ministerpräsident möge es mir nicht übel nehmen, wenn ich ihm dazu gratuliere, daß die Regierungserklärung bisher noch nicht in die Hände des deutschen Sprachverein gefallen ist. Denn 'nbüsch

Bleck

viel Fremdwörter warn ja nun doch drinne! Wenn die Lehrerbildungsanstalten als „Transformatoren“ bezeichnet werden, meine Damen und Herren, so ist dieser Begriff bisher nur in der Elektrizitätswirtschaft verwendet worden.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Da gibt es auch den Begriff Wackelkontakt!)

— Herr Kollege Bodenbender, vielleicht ist das bei Ihnen so. Ich weiß es nicht!

(Abg. Bodenbender [SPD]: Ich wollte nur sagen, daß auch das ein Begriff aus der Elektrizitätswirtschaft ist!)

Wir halten es an sich für erforderlich — und das scheint auch beabsichtigt zu sein —, daß man das Schulunterhaltungsgesetz vor dem Schulverwaltungsgesetz vorlegt. Beide Gesetze stehen allerdings in einem gewissen inneren sachlichen Zusammenhang.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Also doch richtig!)

— Ich habe auch gar nichts kritisiert, Herr Kollege Wittrock. Sie sind schon so eingeschüchtert von mir, daß Sie meinen, ich kritisiere auch dann, wenn ich gar nichts zu kritisieren habe.

Wir halten es für einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Plänen, daß man bei der Schulverwaltung und bei der Schulunterhaltung die bewährte Mitwirkung und Trägerschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände beizubehalten beabsichtigt.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Schulgemeinde!)

Das scheint mir eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem zu sein, was uns bisher vorgetragen worden ist.

Wenn wir in den Erklärungen über die innere Gestaltung unserer Schulen den Artikel 156 der Verfassung nicht wiederfinden, so sind wir mit der Herausnahme dieser Verfassungsbestimmung aus der praktischen Politik durchaus einverstanden.

Wir haben davon Kenntnis genommen — und warten die Regelung im einzelnen ab —, daß die Regierung beabsichtigt, den Beschluß des Bundestages über die abschließende Regelung der Denazifizierung durchzuführen. Wir glauben allerdings, es sollte dabei überlegt werden, ob nicht zum mindesten auch ein Teil der Berufs- und Betätigungsverbote gelockert oder aufgehoben werden muß. Wir bitten ernstlich zu überlegen, ob es nicht an der Zeit wäre, verwaltungsmäßig oder durch Gesetz anzuordnen, daß nach diesem endgültigen Abschluß der Entnazifizierung, die nicht nur allein durch die Schuld der deutschen Stellen, sondern auch durch die Schuld anderer einen völlig falschen Verlauf genommen hat, der Schlußstrich auch dadurch endgültig gezogen werden muß, daß man die Spruchkammerakten einstampft und sie damit endgültig aus der Weltgeschichte verschwinden läßt.

(Zustimmung bei der FDP)

nicht zuletzt nur im Interesse der Betroffenen allein, sondern auch im Interesse des einen oder anderen unter dem bisherigen Spruchkammerpersonal.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Nanu!)

Meine Damen und Herren! Der „leise“ Tropfen Wermut, von dem Herr Kollege Bodenbender sprach, wird recht laut — ich glaube, „klein“ und „groß“ wäre in diesem Zusammenhang richtiger gewesen —, wenn man die Seiten 33 und folgende der Regierungserklärung betrachtet, die sich mit den Finanzen beschäftigen. Dann sieht es nämlich so aus, daß man sagen könnte: „Das, was auf den Seiten 1 bis 32 verheißt ist, werden wir durchführen, wenn — — —“, oder: „können wir erst durchführen, nachdem — — —“. Ich möchte mich

auf Einzelheiten nicht einlassen, denn wenn ich die Wortmeldungen richtig verstanden habe, so folgt hinter mir in der Rednerliste einer, der wahrscheinlich über diese Punkte in einer Weise sprechen wird, die gerade auf diesem Spezialgebiet mich und uns alle viel mehr interessieren wird, als das meine Ausführungen tun werden.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Der Schluß der Regierungserklärung hat die Aufgaben der Landesregierung in den gesamtdeutschen Zusammenhang gestellt. Ich möchte namens meiner Fraktion hoffen und wünschen, daß die Landesregierung bei ihrer Mitarbeit im Bundesrat sich von dem leiten läßt, was ich als die künftige Aufgabe eines deutschen Landes innerhalb Gesamtdeutschland bezeichnet habe, und daß die Landesregierung alles unterläßt, was ihr die Möglichkeit geben würde, Sand in die Bundesmaschinerie hineinzustreuen.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie selber gemacht!)

Ich möchte auf Einzelheiten in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Die Hoffnung, daß die Landesregierung nicht allzu viel Sand in die Bundesmaschinerie hineinstreuen wird, kann man übrigens haben, wenn man in der Regierungserklärung davon liest, daß man eine gewisse Aussicht für Finanzierungsmöglichkeiten von der Verabschiedung der neuen Bundessteuergesetze erhofft, wobei noch einmal darauf hingewiesen sein möge, wie verkümmert der heutige deutsche Föderalismus schon deshalb ist, weil den Ländern ja eine finanzielle Eigenständigkeit überhaupt nicht gegeben ist, weil sie zwar aus einigen großen Steuern eine Einkommensquelle haben, aber in der Gestaltung der Tarife und der übrigen Bestimmungen dieser Steuergesetze kein unmittelbares Mitspracherecht haben. Es besteht weiter die Gefahr — ich vermute, daß diese Gefahr sehr bald realisiert werden wird —, daß der Bund zur Erfüllung seiner bedeutsamen Aufgaben auch noch Teile dieser Steuern in Anspruch nimmt.

Meine Damen und Herren! Ich verzichte darauf, zu den Ausführungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag im einzelnen Stellung zu nehmen. Ich verzichte darauf, zu untersuchen, ob es tatsächlich einer Änderung des Grundgesetzes bedarf. Ich unterstreiche namens meiner Fraktion — und das als einziges dazu —, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung und der Grundsatz „keine Fremdenlegionäre“ so selbstverständlich sind, daß ebenso wie auf dem Gebiet der Rettung der Heimatvertriebenen hier trotz aller Verschiedenheit des Zungenschlags doch Einmütigkeit der verantwortlichen deutschen Parteien und Politiker letztlich festzustellen sein sollte. Ich glaube im übrigen, man sollte davon absehen, dieses Problem jetzt zu vertiefen, weil es für den verantwortlichen deutschen Politiker zweckmäßig ist, von dieser Frage so lange zu schweigen, solange nicht klar ist, ob die Viermächtekonferenz zustandekommt und, wenn sie zustandekommt, mit welchem Thema und welchem Ergebnis sie durchgeführt werden wird.

Es werden unter dem Zwang der Verhältnisse auch jetzt — und das ist vielleicht sogar eine erfreuliche Seite des menschlichen Lebens — nicht alle in der Regierungserklärung aufgezeigten Blütenesszenen reifen. Man wird das Wort Luthers vielleicht gar nicht einmal abzuwandeln brauchen, sondern wird froh sein müssen, wenn man, statt ein Haus zu bauen, das in diesem Wort zitierte Apfelbäumchen gepflanzt und zum Gedeihen gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat zum Schluß von der Frage und — was auch unsererseits unterstrichen wird — von der Möglichkeit

Bleek

und Notwendigkeit einer parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition gesprochen. Wenn und solange der Wille zur demokratischen Beachtung dieser demokratischen Spielregeln bei der Landesregierung und bei der Mehrheit des Parlaments vorhanden ist, solange werden wir bereit sein, diese selbstverständlichen Spielregeln anzuerkennen. Wir sind der Auffassung — es ist das ja im Begriff des demokratisch-parlamentarischen Lebens notwendig mit enthalten —, daß ohne das Zusammenspiel und Gegenspiel zwischen Regierung und Opposition, das nicht auf Feindschaft, sondern auf sachlicher Meinungsverschiedenheit beruht, ein fruchtbares parlamentarisches Leben sich nicht entwickeln kann. Wir möchten übrigens hoffen, daß die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten über die Stellung und die Aufgaben der Opposition — eine Erklärung, die wir zu der unsrigen machen — sich in allen Stellen seiner Partei, wo es auch immer sein möge, durchsetzt.

Meine Damen und Herren! Wir alle haben uns — und namentlich wird das die Regierung und die sie tragende Partei zu tun haben — über zweierlei klar zu sein: Es fehlt zum Glück für die reibungslose Arbeit dieses Hohen Hauses nunmehr eine Fraktion; und es ist ein Symbol für den hoffentlich ruhigeren und gemäßigteren Ton und die damit erreichbare Verbesserung unserer Arbeit, wenn der Platz des früheren Landtagsabgeordneten Carlébach nunmehr von dem seitherigen Herrn Ministerpräsidenten Stock eingenommen wird.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Bevölkerung unseres Landes und die Bevölkerung anderer Länder der Bundesrepublik hat bei den Wahlen eindeutig eines zu erkennen gegeben: wie sie zu der zerstörerischen, revolutionären und verbrecherischen politischen Taktik der Partei steht, die wir zu unserem Glück in diesem Landtag nicht mehr zu sehen haben. Aber wir wollen dabei nicht vergessen, daß diese mit wenigen Prozent der Wählerstimmen ausgestatteten politischen Emissäre Sendboten einer Macht sind, die ein wesentlicher und handfester Faktor des Geschehens in der ganzen Weltpolitik ist und daß diese Tatsache der Bedrohung Deutschlands und der gesamten freien Welt auch die Arbeit dieses Parlaments, der Regierungspartei und der Oppositionsparteien bestimmen sollte.

Meine Damen und Herren! Schließlich sollte für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition und auch für ihr hoffentlich ebenso fruchtbares Gegeneinander spielen — das ist ein Appell an die Regierung und an die Regierungspartei — doch der Versuch gemacht werden, das Wahlergebnis vom 19. November etwas eindeutiger zu analysieren, als es der Herr Ministerpräsident, absichtlich oder unabsichtlich, getan hat. Das Thema einer Wahl ist doch eigentlich, ob man eine Änderung der bisherigen Regierungsverhältnisse in dem Gebiete wünscht, in dem zur Wahl aufgerufen ist. Ich frage Sie: Wann und wo ist in Hessen unter diesem Thema gewählt worden? Es ist interessant, meine Damen und Herren, daß die Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei in Langen eine Umfrage bei ihren Wählern veranstaltet hat und daß aus dieser Umfrage hervorgeht, daß kaum einer der Wähler, die dort der SPD ihre Stimme gegeben haben, seine Abstimmung unter dem Gesichtspunkt des Ja oder Nein zu der bisherigen hessischen Regierungspolitik vorgenommen hat. Ich will von dem einen Prozent absehen, das die SPD gewählt hat, weil sie das kleinere Übel sei.

(Heiterkeit — Abg. Bodenbender [SPD]: Und Sie das größere Übel! — Heiterkeit)

Einige wenige haben es unter dem Gesichtspunkt der Kommunalpolitik getan, einige wenige haben zum Ausdruck gebracht, daß ihnen der Kandidat der SPD am besten gefallen hat; ob sachlich, persönlich oder kosmetisch, kommt dabei nicht zum Ausdruck. Aber 52 Prozent haben erklärt: Weil ich gegen die Remilitarisierung bin. Damit ist, glaube ich, klargestellt, unter welchem Gesichtspunkt die Entscheidung gefallen ist, und damit ist auch klargestellt, daß eine unmittelbare Bestätigung der eigentlichen hessischen Regierungspolitik in dieser Wahlentscheidung nicht zu sehen gewesen ist. Damit ist klargestellt, daß die Wahlentscheidung unter falsch verstandenen und falsch verbreiteten Parolen gefallen ist. Denn auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD, werden letztlich, so sehr man über die Einzelheiten reden muß, um die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages, wenn sie wirklich einmal ernstlich gestellt werden wird, nicht herumkommen können. Schon am 20. November hat Herr Dr. Schumacher in München etwas deutlicher erkennbar die Katze aus dem Sack gelassen, nachdem man sie vor dem Wahltermin wohlweislich im Sack gelassen hatte. Damals haben Sie, bekleidet mit dem Bäffchen des Herrn Niemöller, so getan, als ob Sie uns für alle Zeiten den ewigen Frieden und die Garantie einer Nichtbewaffnung geben würden. So sind die Dinge gewesen.

Ich glaube, es sollte weiter nicht vergessen werden, daß infolge des Wahlrechts zwar eine Mehrheit an Abgeordneten, aber nicht die Mehrheit an Wählern hinter dieser Regierung steht. Auch daran sollte die Regierung denken.

(Lachen bei der SPD — Der Präsident macht den Redner auf den Ablauf der Redezeit aufmerksam)

— Ich bin sofort fertig. Ich halte auch dieses Wahlrecht, weil es klare Mehrheitsverhältnisse schafft, immer noch für eine Verbesserung gegenüber dem reinen Verhältniswahlrecht, obwohl Sie (zur SPD gewandt) damit Grundsätze verlassen haben, die von der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende als unabdingbar angesehen worden sind. Aber die Tatsache dieses Wahlausganges — hunderttausend Wähler mehr auf dieser Seite und vierzehn Abgeordnete mehr auf jener Seite — zeigt, wie recht wir gehabt haben, als wir ein absolutes Mehrheitswahlrecht gefordert haben.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Dann hätten Sie noch weniger erhalten!)

— Ach, hätten Sie doch einmal abgewartet, Herr Kollege Wittrock, wie die Stichwahlen ausgegangen wären! Mit meinem Freunde Dr. Hilpert Arm in Arm hätten wir dann das Rennen gemacht.

(Große Heiterkeit — Zurufe)

Die Tatsache, daß immerhin hinter dieser Minderheit des Parlaments hunderttausend Wähler mehr stehen, sollte die Regierung bei ihren Entscheidungen und Maßnahmen nicht unberücksichtigt lassen.

Nach der Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme eines ausdrücklichen Vertrauensbeweises des Landtags. Es handelt sich dabei um den Ausdruck des politischen Vertrauens. In seinen außerordentlich sympathisch wirkenden Worten nach seiner Wahl hat der Herr Ministerpräsident — und wir folgen ihm darin völlig — einen Unterschied gemacht zwischen dem politischen Vertrauen und dem menschlichen Vertrauen. Meine Damen und Herren! Wir sind bereit, dieses menschliche Vertrauen der Landesregierung und allen ihren Mitgliedern entgegenzubringen — ich betone ausdrücklich: allen ihren Mitgliedern — weil wir der Auffassung und der Hoffnung sind, daß die Ausführungen und Formulierungen des Herrn Ministers für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft Fischer

Bleek

sich in einigen Punkten wesentlich von den Formulierungen unterscheiden werden, die der Herr Abgeordnete Fischer in der letzten Sitzung des Landtags gefunden hat.

(Sehr gut! bei der FDP)

Wir sind bereit, dieses menschliche Vertrauen, das die Basis überhaupt jeglichen menschlichen Zusammenlebens ist, durchaus zu beweisen. Denn es ist vielleicht ein Fehler der Deutschen, hervorgerufen durch die Geschichte, besonders durch unsere konfessionelle Zersplitterung, hervorgerufen auch durch manche politischen Ereignisse, daß wir auch in der Frage der menschlichen Beziehungen allzu sehr gruppenweise denken und glauben, daß wir Menschen, mit denen wir sachlich auf irgendeinem Gebiet, mag es die Politik oder die Kaninchenzucht sein, zusammenarbeiten, unbedingt alle unsere menschlichen Sympathien entgegenbringen müßten, während andere, die sachlich anderer Meinung sind als wir, unsere menschlichen Sympathien nicht genießen könnten. Aber hier handelt es sich um das politische Vertrauen, und dieses politische Vertrauen auszuprechen sind wir in der Tat nicht in der Lage. Das werden Sie verstehen, meine Damen und Herren, schon wenn Sie den einen Satz in der Regierungserklärung lesen, „daß hier bewußt und logischerweise nach dem Wahlausgang eine sozialdemokratische Regierung gebildet worden ist“. Deshalb haben wir Ihnen zu erklären, meine Damen und Herren, daß wir bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage ein klares Nein auszusprechen haben.

(Beifall bei FDP und BHE)

I. Vizepräsident Schröder:

Das Wort hat nunmehr Herr Abg. Dr. Hilpert.

Abg. Dr. Hilpert (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn heute eine neue Regierung des Landes sich vorstellt, um das Vertrauen wirbt und dann in die Arbeit gehen muß, dann muß weit über das Parteipolitische hinaus zum Ausdruck gebracht werden, daß dieses Beginnen ein Ausdruck des Verantwortungsbewußtseins ist. Durch alle Ausführungen, seien es die des Herrn Ministerpräsidenten, des Herrn Kollegen Bodenbender und auch, mit Ausnahme der kleinen Purzelbäume, durch die des Herrn Abg. Bleek,

(Abg. Bleek [FDP]: Herzlichen Dank!)

geht eines hindurch, was diese Stunde bestimmen soll: Das ist der Ernst unserer Gesamtlage, das Bewußtsein,

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

daß wir uns zusammen in einer Schicksalsgemeinschaft befinden, die für eine doktrinäre Politik völlig ungeeignet ist.

(Abg. Bodenbender [SPD]: Sehr gut!)

Für mich, der ich so oft schon hier gesprochen habe und heute in einer anderen Funktion hier spreche, der ich als Minister noch nicht hinter den Ohren kalt geworden bin,

(Abg. Bleek [FDP]: Aber trocken!)

— Verehrter Herr Kollege Bleek, trocken war ich immer schon hinter den Ohren! —, ist es zunächst eine persönliche Pflicht, dem Herrn Regierungschef Dank auszusprechen für die Worte, die er heute meiner Tätigkeit in den zurückliegenden Jahren gewidmet hat. Mit dem Herrn Regierungschef hat mich schon lange eine persönliche Freundschaft verbunden, und sie verbindet mich mit ihm noch heute, was nicht ausschließt, daß wir uns früher parteipolitisch oft und sehr entschieden bekämpft haben und in Zukunft weiter bekämpfen werden.

Der Ernst der Lage wird uns von der Christlich-Demokratischen Union Hessens aus von vornherein in einer politischen Mittlerrolle sehen, bei der wir an sich Herrn Abg. Bleek für die Dispositionen unserer Fraktionsredner als Ratgeber in keiner Weise benötigen.

(Heiterkeit — Abg. Bleek [FDP]: Ich habe leider nicht hingehört!)

— Sie müssen jetzt ganz sorgfältig aufpassen in der nächsten Stunde Herr Kollege Bleek! Herr Kollege Bleek hat zum Schluß auf das hingewiesen, was ich so bezeichnen möchte: Der Unterschied zwischen Parlamentarismus und Demokratie. Es wird nicht besonders sinnvoll sein, nachträglich eine Wahlanalyse zu machen. Wenn Herr Kollege Bleek auf der einen Seite die Ausnutzung der Remilitarisierungssparolen durch Herrn Dr. Schumacher als eine Erfolgsnote für die Politik der SPD in diesem Wahlkampf kennzeichnet, dann muß ich sagen: Bis zu einem gewissen Grade war doch wohl auch von uns als CDU, die wir hier und im Bund die Verantwortung getragen haben, oft die merkwürdige Feststellung zu machen, wie allein eine kurze Tagesreise von Bonn, wo sie die Regierungspolitik mittragen, bis nach Treysa zu einer völligen Veränderung des politischen Blickfeldes geführt hat.

(Heiterkeit — Beifall bei SPD und CDU — Abg. Bleek [FDP]: Was habe ich denn in Treysa getan?)

— Von Ihnen spreche ich nicht; ich habe „sie“ klein gesprochen!

(Abg. Bleek [FDP]: Dann brauche ich auch nicht zuzuhören! — Große Heiterkeit)

Wir haben uns demzufolge mit dem parlamentarischen Ergebnis abzufinden, müssen aber ganz klar herausstellen — das scheint mir viel bedeutsamer zu sein —, daß der Parlamentarismus uns ein Ausdruck der Lebensform Demokratie ist, daß aber niemals die Arithmetik des Parlamentarischen für die Ausgestaltung des parlamentarischen Lebens in der Demokratie entscheidend sein darf. Deshalb habe ich mich so darüber gefreut, in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten solch treffliche Worte, ja ausgezeichnete Formulierungen über das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition zu finden. Ich habe mich sehr darüber gefreut, in einem Abschnitt zu lesen, daß die Regierung sich absolut bemühen will, mit allen berufsständischen Kreisen zusammenzukommen. Ich sehe darin eine ausdrückliche Bestätigung, daß die Einschaltung aller dieser im Letzten das demokratische Leben mitformenden Kräfte und Organisationen in einer Form erfolgen soll, die uns nicht in die Lage bringen wird, ja nicht bringen darf, daß von einzelnen Organisationen ein außerparlamentarischer Druck auf die Legislative wirksam wird.

(Sehr gut! bei SPD und CDU)

Dafür bin ich dankbar, und Sie werden, meine Herren von der Regierung, uns immer auf Ihrer Seite finden, wenn es sich darum handelt, so den demokratischen Begriff auszugestalten. Über das rein Mechanistische hinaus, das die Wahlen für die Zusammensetzung eines Parlaments mit sich bringen können, sollten wir uns immer bewußt sein, einmal, daß in der Weltgeschichte oft schon Minoritäten — ich will nicht auf die zwölf Apostel der CDU hinweisen —

(Heiterkeit)

sehr entscheidend gewirkt haben, und daß zum anderen nichts schlimmer ist, als aus einer 51- bis 52prozentigen Mehrheit heraus Gesetzgebungsarbeit zu leisten, weil für die Gesetzgebungsarbeit die Resonanz des größtmöglichen Teiles der Bevölkerung notwendig ist, wenn wir nicht durch ein parlamentarisch-arithmetisches

Dr. Hilpert

System zu recht unheilvollen Erscheinungen des politischen Lebens kommen wollen. Wir hoffen — soweit es sich um den Herrn Ministerpräsidenten handelt, bin ich davon überzeugt —, daß wir zu recht gut abgewogenen Maßnahmen kommen werden, um eine wirklich lebensnahe und richtige Form der Demokratie in diesem Landtag zu entwickeln. Die Probleme, die vor uns stehen, zwingen uns doch wohl auch dazu.

(Sehr gut! bei der SPD)

Deshalb freue ich mich, in der Regierungserklärung lesen zu dürfen, daß das *μηδέν ἄγαν*, das Nicht zuviel, das Maßvolle, das Prinzip der Regierung sein soll. Das erleichtert uns die Möglichkeit einer sachlichen Opposition. So, wie wir im Wahlkampf an sich dieses Arm-in-Arm-Gehen — nicht mit Ihnen, Herr Kollege Bleek, aber mit Herrn Euler — abgelehnt haben, — Sie hatten ja einen anderen Ehepartner gefunden, der Ihnen inzwischen wieder untreu geworden ist —, so, wie wir im Wahlkampf als Vertreter einer politischen Idee eigenständig unseren Weg gegangen sind, so werden wir auch unsere Opposition im Hessischen Landtag durchführen.

Wir werden uns dabei immer unserer Mittlerrolle, unserer Ausgleichsrolle bewußt sein, die der besonderen Struktur unserer Partei als soziologischer Querschnittspartei entspricht und in der Anerkennung dieses obersten Grundsatzes den Versuch zur Vermittlung machen. Wir sind nicht vermessen genug zu sagen, daß wir allein das könnten. Aber immer werden wir uns bemühen, wieder eine christliche Bewußtseinssphäre in unserem Volke zu schaffen, weil ohne diese christliche Bewußtseinssphäre in unserem Volke alle Aufbaumaßnahmen, alle großen politischen Entschlüsse nicht zu dem Ergebnis führen werden, das wir sehnlichst für unser Volk und unser Land erwarten müssen. Wir werden Hüter sein, dessen, was wir in vierjähriger verantwortlicher Arbeit in Hessen mit aufgebaut haben. Wir werden die Regierung unterstützen. In der Regierungserklärung sind ja auf vielen Gebieten Ansätze der Arbeit der Regierung Stock übernommen worden. Wir werden aber auch darüber wachen, daß die Linie, die wir seinerzeit auf sehr wesentlichen Gebieten für richtig gehalten haben, fortgesetzt wird.

Nun wird es natürlich für diese Regierung als einer Alleinregierung, für die Regierung einer Partei, die die führende Oppositionspartei in Bonn ist, nicht leicht sein, immer das rechte Gesicht aufzusetzen und zu behalten.

(Sehr gut! bei der CDU)

Schauen Sie nach Bonn oder schauen Sie nach Hessen! Es ist sehr zu begrüßen, daß der Herr Ministerpräsident darauf hingewiesen hat, daß die Regierung den politischen Willen des Landes und damit wohl auch des Volkes zu vertreten hat. Dieser politische Wille des Volkes unterscheidet sich etwas von dem arithmetisch-parlamentarischen Ausdruck, wie wir ihn in dem Ergebnis der Landtagswahlen finden. Es wird sehr schwer sein, da immer das rechte Gesicht zu finden. Ich bin kein Anhänger von Gleichschaltungstheorien, zumal sich die Gleichschaltungstheorie zum Teil in der Zwischenzeit sogar im umgekehrten Verhältnis entwickelt hat, wie ich das insbesondere bei der württemberg-badischen Ehe mit ihrem Widerspruch feststellen darf.

Ich persönlich unterscheide mich in der Frage des föderativen Systems grundsätzlich von der Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten Zinn und des Herrn Kollegen Bodenbender. Wir müssen vorsichtig sein. Denn wir haben zum Teil schon die Entwicklung zu verzeichnen, daß wir in Nordrhein-Westfalen ein neues

kleines Preußen erstehen sehen mit blau-weißer Flagge an Bug und Heck. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das im wirtschaftspolitischen und gesamtpolitischen Rahmen, soweit Hessen in Frage kommt — ich komme darauf noch zurück — von höchster Bedeutung ist, ja eine Gefahr darstellt und daß demzufolge die Arbeit, die die Regierung als Mitwirkende an der Bundesgesetzgebung im Bundesrat durchzuführen hat, doch vielleicht in den grundsätzlichen Entscheidungen zu einer besseren vorherigen Information und Zusammenarbeit, besonders mit der Opposition im Landtag, führen muß. Der Bundesrat übt an sich eine große Gesetzgebungsarbeit aus. Das Kabinett faßt die Beschlüsse und ist oft zeitlich gar nicht in der Lage, uns zu informieren. Aber dieses Kabinett des Landes, das die Beschlüsse im Bundesrat mit faßt, ist der parlamentarischen Kontrolle dieses Landtages unterworfen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, und ich hoffe, daß wir — wenn ich hier diesen Gedanken grundsätzlich ausspreche — mit dem Kabinett darüber auch noch sprechen und daß wir ihm Vorschläge von unserer Partei aus machen können. Wir müssen dazu kommen — weil Sie (zur SPD) sich als die Vertreter des politischen Willens des gesamten Volkes fühlen —, diese Zweigesichtigkeit, die unter Umständen für Hessen von äußerster Bedeutung ist, ja zu einer Gefahr werden kann, in eine erträgliche Form zu bringen, soweit es sich um unsere hessischen Belange handelt. Und das ist die besondere Aufgabe der CDU. Ich und meine Freunde mit mir hätten es deshalb begrüßt, wenn der Herr Ministerpräsident zum Schluß eine so grundsätzliche, entscheidende Frage, die dazu gehört, zunächst einmal die Meinung eines Landes festzulegen, nämlich die Frage des Verteidigungsbeitrags Deutschlands, nicht angeschnitten hätte. Nachdem er sie aber angeschnitten hat, hätten wir es begrüßt, wenn er nicht in dem verfassungsrechtlichen Vorraum stehen geblieben wäre, sondern wenn er — zumal er selbst mit aller Entschiedenheit und mit unserer Zustimmung gesagt hat, er wünsche nicht die Erniedrigung Westdeutschlands zu einer Sowjetzonen-Republik oder -Provinz — ganz klar gesagt hätte — falls er zunächst nicht für den Sicherheitsgedanken, wie es beispielsweise durch Dr. Adenauer zum Ausdruck gebracht worden ist, sich aussprechen will —, wie er denn eigentlich die Entwicklung eines inneren Wohlstands sich vorstellt, wenn wir nicht einen Schutz nach außen schaffen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

Ich bedaure es außerordentlich, daß zwischen zwei solchen Männern wie Dr. Schumacher und Dr. Adenauer ein solcher Streit entstehen konnte. Losgelöst von der parteipolitischen Einstellung beim Wahlkampf ist es doch wohl so: Dr. Schumacher sagt Nein; es sei denn, daß diese und diese Voraussetzungen erfüllt werden. Und Dr. Adenauer sagt Ja, unter der Voraussetzung, daß diese und diese Voraussetzungen erfüllt werden; er sagt Ja unter diesen und jenen Vorbehalten.

(Sehr gut! bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so ist es doch in Wahrheit! Ich hätte es deshalb begrüßt, wenn man diese Frage im Sinne der Regierungserklärung in den Kreis der Fragen einbezogen hätte, bei denen getreu den Gedankengängen der Regierungserklärung auch die Opposition im Sinne echt sachlicher, demokratischer Arbeitsweise erst Gelegenheit erhalten sollte, an diesem Kernproblem mitzuarbeiten und eine Lösung zu finden. Welche Form man dafür findet, inwieweit wir uns parlamentarisch einschalten können, ist eine Frage für sich.

Dr. Hilpert

Allerdings könnte man uns die Gegenfrage stellen: Warum hast du, solange du dem Bundesrat angehört hast, eine solche Frage nicht aufgeworfen? Wenn die Gegenfrage so lauten würde, könnte ich sagen: „Solange ich im Bundesrat war, war das nicht nötig“. Denn es ist ja doch so, daß die damalige Regierung Stock auf einer ganz anderen, viel breiteren Basis aufgebaut war, wenn man nach den Wählerstimmen ging, so daß an sich diese Übergangszeit gerade noch ertragen werden konnte, obwohl wir alle uns mehr und mehr bewußt geworden sind, daß es eine ungeheure Verantwortung bedeutet, daß zu den schwerwiegenden gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes die Vertreter der Länder im Bundesrat für ihre Länder Erklärungen abgeben müssen, ohne eine gewisse Sicherheit, die Zustimmung des Parlaments ihres Landes vorher gefunden zu haben. Ich glaube, das ist unser Anliegen, das wir mit aller Entschiedenheit aufgreifen müssen. Denken wir an den Lastenausgleich; denken wir daran, ob wir zu dem Bemühen, ein Deutschland in Einheit und Freiheit zu schaffen, einen Beitrag leisten können.

Wir hoffen zuversichtlich, daß wir in dieser Frage mit der Regierung zu einer guten und vernünftigen Verständigung im Interesse des Gesamtwohles unseres Volkes in Hessen und unseres Vaterlandes kommen können.

Ich möchte mich auf diese grundsätzlichen Bemerkungen beschränken. Ich habe auch nicht die Absicht, wie es Herr Kollege Bleek getan hat, nun getreu nach dem Katalog zu den einzelnen Ausführungen der Regierungserklärung noch besonders Stellung zu nehmen. Es liegt mir nur daran, zu einzelnen Punkten gewisse grundsätzliche Erklärungen abzugeben. Das führt vielleicht hier und da zu einer Unterstreichung dessen, was bereits vorgetragen worden ist, dient vielleicht aber auch dazu, unseren Standpunkt klarer zu umreißen.

Zu der Frage der Verwaltungsreform sind wiederum treffliche Worte gesprochen worden. Die Verwaltungsreform ist die Frage, bei der jede Fraktion des Landtags, je näher das Ende der Legislaturperiode heranrückt,

(Heiterkeit)

sich einer immer größeren Zurückhaltung befleißigt, sodaß wir alle eigentlich Anlaß hätten zu sagen: mea culpa, mea maxima culpa! Wenn wir auf dem Gebiete der Verwaltungsreform vorankommen wollen, dann wird es entscheidend darauf ankommen, daß der Minister des Innern ein Landesverwaltungsgesetz, dessen Ziel die Vereinheitlichung des Rechts in den ehemals preußischen Provinzen und in Darmstadt sein muß, vordringlich vorlegt. Denn ich kann mir keine Verwaltungsreform vorstellen, die nicht bei dem einen und anderen der verschiedenen Partéifreunde mit geringerer oder größerer Wirkung ins Fleisch geht; und darum müssen wir einen gewissen Zeitraum verstreichen lassen; damit bis zur nächsten Wahlpropaganda die Wunden einigermaßen verharscht sind.

Ob wir im übrigen uns der Auffassung der Regierung in bezug auf die Art der Mittelinstanz anschließen werden, muß dahingestellt bleiben. Ich glaube, unser Standpunkt, den wir hinreichend dargetan haben, wird sich nicht ändern. Aber das ist im Augenblick nicht die Frage, die im Brennpunkt steht. Nur glauben wir eben, daß auch in der Frage der Mittelinstanz Klarheit geschaffen werden muß, daß wir zu einer vernünftigen eingetragenen Lösung kommen müssen. Denn ich habe früher schon einmal gesagt: So vorteilhaft für die Eisenbahn die Doppelgleisigkeit ist, so hoch erwünscht ist für die Verwaltung die Eingetragtheit.

Dem Scharfblick meines Freundes Bleek ist es gelungen, in der Frage der Beamten mir eines der trefflichsten Argumente gegen die Regierungserklärung wegzunehmen.

(Abg. Bleek [FDP]: Hätte ich das gewußt! — Heiterkeit)

— Ob und inwieweit das der von Ihnen angeregten Gemeinsamkeit unserer Oppositionsführung entspricht, müssen Sie selber entscheiden, Herr Kollege Bleek!

(Abg. Bleek [FDP]: Die Anregung ist von Ihnen noch nicht aufgenommen worden!)

Ich möchte aber auf eines hinweisen: An einem Punkte werden wir wahrscheinlich dazu kommen, daß wir uns nicht verständigen werden. Das ist die Frage des Landespersonalamtes, sofern dieses Personalamt über ein reines Grundsatzamt hinaus ausgebaut wird. Es hat mich gewundert, daß mancher Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung auf der linken Seite des Hauses sich noch nicht gerührt und sich noch nicht dagegen gewendet hat.

(Abg. Dr. Kolb [SPD]: Das kommt noch! — Große Heiterkeit)

— Ich freue mich außerordentlich, daß schon der erste Appell an die Selbstverwaltungskörperschaften einen so „gewichtigen“ Widerhall gefunden hat.

(Anhaltende große Heiterkeit)

Denn gerade im Hinblick auf die Selbstverwaltung einer Stadt von der Bedeutung Frankfurts müssen wir es uns doch ernsthaft überlegen, meine Damen und Herren, ob und in welchem Umfange wir die Zuständigkeit des Landespersonalamtes bis hin zur Anstellung jedes Pfortners usw. aufrechterhalten können.

(Abg. W. Wittrock [SPD]: Es hat sich nie in die Frankfurter Verhältnisse eingemischt!)

— Das ist Ihre Angst vor der Größe der Stadt! Aber hier handelt es sich um eine prinzipielle Entscheidung!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, zu den Kulturfragen noch einige kurze Bemerkungen. Wir freuen uns über den äußerst mutigen Katalog, ohne jede Prioritätsskala, vom Schulraum herunter bis zur Klassenfrequenz. Wir freuen uns ganz außerordentlich darüber, und wir werden später einmal Gelegenheit nehmen, an Hand dieser Regierungserklärung einen Rechenschaftsbericht zu erbitten, der darüber Auskunft gibt, innerhalb welcher Zeiträume diese Dinge sich haben verwirklichen lassen.

Bei der starken Betonung der Selbstverwaltung, die im übrigen auch ich gern sehen möchte, Herr Ministerpräsident, habe ich eines vermißt. Sie sprechen davon, daß man die Bürokratie bei wirtschaftlichen Maßnahmen etwas ausschalten wolle. Ich könnte mir vorstellen, daß das zunächst einmal geschehen könnte durch eine vernünftige Einschaltung der Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerkskammern, wobei an sich eine entsprechende Mitwirkung der Gewerkschaften eine Selbstverständlichkeit ist. Wir würden damit auf vielen Gebieten zu einer besseren Regelung gelangen. Zwar haben Sie die Selbstverwaltung sehr stark hervorgehoben, Herr Ministerpräsident. Aber die Selbstverwaltung der Universitäten zum Beispiel haben Sie nicht in der gebührenden Form herausgestellt. Wir möchten darauf hinweisen, daß uns hier ganz erhebliche Aufgaben für die Regierung vorzuliegen scheinen. Ich möchte nicht unterlassen, auch von der materiellen Seite her gesehen, darauf hinzuweisen, daß es uns notwendig erscheint, die von uns begonnene Arbeit fortzusetzen, die Technische Hochschule in Darmstadt und die Universität in Frankfurt, soweit es die

naturwissenschaftlichen Fakultäten berührt, schnellstens wieder fit zu machen, weil das entscheidend ist für die Erhaltung des Rhein-Main-Dreiecks als dem entscheidenden Wirtschaftsgebiet Hessens. Wir möchten wünschen, daß Sie, Herr Ministerpräsident, diesen Verhandlungen Ihr besonderes Augenmerk zuwenden. Es ist selbstverständlich, daß Sie dabei immer wieder auf die Unterstützung sowohl meiner Freunde als auch auf meine persönliche Unterstützung um der Sache willen rechnen können.

In der Frage der Kulturpolitik haben wir unabdingbare Grundsätze, und es scheint mir immerhin notwendig zu sein, darauf kurz noch einzugehen. Sie sprechen von der historischen Form der Simultanschule, Herr Ministerpräsident. Das trifft nicht ganz zu. Wir hätten es lieber gesehen, Sie hätten von der christlichen Simultanschule gesprochen. Wir werden bei allen schulreformerischen Maßnahmen insbesondere auf den Artikel 56 Absatz 7 der hessischen Verfassung hinweisen. Wir werden Wert darauf legen müssen, daß man in der Frage des Elternrechts sich nicht in grundsätzlichen Debatten verliert. Das in der Verfassung vorgesehene Mitbestimmungsrecht — ein Begriff, hinsichtlich dessen wir uns auf andern Gebieten restlos verständigt haben — muß auch in bezug auf das Mitbestimmungsrecht der Eltern wirklich effektiv werden.

Besonders erfreut hat uns der Satz, in dem Sie, Herr Ministerpräsident, die Notwendigkeit der Mitwirkung der religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften herausgestellt haben. Wir können Sie nur bitten, diesen Satz so weit als nur irgend möglich auszudehnen und zu praktizieren, weil wir uns Sorge darüber machen, ob es gelingen wird, den Trend zur Säkularisation unseres Staats- und Gesellschaftslebens aufzuhalten. Wir werden, wenn es uns nicht gelingt, diesen Säkularisationstrend aufzuhalten, mit allen Maßnahmen auf zivilisatorischem und technischem Gebiet nichts Nennenswertes tun können. Wir haben, da die Generationen wechseln, Erscheinungen zu verzeichnen, die uns mit Sorge erfüllen müssen. Ich darf in diesem Zusammenhang bemerken, Herr Ministerpräsident: Ich glaube nicht, daß es der „Lebensmut des kleinen Mannes“ gewesen ist, der bislang unser Volk getragen hat, sondern es war Gott sei Dank der erfreulich starke Prozentsatz von stillen, geduldigen und fleißigen Menschen in unserem Volke, ohne Rücksicht darauf, welchem Berufsstande sie zufällig angehören.

(Sehr gut! und Zustimmung bei der CDU)

Wir wünschen gerade in dieser Beziehung nichts sehnlicher, als daß es Ihnen gelingen möge, den Grundsatz der vertieften Mitwirkung der religiösen Gemeinschaften und der Weltanschauungsgemeinschaften zu verwirklichen. Wir sind demzufolge beruhigt und sind nicht im Zweifel darüber, daß die Frage des Religionsunterrichts an den Berufsschulen so, wie sie bisher geregelt war, nach wie vor auch von der neuen Regierung als wesentliches Beweismittel für diesen Punkt der Regierungserklärung praktiziert werden wird.

(Sehr gut! bei der CDU — Abg. Wagner [SPD]:
Abwarten!)

— Ich freue mich, Herr Kollege Wagner, daß nur Sie einen solchen Vorbehalt gemacht haben!

In der Frage der Lehrerbildung müssen wir noch auf etwas anderes hinweisen: Wir müssen uns davor hüten, bei so großen und schwierigen Aufgaben, die wir auf dem Gebiete der Erziehung zu lösen haben, die Dinge allzu sehr nur institutionell zu sehen. Ich glaube, eines der schwierigsten und größten Anliegen

Dr. Hilpert

ist es, daß wir die richtigen Pädagogen finden, die unsere künftigen Pädagogen ausbilden; daß wir die rechten Männer finden, die das politisch klare Bild eines Demokraten, aus echter Überzeugung hervorgewachsen, bieten, die über eine weitgehende Kenntnis des deutschen Lebens und des kulturellen Lebens verfügen und die auf der andern Seite auch wissen, daß das Leben nicht so leicht ist; die nicht der Gefahr unterliegen, Anhänger einer alten oder neuen pädagogischen Patentidee zu werden, um nachträglich feststellen zu müssen, daß so manches, was im pädagogischen Raum auch wissenschaftlich erarbeitet worden ist, nicht weggeworfen werden sollte, bevor man es nicht drei- oder viermal überprüft hat.

Der Herr Ministerpräsident hat dann weiter auf dem Gebiet des kulturellen Lebens sich mit Presse und Rundfunk befaßt. Wir dürfen wohl nichts sehnlicher wünschen, als daß das Verhältnis zwischen der Presse und dem hessischen Parlament, das sich in der letzten Zeit, nachdem man sich über die räumliche Trennung im Restaurant des Landtagsgebäudes verständigt hat,

(Heiterkeit)

günstig gestaltet hat — was auch im besonderen das Verdienst meines Kollegen Stock gewesen ist —, daß dieses Verhältnis sich immer weiter günstig entwickeln möge. Wir wollen in keiner Weise der Presse das Recht zur Kritik nehmen. Aber die Kritik muß, meine Herren von der Presse, eine wirkliche Kritik sein. Die Presse muß bei den großen Problemen lieber einmal auf die Aktualität verzichten und sich viel stärker als aufklärendes Werkzeug für die ungeheuren Aufgaben, die die Regierung und das Parlament zu erfüllen haben, fühlen und ihre Berichte entsprechend gestalten.

Beim Rundfunk dürfen wir gewisse Bedenken anmelden.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Wir auch! —
Abg. W. Wittröck [SPD]: Wir auch!)

— Sie nur nach einer anderen Seite, Herr Kollege Wittröck! Wir dürfen Sie bitten, bei dieser Frage sich einmal darüber klar zu werden, daß der Rundfunk den kulturellen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung dienen soll. Ich glaube, man kann ein ganz moderner Mensch sein und braucht auch nicht die Leistung der Deutschen auf dem Gebiete der Musik bei Mozart als beendet anzusehen. Man muß aber doch wohl sagen, daß heute im Rundfunk an Hörspielen und musikalischen Vorträgen vielfach Dinge gebracht werden, die keineswegs der Leistung, auf die wir doch weiß Gott immer stolz sein müssen, die keineswegs der kulturellen Leistung des deutschen Volkes restlos entsprechen.

(Sehr richtig! bei CDU und FDP)

Und wenn dann noch das Schillern der Einseitigkeit aus gewissen politischen Aspekten heraus hier und da durchzuleuchten beginnt,

(Abg. Bleek [FDP]: Es leuchtet nicht nur durch!)

— Ja, Sie haben bessere Augen als ich, Herr Kollege Bleek! —

(Abg. Catta [FDP]: Es wetterleuchtet!)

dann ist für eine sich ihrer Aufgaben bewußte Regierung ein Flackerzeichen gegeben. Wir werden, wenn bei der umfangreichen Arbeit, die für den Herrn Ministerpräsidenten anfallen wird, hier und da das Flackerzeichen nicht sofort beobachtet wird, nicht verabsäumen, dann eine Flamme anzuzünden. So viel zur Kulturpolitik.

Zur Frage der Landwirtschaftspolitik ist Ausgezeichnetes gesagt worden. Wir wünschen nichts weiter, als daß die Bemühungen der Regierung zum

Dr. Hilpert

Erfolge führen. Das deutsche Dorf mit allen seinen Komplexen, mit seiner großstädtischen Sozialstruktur ohne die großstädtischen Ausweichmöglichkeiten, dieses deutsche Dorf ist zu sanieren. Hier muß das kulturelle Element entscheidend sein, weil es in der Landwirtschaft wahrscheinlich keine endgültige Lösung gibt, die ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen ermöglicht.

Wie können wir nun die Lage der Landwirte bessern? Es muß wieder die Berufsfreude geweckt werden; es muß an die Menschen appelliert werden, die immer wieder unserer Landwirtschaft die Liebe erhalten haben; es muß versucht werden — wir werden uns in vielem einig sein und über andere Fragen noch auseinanderzusetzen haben —, die Landwirtschaftspolitik im Bunde so zu beeinflussen, daß sie sich der großen Bedeutung, die der Erhaltung des Bauernstandes zukommt, bewußt bleibt. Wir müssen sicherlich der bäuerlichen Wirtschaft auch dadurch helfen, daß wir jetzt versuchen, die Flurbereinigung durchzuführen. Dabei müssen wir aber das Erbrecht regeln. Wir kommen sonst immer wieder von zehn zu zehn Jahren zu einer neuen Flurbereinigung. Gerade diese Frage ist in Hessen außerordentlich vielschichtig.

Wir wollen weiter gemeinsam dafür sorgen, daß über diese Vorschläge hinaus auch ein sehr wichtiger Punkt seine Regelung findet; wir müssen nämlich zu einer angemessenen und der wirklichen Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft entsprechenden Besteuerung kommen. Dabei wird es wahrscheinlich nicht zu vermeiden sein, zu einer vereinfachten Form überzugehen. Soviel zur Landwirtschaftspolitik.

In der Frage der Sozialpolitik sind wir uns nicht ganz klar, was Sie, Herr Ministerpräsident, mit den wenigen Sätzen andeuten wollten, die sich mit der Vereinheitlichung der Sozialversicherung befassen. Was die Frage des Mitbestimmungsrechts betrifft, so wissen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, daß wir uns mit Ihnen in den letzten Jahren in engster Gemeinschaft befunden haben. Herrn Kollegen Bleek möchte ich sagen, daß seine Freunde sowohl in Württemberg-Baden wie auch im Bund wahrscheinlich glücklich wären, wenn sie bereits heute in der Lage wären, ein solches ausgereiftes und technisch recht gutes Gesetz zu besitzen. Wir wollen demzufolge den Grundgedanken der Gemeinsamkeit des Werkes, der Ausschaltung fremder Einflüsse auf das Werk, mit Ihnen zusammen durchziehen.

Wir sind aber der Meinung, daß es auf dem Gebiete der Sozialpolitik für uns alle ein großes Anliegen sein wird, die große Gefahr zu bannen, daß etwa durch schematische gesetzgeberische Arbeiten auf dem Gebiete der Sozialversorgung die Grundlagen einer wirklichen Sozialversicherung erschüttert werden. Wir sind auf dem besten Wege dazu. Der Gedanke der Selbsthilfe, der Familienhilfe — alles naturgemäß unter absoluter Beachtung des Grundsatzes, daß wir den Schwachen noch besser helfen müssen als bisher — verliert zusehends. Dieser Prozeß wird durch unsere Gesetzgebung noch zunehmend gestützt. Das Zerreißen der engen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern führt in seiner weiteren Konsequenz zu ganz unvorstellbaren Folgerungen, die uns eines schönen Tages, allein politisch gesehen, noch weniger ins Konzept passen werden.

Nun zur Wirtschaftspolitik. In der Frage der Wirtschaftspolitik hat der Herr Ministerpräsident mit Recht darauf hingewiesen, daß wir — und das sollte eigentlich in aller Öffentlichkeit immer wieder bekannt gemacht werden — in Nordhessen Orte haben, in denen die Arbeitslosenziffern über der Arbeitslosen-

ziffer der schlechtesten Orte in Schleswig-Holstein liegen, daß wir aber auf der anderen Seite auch Gebiete haben, in denen wir so gut wie gar keine Arbeitslosen mehr haben. Nun gilt es, nicht gruselig zu machen, sondern einmal an die ganze wirtschaftspolitische Situation zu denken. Hier gibt mir die Bemerkung des Herrn Kollegen Bleek, der leider im Augenblick nicht da ist, zu denken.

(Abg. Bleek [FDP]: Ich bin schon wieder hier!)

— Wo Sie sich bloß immer herumtreiben Herr Kollege Bleek! Eben waren Sie noch dort!

(Abg. Bleek [FDP]: Im Geiste bin ich immer bei Ihnen!)

Ich möchte also sagen, daß wir bei aller Anerkennung des Notstandes in Nordhessen, was ich in meiner bisherigen Amtstätigkeit schon oft bewiesen habe, uns doch hüten müssen, zu Planungen überzugehen, die auf die Dauer nicht haltbar sind. Wir haben ganz bestimmte Bezirke, für die wir zu sorgen haben, und ihnen gilt es zu helfen. Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch von dem sprechen, was ich das Rhein-Main-Dreieck nenne. Hier stehen die Steuerkraft und die Wirtschaftskraft unseres Landes ganz entscheidend auf dem Spiel. Hier gilt es zu schützen, hier gilt es, keine Experimente zu machen. Mit Rücksicht auf gewisse Präponderanzen im Gebiete der Bundesrepublik bedarf diese Frage einer ganz besonders aufmerksamen Behandlung. Es handelt sich dabei nicht nur um Frankfurt, sondern es handelt sich in Wirklichkeit um das Rhein-Main-Dreieck, dem wir als CDU unsere ganze Hilfe zuteil werden lassen. Wir werden dafür kämpfen, daß das Programm der Ausgliederung der I. G. Maingau unter Einbeziehung der Stickstoffwerke Knappsack ohne Umschweife und ohne Zwischenschaltung nunmehr umgehend verwirklicht wird. Wir sind infolge der starren Dekonzentrationspolitik der Amerikaner in der Frage der I. G. in ungeheuren Schwierigkeiten und gegenüber Leverkusen und Ludwigshafen aufs schwerste benachteiligt. Hier erscheint mir dringend geboten, daß wir auf diese Aufgaben hinweisen und versuchen, sie einer guten Lösung zuzuführen.

Das gleiche gilt für das Großbankenproblem. Ich muß darauf hinweisen, daß wir — die Regierung Stock — eine konsequente Verlagerungspolitik von Berlin nach Frankfurt durchgeführt haben, um Frankfurt seiner Tradition gemäß zu einem großen Bankenplatz auszubauen. Dabei hat die Stadt Frankfurt durch die Erstellung von Büro- und Wohnraum weitestgehende Opfer gebracht. Die Stärke des Bankenplatzes ist entscheidend für die Kassenkreditfazilität einer Landeszentralbank. Die Großbankenreform, wie sie der Bund anstrebt, führt an sich dazu — darüber werden wir im einzelnen noch sprechen müssen und auch in aller Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen —, daß gegebenenfalls der süddeutsche Raum im Gegensatz zu den Bankenplätzen Düsseldorf und Hamburg bis zu einem unerträglichen Grade dezentralisiert wird. Dagegen werden wir uns mit aller Entschiedenheit wehren müssen, und deshalb begrüße ich die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, daß er hinsichtlich des Artikels 41 Abs. 1 Ziffer 2 der hessischen Verfassung mit Rücksicht auf die bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahmen im Bund nichts mehr vorhat. Ich möchte betonen, daß diese Erklärung gar nicht stark genug in die Öffentlichkeit gebracht werden kann. Es handelt sich wirklich um das entscheidende Problem, daß wir im Zuge der Organisation der Großbanken als süddeutschen Zentralsitz Frankfurt sichern, denn es ist notwendig, zu vernünftigen Kreditausgleichen zu kommen, die sonst einseitig nach Hamburg oder Düssel-

Dr. Hilpert

dorf verlagert werden. Ich glaube aber nicht, daß die weitere Idee des Herrn Ministerpräsidenten, nämlich die Schaffung einer Girozentrale und Landesbank, im gegenwärtigen Augenblick auch nur erörterungsfähig ist. Hier bin ich der Meinung, daß das Kredit- und Geldvolumen keineswegs größer wird, wenn wir noch eine Landesbank vorschalten. Sie werden nicht eine Mark mehr bekommen. Wir werden dadurch nur den Kettenhandel mit Geld vergrößern, denn das Geld, das zur Verfügung steht, ist eine bestimmte Größe; nur die Provision wächst. Was die Girozentralen anlangt, so hoffen wir, daß es Ihnen gelingt, die Arbeit fortzusetzen, die wir, dank auch der Unterstützung durch den Herrn Präsidenten des Landtags, durchführen konnten, soweit es sich um Hessen-Darmstadt und Nassau handelt. In Kurhessen wird es Ihnen als dem prominentesten Wahlbürger dieses Kreises wohl gelingen, die bisherigen Widerstände zu überwinden.

Wir werden aber darüber hinaus in wirtschaftspolitischer Hinsicht uns noch ernsthaft mit folgendem befassen müssen. Der Herr Ministerpräsident hat so wunderbar, so moderato moderatum gesprochen. Er hat seine Worte maßvoll und fein formuliert. Er hat bei dem Artikel 41 Abs. 1 Ziffer 2 die Glocken so geläutet, daß sie der taube Herr Kollege Bleek ohne weiteres mitbekommen hat.

(Abg. Bleek [FDP]: Was ich Ihnen nur getan habe?)

— Ja, sehen Sie, früher saß dort drüben (nach links zeigend) Herr Carlebach. Da konnte ich nach links abschweifen. Heute ist das nicht mehr möglich!

(Große Heiterkeit)

Ich darf aber dazu folgendes sagen: Wenn Sie nun deutlich erkennen lassen, Herr Ministerpräsident, daß wir zu einer anderen Gesetzgebungsstufe gekommen sind, wenn Sie selbst ein so starkes unitarisches Bekenntnis abgelegt haben, wie wir es gar nicht können, dann könnte ich mir vorstellen, daß doch wohl auf dem Gebiete, auf dem wir am ehesten einer Meinung sein können, ein solcher überspitzter Föderalismus nicht angebracht ist, daß Sie also auf dem Gebiet des Artikels 41 nicht bloß bei der Ziffer 2, sondern auch bei der Ziffer 1 sich jeder gesetzgeberischen Handlung enthalten. Und zwar sage ich aus der Sorge heraus, die mir die Sachkenntnis des Problems vermittelt hat; Wir haben es hier mit einer außerordentlichen finanziellen Aufgabe zu tun, deren Lösung in keinem Verhältnis zu dem Nutzeffekt stehen wird, den wir à la longue daraus haben werden. Wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das in seiner Einseitigkeit — da es nur in Hessen aufgetaucht ist — als ein ganz besonderes Argument in der Auseinandersetzung, in dem edlen Wettstreit zwischen Ländern und Städten verwendet wird, so daß alle Versuche der Regierung Zinn, attraktiv zu wirken, leicht durch selbstverständlich übertriebene Darstellungen über die Gefahren, die aus der Ziffer 1 kommen, gestört werden. Und ich kann nur sagen: Mir hat der künftige Wirtschaftsminister immer sehr leid getan, daß er, als er als Ministerialrat sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, nach dem falschen „Koch“-Buch gegriffen hat.

(Heiterkeit)

Es ist an sich schon sehr gefährlich, wenn man eine Frau heiratet, die nur nach dem Kochbuch kocht, und noch schlimmer ist es, wenn man bei so schwerwiegendem Vorhaben, den Artikel 41 durchzuführen, feststellen muß, daß der Verfasser des Buches innerhalb von drei Jahren noch nicht einmal über das erste Rezept hinweggekommen ist und wenn man dann glaubt, man müsse die Haferschleimsuppe doch nach neuen Metho-

den kochen. Wenn Sie noch den letzten Anstoß geben könnten — es sind sehr ernste Bedenken, die ich humoristisch angedeutet habe —, daß Sie auch auf diesem Gebiet zur gesunden Hausmannskost zurückkehren und auf das „Koch“-Buch pfeifen und viel mehr an die anderen so wesentlichen Aufgaben denken, die Sie in einer dankenswerten Zusammenstellung aufgezeigt haben, dann glauben wir, würden wir mit Erfolg eine attraktive Wirtschaftspolitik zugunsten von Hessen führen können, weil Hessen alle Voraussetzungen für die Erhaltung einer gemischten Industrie, die auch eine Krisenfestigkeit in sich schließt, bietet, nicht zuletzt dank der Lage, wie aber auch dank des Gewerbefleißes des Volkes der Stadt Frankfurt und des ganzen Rhein-Main-Dreiecks. So viel zu diesen Fragen der Wirtschaftspolitik.

Zur Finanzpolitik zu sprechen war an sich der bessere Appell meines Freundes Bleek. Es ist eine mißliche Sache — — —

(Abg. Catta [FDP]: Das stimmt! — Abg. Bleek [FDP]: Was, mein Appell oder der Stoff? —

Abg. W. Wittrock [SPD]: Oder die Freunde?)

— Nein, der Freund ist ein netter Mensch; der Appell ist auch nicht mißlich. Aber es ist eine mißliche Sache, zu diesem Problem im Rahmen der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, zu sprechen. Ich möchte auch nicht meinen Herrn Nachfolger in irgendeiner Form weiter präjudizieren, als daß ich ihm sage: Um das zu verwirklichen, was Herr Ministerpräsident Zinn angekündigt hat, lieber Kollege Dr. Troeger — wir haben früher zusammengearbeitet —, da muß ein Wunder geschehen.

Wir stehen mitten in dem großen finanzwirtschaftlichen Problem, das uns zu einem sogenannten Defizit-haushalt geführt hat. Dieses Defizit ist in Wahrheit ein Betrag, der noch unter dem bleibt, was wir unter normalen Verhältnissen als Kapital bekommen hätten, um die Aufgaben durchzuführen, die wir jetzt in Hessen mit 120 Millionen bewerkstelligt haben. Entweder müssen wir den Haushalt konsumtiv durchhalten und produktiv verkümmern lassen, oder wir müssen derartige Wagnisse unternehmen, die uns bis jetzt auch einigermaßen geglückt sind. Ob sie uns weiter glücken werden, hängt von der Lösung der Bankenfrage und davon ab, wie sich jetzt die große Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern gestaltet. Sie wissen, wie oft ich darauf hingewiesen habe: Wir müssen zu einer anderweitigen Verteilung der Steuerquellen kommen; wir müssen eine klar abgegrenzte Verantwortung in der Frage der Finanzen haben. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch eines tun: wir dürfen das Problem der Steuererhebung in seiner Auswirkung nicht überschätzen. Meine Damen und Herren! Intensivierung des Steuerapparates! Wir haben heute in der hessischen Verwaltung 30 Prozent mehr Bedienstete als im Jahre 1939. Aber es ist doch eine Frage der Qualität. Im Buch- und Betriebsprüfungsdienst, im Steuerfahndungsdienst müssen wir immer wieder auf qualifizierte Leute zurückgreifen. Bei dem ständig wechselnden Gesetzgebungswerk müssen wir den Menschen erst eine Atempause gönnen, sonst sind sie immer zweiter Sieger, weil die Steuerberater, Kinder dieser Welt, immer klüger sind.

Ich möchte nicht immer wieder die statistischen Daten über den Wirtschaftsaufschwung im letzten Jahr und die Umsatzsteuer erläutern. Im übrigen können diese nach menschlichem Ermessen überhaupt erst im Jahre 1951 durch Veranlagung des Jahres 1950 zum Ausdruck kommen. Ich möchte nur sagen, daß wir der Meinung sind, daß es um die Entscheidung geht, inwieweit wir zu einer anderweitigen Verteilung der

Dr. Hilpert

Steuerquellen kommen und daß davon die Durchführung all der Maßnahmen, die in der Regierungserklärung als notwendig hingestellt worden sind, abhängt. Ich glaube, es wäre nicht schwierig nachzuweisen, wieviele dieser Punkte uns schon im letzten Parlament gequält haben, ohne daß wir zu einer Lösung kommen konnten.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

Ich glaube, es wäre nicht schwierig nachzuweisen, daß wir eben an der unzureichenden Finanzmasse gescheitert sind und daß wir uns jetzt in der großen Auseinandersetzung mit dem Bund zunächst einmal über die Frage der richtigen Verteilung der Steuerquellen einigen müssen; sonst werden wir bei der weiteren Durchführung unserer ganzen Aufgaben enorme Schwierigkeiten haben.

Meine Damen und Herren! Von allen Rednern ist auch das Flüchtlingsproblem angeschnitten worden, und der Herr Ministerpräsident hat dankenswerterweise dem Hessenplan, der Erweiterung des Schlüchterner Planes, eines eindeutigen CDU-Versuchs, in seinen Ausführungen einen weiten Raum gewidmet. Wir werden bei der Lösung dieser Frage in jeder Weise mitwirken. Wir werden alles daran setzen, dabei mit Sachkunde und mit gesunden Vorschlägen mitzuarbeiten, weil das Problem der Heimatvertriebenen Brüder ohne Zweifel endgültig nicht von uns allein gelöst werden kann, weil dieses Problem auf der politischen Ebene doch die Frage aufwirft, inwieweit dieses schreiende Unrecht nicht einmal wieder beseitigt werden muß. Wir müssen aber, solange wir uns selbst in dieser ohnmächtigen Situation befinden, alles tun, um den Ärmsten der Armen, die ihre Heimat verloren haben, die entwurzelt sind, die ausgefert sind, soweit als nur irgend möglich zu helfen. Und gerade der Hessenplan deutet an sich Wege an, die, wenn wir sie beschreiten, sinnvoll und volkswirtschaftlich vernünftig für uns alle werden können.

Damit lassen Sie mich zum Schluß kommen. Der Herr Ministerpräsident hat in der letzten Plenarsitzung unmittelbar nach seiner Wahl gesprochen, und mein alter Freund Bartsch hat sich dann in einer Rundfunkreportage über das „eisige Schweigen der Opposition“ bei der Kundgebung in etwa ausgelassen. In der damaligen Erklärung haben wir vermißt eine besondere Unterstreichung der unparteiischen Führung der Regierungsgeschäfte, und in der heutigen Regierungserklärung werden an sich die „engsten Mitarbeiter“ als Männer des Vertrauens herausgestellt und es wird gleichzeitig auch der Begriff des Berufsbeamtentums schillernd unklar gelassen. So ist zunächst der Eindruck. Wir müssen das ganz offen erklären. Wir sind nun eine andere Opposition, als es die Oppositionellen um den Kollegen Bleek sind.

(Abg. Bleek [FDP]: Sie haben noch nicht die Erfahrung!)

— Wir sind Mitwissende, aber keine Mittäter!

(Heiterkeit)

Wir sind auch in der Lage, zu dem, was wir in gemeinsamer Arbeit getan haben, zu stehen.

(Bravo! bei der SPD)

Aber wir haben gewisse Erfahrungen gemacht, und daher, meine Freunde von der SPD, haben wir so das Gefühl, daß noch Hintergründe vorhanden sind. Ich will das nicht in die niedere Ebene des „Fußvolks“ bringen, Herr Kollege Bleek, sonst müßte doch eine umgekehrte Hierarchie bei der SPD herrschen, wenn ich an Herrn Knothe denke.

(Heiterkeit)

Wir haben doch ganz bestimmte Erfahrungen sammeln dürfen, und wir sind nicht ganz sicher, wie weit das

ehrliche Bestreben des Herrn Ministerpräsidenten ausreicht, diese Erfahrungen ins Gegenteil umzukehren und uns vor allen Dingen vor weiteren Enttäuschungen zu bewahren.

Wir sind und bleiben der getreue Ekkehard einer konstruktiven und sachlichen Opposition. Wir machen nicht den Umweg des Herrn Kollegen Bleek, der zunächst das Menschliche so besonders hervorkehrt, und dann alles abzulehnen, sondern wir sind der folgenden Auffassung, die im angelsächsischen Parlament immer üblich gewesen ist — ich hätte auch von Herrn Kollegen Bleek erwartet, daß er sich diesen Grundsätzen angeschlossen hätte, um so mehr, als die Unterschiede zwischen seiner Partei und der SPD im Bundesgebiet gewisse verwischende Tendenzen aufweisen —: Wir müssen das tun, was gute alte parlamentarische Übung ist: Wir werden Ihnen, Herr Zinn, nicht das Vertrauen aussprechen; wir werden Sie aber in allen Ihren sachlichen Bestrebungen unterstützen. Wir werden eine gewisse Bewährungszeit gewähren, und wir wollen hoffen, daß es dieser Form und Aufgliederung der Zusammenarbeit gelingt, die schwere Not des Augenblicks und der unmittelbar vor uns liegenden Zukunft in Hessen zu überwinden.

(Starker Beifall bei der CDU)

I. Vizepräsident Schröder:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Czermak.

Abg. Dr. Czermak (BHE):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht leicht für mich, nach so erfahrenen Palamentariern hier eine Jungfernrede zu halten. Da der BHE bisher im Hessischen Landtag nicht vertreten war, gestatten Sie mir zunächst, bevor ich zu der Regierungserklärung konkret Stellung nehme, einige kurze, allgemeine Feststellungen zu den wichtigsten Problemen, wenn sie auch nicht unmittelbar in die Kompetenzen des Landtags fallen.

Meine Damen und Herren! Wir Heimatvertriebenen stellen an die Spitze unserer ersten Erklärung hier im Hessischen Landtag ein Treuebekenntnis zu unserer alten verlorenen Heimat.

(Beifall bei BHE und FDP)

Wir haben den Krieg verloren, die Siegermächte in Potsdam den Frieden. Der Potsdamer Vertrag trägt die Hauptschuld daran, daß sich heute zwei Welten unter der drohenden Gefahr eines dritten Weltkrieges gegenüberstehen, daß ganz Europa zerrissen ist, daß mitten durch Deutschland ein eiserner Vorhang verläuft, daß bisher kein Friedenszustand geschaffen werden konnte, und daß Millionen von Heimatlosen und Besitzlosen in Not und Elend leben müssen. Wir verlangen daher auch von dieser Stelle aus eine friedliche Revision des Potsdamer Vertrages im Rahmen eines neuen und freien Europa. Wir hoffen, wie der Herr Bundespräsident in seiner Neujahrsansprache so schön gesagt hat, auf eine Rückkehr, wollen aber nicht an frischen Soldatengräbern vorbeimarschieren müssen. Wir bekennen uns unter Berufung auf die Charta der Vertriebenen, wie sie der Zentralverband der Vertriebenen Deutschlands aufgestellt hat, zur westlichen Demokratie, zur christlich-abendländischen Kultur, zu einem freien und einigen Europa und zur Einheit Deutschlands, an die wir trotz schwerer Enttäuschungen aus ganzem Herzen glauben.

Meine Damen und Herren! Wir Grenzlanddeutschen haben in unserem Leben bereits einmal einen Sturm aus dem Osten, einen teilweisen Untergang des Abendlandes mitgemacht. Unsere militärische Sicherheit hier in Westdeutschland darf aber nicht auf Kosten unserer

Dr. Czermak

sozialen Aufrüstung gehen. Zunächst müssen unsere sozialen Probleme gelöst werden, müssen wir einen Anteil an der westlichen Kultur bekommen, wenn wir diese verteidigen sollen. Dabei bedrückt uns vor allem der Gedanke an unsere Kriegsgefangenen in Rußland, an unsere Brüder und Schwestern in der Ostzone und insbesondere an alle unsere Landsleute, Familienernährer und Familienangehörigen, die noch drüben in unseren Heimatländern in Strafhäft sitzen oder Zwangsarbeit verrichten müssen. Es ist wohl eine Schande dieses ganzen Jahrhunderts, daß fünfzehn Jahre nach Kriegsschluß immer noch Tausende Mütter und Kinder auf ihre Väter und Ernährer warten müssen.

Wir anerkennen dankbaren Herzens, daß wir Heimatvertriebenen hier in Westdeutschland als freie, deutsche Menschen ruhig und sicher leben können, was bei den derzeitigen politischen Verhältnissen in unserer früheren Heimat nicht möglich wäre. Wir wollen auch ausdrücklich betonen: Wir anerkennen auch dankbar und objektiv alle positiven Leistungen bei der Bewältigung des Problems der Heimatvertriebenen und der Geschädigten, insbesondere hier im Lande Hessen unter der Regierung Stock. Wir sagen auch dem amerikanischen Volk und allen amerikanischen Behörden aufrichtigen Dank für die geleistete Hilfe. Es wurde in den vorhergehenden Reden wiederholt betont, daß die ganze zivilisierte Welt bereits erkannt hat, daß das Problem der Heimatvertriebenen und der anderen Kriegsoffer nur auf internationaler Basis gelöst werden kann und nicht von Deutschland allein, das heute noch aus tausend Wunden blutet, dem es an Raum und Substanz und auch an den nötigen Finanzen fehlt. Alle politischen Gefahren, die aus dieser größten Völkerwanderung entstanden sind, können daher nur mit Hilfe aller Staaten beseitigt werden, die daran eine Mitverantwortung tragen. Das Problem der Heimatvertriebenen ist nicht nur eine Sache der Substanz und des Raumes und der Finanzen, sondern vor allem eine Frage des Herzens, des gegenseitigen Verständnisses und des gegenseitigen guten Willens. Die verständnisvollen Worte, die heute der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gerade zu diesem Problem gefunden hat, haben uns alle tief erfreut. Ich danke dafür im Namen aller unserer Schicksalsgenossen. Ich danke auch Ihnen, meine Damen und Herren, und dem ganzen Hohen Hause für das freundliche und allgemeine Echo, das gerade diese Frage in einer seltenen Einmütigkeit bei Ihnen allen gefunden hat.

Ein Teil unserer Menschen, vor allem die Jungen und die Tüchtigen, haben sich bereits, meist durch Selbsthilfe, eingelebt und eingegliedert. Viele junge Leute haben diese Eingliederung bereits in wahrstem Sinne des Wortes durch Eheschließungen mit Einheimischen vollzogen. Es muß aber auch objektiv festgestellt werden: Ein großer Teil unserer Menschen, insbesondere unserer städtischen Intelligenz, unserer geistigen Menschen, sitzt nach Jahren immer noch draußen auf abgelegenen Dörfern, ohne Wohnraum, ohne Existenz und ohne Kultur und versinkt immer mehr in Resignation und Nihilismus. Wir, die wir praktisch in dieser Arbeit stehen, sehen täglich dieses Flüchtlingselend, sehen Tag für Tag diese Not all dieser Kriegsoffer, worüber uns auch so manche Fassadenpolitik in den Großstädten nicht hinwegtäuschen kann. Zweifellos wurde — bei Anerkennung aller positiven Leistungen — hier noch viel versäumt, zerredet, totgeschwiegen, im Bürokratismus vereitelt. Wir wollen endlich heraus aus dieser Atmosphäre der Fürsorge und der Wohltätigkeit und hinein in eine produktive Eingliederung als vollberechtigte Bürger dieses Staates. Das gilt nicht nur für uns Heimatvertriebene, sondern für alle Kriegsgeschädigten,

für alle Ausgebombten, für alle Evakuierten, für die Heimkehrer, für die Ostzongänger, für die Kriegsversehrten, verdrängten Beamten und Angestellten, Witwen und Waisen und für die Sozialrentner, kurz für alle Heimatlosen und für alle Besitzlosen.

Die Fraktion des BHE betrachtete es als ihre vordringlichste Aufgabe, die berechtigten Interessen gerade dieser Heimatvertriebenen und Entrechteten hier im hessischen Landtag zu vertreten. Wir bilden uns dabei absolut nicht ein, daß wir die alleinige Vertretung sind, sondern wir betrachten dies als eine Aufgabe und als eine Verpflichtung aller Parteien und aller Behörden.

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut!)

Wir wollen auch keine bloße Flüchtlingspolitik betreiben, sondern eine gesamtdeutsche und eine europäische Politik,

(Abg. Schneider-Marbach [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei dem BHE)

die über alle parteipolitischen, religiösen, landsmannschaftlichen, organisatorischen und oft auch persönlichen Gegensätze hinaus immer und vor allem das gemeinsame Schicksal in den Vordergrund stellt. Wir wollen, kurz gesagt, nicht gegeneinander, sondern miteinander leben und arbeiten! Gerade wir vom BHE als jüngste und kleinste Fraktion, die wir an keinerlei Parteidogmen und Parteidoktrinen gebunden sind,

(Zuruf von der SPD: Nanu!)

glauben feststellen zu können, daß in Deutschland vor und auch nach 1945 das Dichterwort in Vergessenheit geraten ist: „Wir stehen auf einer höheren Warte, als auf der Zinne der Partei.“

(Lachen bei der SPD)

Es hat auch uns sehr sympathisch berührt, daß der Herr Ministerpräsident gleich in seiner ersten Ansprache nach seiner Wahl und auch heute hier in der Regierungserklärung vom menschlichen Vertrauen gesprochen hat, auch wenn ihm das politische Vertrauen nicht ausgesprochen werden kann. Wir bitten dabei nur den Grundsatz der Gegenseitigkeit einzuhalten. Wenn man uns kein Vertrauen schenkt, kann man auch von uns keines verlangen.

Wir wollen und können der SPD das legale und parlamentarische Recht, auf Grund ihrer absoluten Mehrheit allein eine Regierung zu bilden, nicht bestreiten. Wir stehen aber, wie ich ausdrücklich betonen will, in einer durchaus konstruktiven aufbaubereiten Opposition, die sich ihrer Verantwortung voll bewußt ist und nicht in einem Geiste, der stets verneint, lebt.

Wir begrüßen daher nochmals alle Punkte der Regierungserklärung, in denen von einer positiven Lösung unserer dringenden Probleme gesprochen wird. Wir wollen aber auch hier nicht nur nach Worten urteilen, sondern nach Taten, und wir wollen daher zunächst abwarten, wie diese übernommenen Aufgaben erfüllt werden. Wir behalten uns unsere freie, konkrete Stellungnahme vor, bis konkrete Gesetzesanträge eingebracht sein werden.

Als die vordringlichsten innenpolitischen Probleme des heurigen Jahres betrachten wir auf der Bundesebene den Lastenausgleich und ein einheitliches Bundesvertriebenengesetz, und auf Landesebene den Hessenplan. Unsere Forderungen auf einen gerechten Lastenausgleich sind hinreichend bekannt; sie gehören auch nicht zur Kompetenz des Landtags. Aber gerade dieses Lastenausgleichsgesetz wird der Prüfstein dafür sein, ob in Westdeutschland eine großzügige Sozialreform durchgeführt werden kann

Dr. Czermak

oder nicht. Wir verlangen nichts Unmögliches, aber dieser Lastenausgleich muß jedenfalls bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit gehen. Wenn Deutschland Gleichberechtigung in der Welt verlangt, dann muß es auch Gleichberechtigung im eigenen Lande geben. Wir müssen aber erklären, daß wir den vorliegenden Entwurf eines Lastenausgleichsgesetzes mit aller Entschiedenheit ablehnen.

(Beifall bei dem BHE)

Wir begrüßen vor allem den Hessenplan, über den hier im Hohen Hause auch volle Einmütigkeit bestanden hat. Er formuliert Forderungen, die wir schon jahrelang geltend gemacht haben. Durch einen großzügigen Wohnungs- und Siedlungsbau soll möglichst bald eine sinnvolle innere Umsiedlung durchgeführt werden, damit womöglich jeder dorthin kommt, wo er eine Existenz und eine Wohnung findet. Neben der Konzentration von Wohnungen und Siedlungen in den Großstädten muß auch eine Schwerpunktbildung von Industrien draußen in den Landkreisen erfolgen, wo der Großteil unserer Menschen sitzt. Wir wünschen nur dringend, daß auch dieser Hessenplan nicht in Planungen und Theorien stecken bleibt, nicht im Bürokratismus erstickt, sondern möglichst bald in die Praxis umgesetzt wird. Dabei blicken wir voller Hoffnung zunächst auf den Herrn Finanzminister.

In diesem Zusammenhang erscheint uns vor allem ein Ausbau des Landesamtes für Flüchtlingswesen, sowohl in seinen Kompetenzen als auch in seiner personellen und sachlichen Dotierung, notwendig. Dabei dürfen aber, weil dieser Hessenplan eine Verpflichtung aller Parteien ist, nicht parteipolitische Rücksichten, sondern es muß die persönliche und fachliche Qualifikation ausschlaggebend sein. Wir behalten uns auch vor, was wir schon einmal getan haben, hier in diesem Hohen Hause die Errichtung eines eigenen Vertriebenenausschusses zu beantragen. Wenn in Bonn ein Ministerium und in Bayern ein Staatssekretariat für diese Fragen besteht, so halten wir die Errichtung eines Vertriebenenausschusses hier im Parlament auch für begründet.

Der Lastenausgleich wie auch der Hessenplan können nur in engster Zusammenarbeit aller zuständigen Behörden mit dem BHE und den Organisationen der Vertriebenen und Kriegsgeschädigten durchgeführt werden, vor allem mit dem Landesverband der Heimatvertriebenen, den der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausdrücklich erwähnt hat, und dem Landesverband der Fliegergeschädigten.

Am schwersten ist, was auch wiederholt gesagt wurde, für unsere Bauern und Siedler der Verlust ihrer Heimat zu ertragen, weil gerade sie durch Grund und Boden am innigsten mit der Heimerde verbunden waren. Auf diesem Gebiete ist, offen gestanden, bisher herzlich wenig geschehen, trotz Bodenreform und trotz Flüchtlingssiedlungsgesetz. Wir bitten daher die neue Regierung, insbesondere auch die Frage der Sefthaftmachung des bäuerlichen Teiles der Heimatvertriebenen mit aller Energie voranzutreiben.

Wir müssen auch dringend darum bitten, daß die in der zweiten Durchführungsverordnung zum Flüchtlingsgesetz festgesetzte Quote von 15 Prozent von sämtlichen Behörden in die Praxis umgesetzt wird, und zwar nicht nur in den kleinen und untergeordneten Stellungen.

Wir stellen schließlich mit Dank fest, daß aus öffentlichen Mitteln und aus Mitteln der Soforthilfe schon weitgehend Kredite für Beschaffung von Wohnraum, Siedlungen und Existenzgründungen gewährt worden sind. Allerdings müssen diese öffentlichen Mittel nun auch tatsächlich in die Hände derjenigen gelangen, für

die sie bestimmt sind. Dabei müßte insbesondere die Monopolstellung gewisser Siedlungsgesellschaften überprüft werden.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Kreditbestimmungen der Banken und insbesondere der von ihnen geforderte Zinssatz durchaus nicht als angemessen anerkannt werden können. Wir wissen auch, daß noch Tausende und Tausende wirklich qualifizierter Bewerber auf eine Hilfe zur Gründung einer Existenz warten. Man möge dabei doch auch bedenken, daß wir Heimatvertriebenen aus dem Osten nicht nur eine Belastung darstellen, sondern daß wir auch eine wesentliche Bereicherung der heimischen Wirtschaft und Kultur bedeuten. Haben wir auch keine materiellen Güter mitgebracht, weil man uns drüben im Osten alles geraubt hat, so haben wir doch unsere jahrhundertealten Kulturgütern, unseren Fleiß, unsere gewerblichen Kenntnisse mit herübergebracht, und haben uns auch unseren Lebenswillen und gottlob auch unseren gesunden Humor erhalten.

(Beifall beim BHE)

In allen kulturellen Fragen, meine Damen und Herren, treten gerade wir, die wir aus dem Grenzland im Osten hierher gekommen sind, für Fortschritt und Toleranz, besonders im Schulwesen, ein. Die historische, kulturelle und politische Sendung und Bedeutung unserer Heimatländer müßte in allen Schulen im Unterricht besonders betont werden. Für religiöse Gegensätze haben gerade wir keinerlei Verständnis.

(Abg. Wagner-Fürfurt [SPD]: Sehr gut!)

Da jetzt auch Hessen Grenzland geworden ist, glauben wir in aller Bescheidenheit sagen zu können, daß ein Teil unseres grenzlanddeutschen Geistes auf vielen Gebieten sicherlich nur von Nutzen sein könnte.

(Abg. Bleek [FDP]: Sehr gut!)

Das gäbe dann eine gesunde Mischung.

Schwere Sorgen macht gerade uns als den sozial Schwächsten die Arbeitslosigkeit, die Kohlennot und das Gespenst einer allgemeinen Teuerung, bedingt durch die Weltlage. Hier erwarten wir energische Maßnahmen der neuen Regierung.

Wir erwarten auch eine Einwirkung der Regierung des Landes Hessen auf die Bundesregierung für eine Gleichstellung unserer Pensionäre und Rentner, eine großzügige Unterstützung unserer Heimkehrer, eine humane — allerdings individuelle — Behandlung der Ostzongengänger, und nicht zuletzt — was uns am meisten am Herzen liegt — Erziehungs- und Existenzmöglichkeiten für unsere Jugend.

Über die Entnazifizierung ist nicht mehr viel zu sagen. Wir wollen sie möglichst bald zu Grabe tragen mit dem Spruch von Grillparzer: „Hört' ihr Leut' und laßt euch sagen, die Politik hat die Justiz erschlagen“. Umso dringender aber erscheint uns die Beseitigung der Folgen dieser Entnazifizierung, insbesondere die Durchführung des Artikels 131 des Grundgesetzes, die Wiederherstellung der erworbenen Rechte der verdrängten Beamten, der Angestellten und der ehemaligen Berufssoldaten.

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine ganze Reihe von Fragen, die sowohl in der Regierungserklärung angeschnitten als auch in den Erklärungen der Redner der Parteien, die nicht in der Regierung vertreten sind, heute aufgeworfen worden sind. Ich will davon absehen, darauf näher einzugehen. Es ist schon genug gesprochen worden. Wir wollen uns auch mit Absicht in gewissen Fragen eine Reserve auferlegen und erst nach gründlicher Überprüfung der gesamten

Wittrock, W.

Materie und nachdem konkrete Anträge vorliegen werden, zu ihnen Stellung nehmen. Dazu wird sich während der praktischen Arbeit des Landtags, die hoffentlich recht bald beginnen wird, hinreichend Gelegenheit bieten.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Ich hoffe, daß auch Sie den Eindruck gewonnen haben, daß sich — etwas populär ausgedrückt — mit uns reden läßt, parlamentarisch formuliert: daß Demokratie Diskussion ist, allerdings nicht nur Diskussion. Mit diesem freundlichen Aspekt wollen wir in diesen schweren gefährlichen Zeiten zusammenarbeiten; Sie in der Regierung, wir in einer durchaus positiven und vernünftigen Opposition, zum Wohle unseres Hessenlandes, zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes!

(Beifall beim BHE)

Präsident Witte:

Als letzter Redner hat das Wort Herr Abgeordneter W. Wittrock.

Abg. W. Wittrock (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von der Rede des Herrn Ministerpräsidenten wiederholt ausgelöste starke Beifall auch auf den Bänken der Opposition hat wohl die Richtigkeit und die Klarheit der politischen Konzeption und Zielsetzung dieser Regierungserklärung bewiesen. In Ergänzung der Ausführungen meines Parteifreundes Bodenbender kann ich mich deshalb darauf beschränken, auf einige Bemerkungen einzugehen, die von den Rednern der Oppositionsparteien hier gemacht worden sind. Wenn hier von den rethorisch besten Rednern die Auffassung der Opposition vorgetragen worden ist, so glaube ich namens meiner Fraktion unserer besonderen Freude darüber Ausdruck geben zu können, daß die Debatte, sachlich und fair geführt, hat erkennen lassen, daß man dem ehrlichen Willen des Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter Verständnis entgegenbringt.

Wenn ich auf die Ausführungen des letzten Diskussionsredners, des Kollegen Dr. Czermak, zuerst eingehe, so darf ich sagen: Wir freuen uns darüber, daß gerade er als Vertreter eines Teiles der Heimatvertriebenen hier die schweren Nöte herausgestellt hat, unter denen weite Kreise der Heimatvertriebenen noch leiden und die auch schon der erste Hessische Landtag gewürdigt hat. Wir haben uns bemüht, dieser Notlage nach Möglichkeit abzuhelfen; denn wir wissen, daß es am allerschwersten zu ertragen ist, wenn man neben dem Verlust von Angehörigen, neben dem Verlust von Haus und Hof und Habe auch noch seine Heimat verloren hat. Deshalb werden wir alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Hilfsmaßnahmen, die schon das bisherige Kabinett — letztlich doch wohl vorbildlich für das ganze Bundesgebiet — zur Milderung der Notlage der Heimatvertriebenen, zur Ermöglichung der Selbstmachung und der Gründung einer Existenz getroffen hat, auch weiterhin unterstützen. Auf eines allerdings, Herr Kollege Dr. Czermak, glaube ich dabei hinweisen zu müssen: Wir nehmen in besonderem Maße für die Sozialdemokratische Partei in Anspruch, daß sie immer dafür eingetreten ist, daß denjenigen, die sozial am schwächsten gestellt sind, und die am meisten unter der Not leiden, weitestgehend geholfen wird. Auch die anderen Parteien haben in dieser Beziehung ihre Pflicht getan. Wir müssen darauf hinweisen, was einmal ein deutscher Dichter gesagt hat: „Wer über den Parteien glaubt zu stehen, der steht zumeist beträchtlich unter ihnen“. Deshalb glaube ich, neben der Versicherung, daß wir für die Heimatvertriebenen alles tun werden, was nur möglich ist, Ihnen sagen zu sollen, daß nun auch Sie

bemüht sein müßten, unser ehrliches Bestreben und die in die Augen springenden Erfolge unserer Tätigkeit anzuerkennen.

Ich darf dann noch einige Worte sagen zu den Ausführungen unseres Kollegen Bleek, des Fraktionsvorsitzenden der FDP, der uns ja schon vom ersten Landtag mit seinen rethorischen Übungen bekannt ist.

(Abg. Bleek [FDP]: Aus den Übungen bin ich schon heraus! — Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Er nimmt schon an einem Kursus für Fortgeschrittene teil!)

Auch wir begrüßen es, Herr Kollege Bleek, daß Sie namens Ihrer Fraktion die Auffassung vertreten haben, es müsse schleunigst eine Neugestaltung der Ländergrenzen herbeigeführt werden, um die Zersplitterung unserer Bundesrepublik auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Wir werden alle Bestrebungen bekämpfen, die in überspitzt föderalistischen und beinahe als partikularistisch zu bezeichnenden Auffassungen einen Weg suchen, und wir werden die Regierung bitten, im Bundesrat bei der Behandlung dieser Fragen, die auch die Außenpolitik berühren, die Widerstände gegen eine Neuordnung der Länder, die von bestimmter Seite noch bis in die letzte Zeit hinein verschärft geltend gemacht wurden, zu bekämpfen. Dabei möge der große Gedanke, den die deutsche Sozialdemokratie schon seit Jahrzehnten verfolgt hat, nämlich die deutsch-französische Verständigung, seine Verwirklichung finden!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Herr Kollege Bleek dann angedeutet hat, er hätte gewünscht, daß eine Novelle zur hessischen Verfassung angekündigt worden wäre mit der Zielsetzung,

(Abg. Bleek [FDP]: So habe ich es nicht gesagt!)

daß die Bestimmungen über gewisse Kompetenzen, die inzwischen mehr oder weniger auf den Bund übergegangen sind, aus der Verfassung herausgenommen werden, so ist hier, wohl der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

(Abg. Bleek [FDP]- So habe ich es nicht einmal gesagt. Da haben Sie meine Stilübungen nicht ganz verstanden!)

Ich glaube, daß diese Wünsche nach dem Wahlausgang vom 19. November nunmehr endgültig zu Grabe getragen werden können. Ich glaube aber, Herr Kollege Bleek, es wäre viel mehr angebracht, im Bundestag — dort ist ja Ihre Partei an der Regierung beteiligt — möglichst bald eine Novelle einzubringen mit dem Ziele, im Grundgesetz die Lücken auszufüllen, die darin, wie sich aus den heutigen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten ergibt, noch enthalten sind.

Sehr geschätzter Herr Kollege Bleek, Sie haben bei der Besprechung des Wahlergebnisses den Ausdruck „Fußvolk“ gebraucht. Ich muß Ihnen namens meiner Fraktion sagen, daß wir auf dieses „Fußvolk“, das uns am 19. November mit 820 000 Stimmen seine Zustimmung zu unserer Politik und den Auftrag zur Regierungsbildung gegeben hat, daß wir auf diese Mitstreiter und Anhänger unserer Partei stolz sind.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Kollege Bleek, daß wir Ihnen zu dem Schwund Ihres Fußvolks, das besonders in bezug auf Parteianhängerschaft nie sehr stark war,

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Die sind zu stark motorisiert!)

daß wir Ihnen zu diesem Schwund allerdings unser herzlichstes Beileid aussprechen wollen.

Wiltrock, W.

(Abg. Bleek [FDP]: Das tröstet mich! Wir haben gar keinen Schwund. Sie müssen sich an den Kollegen Dr. Großkopf wenden; der hat Schwund!)

— Auch Sie haben Schwund! Bisher waren Sie vierzehn, jetzt sind Sie nur noch dreizehn Abgeordnete.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Das ist „Schwindel“! —
Abg. Bleek [FDP]: Nein, 21 weniger 8, so ist es!
— Zuruf: Das ist nur optisch!)

Wenn bezüglich des Artikels 42 der hessischen Verfassung gewisse Anregungen gegeben wurden wegen der Durchführung der Bodenreform im Lande Hessen, dann wissen wir, meine Damen und Herren, daß wir in unserem Gebiet eine überdurchschnittlich rein bäuerliche Bevölkerung mit verhältnismäßig wenig Großgrundbesitz haben. Wenn bei uns eine Lage wie in den früheren deutschen Ostgebieten, namentlich in Schlesien oder in Pommern bestünde, würde natürlich die Durchführung der Bodenreform zur Befriedigung echter sozialer Bedürfnisse von Tausenden heimatvertriebener Bauern usw. viel leichter möglich sein. Aber wir dürfen doch darauf hinweisen, daß es dem bisherigen Kabinett Stock-Hilpert unter der Mitarbeit der früheren Regierungsparteien gelungen ist, trotz der hier in Hessen bestehenden anderen Verhältnisse rund 500 Bauern- und Siedlerstellen für heimatvertriebene Landwirte zu schaffen.

Wenn über die Frage des Verhältnisses der Gewerkschaften zu Regierung und Parlament gesprochen worden ist und dabei gewisse Warnungen ausgesprochen worden sind, dann darf ich namens meiner Fraktion betonen, daß wir die in der Regierungserklärung ange deutete enge Zusammenarbeit zwischen der neuen hessischen Landesregierung und den Gewerkschaften nicht nur begrüßen, sondern daß wir sie geradezu für eine staatspolitische Pflicht halten.

(Sehr gut! bei der SPD)

Wir betrachten — das haben wir bereits früher zum Ausdruck gebracht — die echte Zusammenarbeit als einen Weg zu wirklicher Entspannung der sozialen Gegensätze, die sich in den letzten Jahren zweifellos immer mehr verschärft haben.

Über die Frage der Wahlanalyse will ich nichts weiter sagen. Unser früherer Finanzminister, der sehr geschätzte Herr Kollege Dr. Hilpert, hat dazu schon einiges ausgeführt. Man kann alle möglichen Erwägungen anstellen. Aber eines möchte ich in diesem Zusammenhang doch zum Ausdruck bringen: Wenn immer wieder gesagt wird, daß der Sozialdemokratischen Partei nur infolge der geringen Wahlbeteiligung dieser Erfolg zugefallen sei, dann darf ich doch darauf hinweisen, daß besonders in Nordhessen und auch in anderen Gegenden unseres Landes vielfach eine Wahlbeteiligung bis zu 80 Prozent erreicht worden ist und daß gerade in diesen Wahlkreisen eine absolut echte Zunahme von Stimmen für meine Parteifreunde eingetreten ist. Hierdurch wird die Behauptung, die geringe Wahlbeteiligung habe sich zu unseren Gunsten ausgewirkt, widerlegt.

Ich darf noch daran erinnern, daß wir gemeinsam mit Ihnen, das heißt mit den beiden jetzt größten Fraktionen der Opposition, dieses kombinierte Wahlsystem, wie aus den eingehenden Debatten im Landtag noch bekannt sein dürfte, geschaffen haben, um besonders auch eine Regierungsbildung zu erleichtern. Wenn nun auf Grund dieses Wahlsystems eine Partei eine erhebliche Majorität im Parlament erhalten hat, dann hat diese Partei auch die Verpflichtung, die in dieser Zeit zweifellos nicht leichte Verantwortung allein zu

übernehmen. Das ist geschehen, und zwar mit der Begründung, die in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Hilpert als dem Vertreter der Fraktion der CDU. Ich darf auch hier für unsere Fraktion der Freude Ausdruck geben, daß er in klarer Weise die Schicksalsgemeinschaft, in der wir alle stehen, hervorgekehrt hat. Wir wissen, welche große Verantwortung die neue Regierung und damit wir als Sozialdemokratische Fraktion und Partei übernommen haben. Aber wir vertrauen darauf, daß wir in all den Fragen, in denen wir schon aus nationalen Gründen zusammenstehen müssen, auch gemeinsam den Weg finden werden, der der gesamten deutschen Bevölkerung dient. Ich darf auch hier sagen: Wir wünschen die gesetzgeberische Arbeit, insbesondere die weitere Ausführung unserer Verfassung vom 1. Dezember 1947, auf eine möglichst breite, ja auf die allerbreiteste Grundlage zu stellen. Sie kennen, meine Herren Kollegen und Kolleginnen, unsere Auffassung, die wir in dieser Richtung bereits im alten Landtag in den maßgeblichen Arbeitsausschüssen vertreten haben. Wir werden den bisher eingeschlagenen Weg weiter verfolgen.

Wenn — hier möchte ich im großen und ganzen der Argumentation des Herrn Kollegen Dr. Hilpert, die in staatspolitischer Hinsicht sehr interessant war, folgen — die Frage unseres Beitrags zur Verteidigung besprochen wurde, dann glauben wir, daß diese Gedanken, wenn wir sie bis zum letzten durchdenken, letztlich dazu führen, eine bestimmte Diskrepanz zwischen der Auffassung der Bevölkerung und der Regierungsmehrheit des Bundesparlaments festzustellen. Die von unserem ersten Parteivorsitzenden, Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Kurt Schumacher, vertretenen Forderung, den Bundestag aufzulösen, dürfte daher wohl berechtigt sein.

(Abg. Landgrebe [FDP]: Vorsichtig!)

Doch von der hohen Politik jetzt wieder zur Landespolitik zurück. Ich habe mir noch ein Stichwort notiert: Landespersonalamt. Hierzu nur ein paar Sätze. Ich weiß, dieses Wort hat im Landtag und in den Ausschüssen immer

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: — — — einen echt Wittrock'schen Klang gehabt! — Heiterkeit)

wie ein rotes Tuch gewirkt.

Herr Kollege Dr. Hilpert, Sie wissen, was ich vertreten habe. Wenn ich Ihnen jetzt sage, daß die Schaffung einer zentralen Personalbehörde von den Beamten-gewerkschaften bereits seit Mitte der zwanziger Jahre gefordert worden ist, dann ersehen Sie daraus, daß das kein Steckenpferd von mir persönlich ist,

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Dann sind Sie also ein Antipode!)

sondern, daß diese gewerkschaftliche Forderung im Interesse der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gestellt wurde. Es war kein Zweifel darüber, daß dieses Amt nur ein Grundsatzamt sein soll und daß es auch nicht bei den personellen Einzelentscheidungen, weder auf der Landesebene, noch — und daran war schon gar nicht gedacht —, auf der Ebene der Selbstverwaltung irgendwelchen Einfluß nehmen soll. Aber dieses Neben- und Gegeneinander in den verschiedenen Ressorts auf dem Gebiete der Verwaltung und der Personalpolitik muß endlich einmal aufhören. Von diesem Standpunkt aus haben sich auch die Vertreter aller jetzt hier im Landtag vertretenen Parteien — mit Ausnahme der neuen Fraktion des BHE — leiten lassen,

als sie im Beamtenausschuß des alten Landtags anlässlich der Beratung des Gesetzentwurfs über den öffentlichen Dienst über die Notwendigkeit der Schaffung dieses Amtes einig waren und auch einmütig die Kompetenzen abgrenzten. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Dann noch ein paar Worte zur Frage der Lehrerbildung. Hier möchte ich vollinhaltlich das unterstützen, was der Fraktionsvorsitzende der CDU ausgeführt hat, und ich möchte betonen, daß gute Pädagogen zur Ausbidung der jungen Lehrer sowohl in fachlicher wie besonders auch in staatspolitischer Hinsicht unbedingt notwendig sind, um die Mängel, die heute Tag für Tag immer wieder in Erscheinung treten, zu beseitigen. Ich bitte den Herrn Kultusminister, in dieser Richtung alles zu tun und an die Spitze seiner Reformbestrebungen die alsbaldige Verabschiedung des Lehrerbildungsgesetzes zu stellen.

Noch ein Wort zu einer Frage, der auch wir größte Bedeutung beimessen: zur Frage des Verhältnisses von Parlament und Regierung zu Presse und Rundfunk. Es ist außerordentlich bezeichnend, wenn hier in diesem Hause, im Bundestag und anderswo mit mehr oder weniger Berechtigung stärkste Kritik geübt worden ist. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß wir es für richtig halten, mit Rundfunk und Presse nicht nur zu einer Art Vernunfttheke zu kommen, sondern wir wollen sogar bestrebt sein, ein echtes Liebesverhältnis herbeizuführen.

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Na, na! —

Abg. Bleek [FDP]: Ohne Folgen! — Heiterkeit)

— Jawohl! Wobei natürlich die Tatsache festgestellt werden muß, daß man sich auch in der besten Ehe einmal zankt oder streitet; aber das frischt dann nur die Liebe auf. Ich habe schon mehrfach betont, und zwar an dieser Stelle und auch in persönlichen Gesprächen mit den Vertretern der Presse, daß wir eine bessere und umfangreichere Berichterstattung über die Plenarsitzungen des Landtags und des Bundestages für notwendig halten. Es wäre im Interesse einer gesunden Entwicklung der Demokratie erwünscht, wenn zum Beispiel von der heutigen Sitzung des Landtags nicht nur die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, sondern auch die wichtigsten Punkte der heutigen Debatte in umfassender und objektiver Weise der Bevölkerung dargestellt würden. Ich kenne die Einwände bezüglich Platzmangels usw.; aber auch sie lassen sich höchstwahrscheinlich überwinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der sozialdemokratischen Fraktion beglückwünschen den Herrn Ministerpräsidenten zur Auswahl seiner Mitarbeiter und damit zur Zusammensetzung der neuen Regierung. Wir glauben sagen zu können, daß diese neue Regierung wohl als eine Einheit angesprochen werden kann, von der man annehmen darf, daß sie die zweifellos doch sehr schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die ihr bevorstehen, bewältigen wird. Es sind schon einige aktuelle Probleme angeschnitten worden, die uns jetzt sehr auf den Nägeln brennen. Wenn wir gestern in der Presse gelesen haben, daß in Auswirkung des Kohlenmangels die Bundesbahn dazu übergehen mußte, eine große Reihe von Verkehrseinschränkungen vorzunehmen, so wollen wir doch hoffen, daß das nur eine vorübergehende Erscheinung sein möchte. Wenn wir in den neuesten statistischen Berichten lesen, daß sich im Monat Dezember, nicht zuletzt sicherlich durch den plötzlichen Kälteeinbruch, die Arbeitslosenziffer erheblich gesteigert hat und zwar im Bundesgebiet um rund 380 000 Personen auf 1,7 Millionen und in Hessen um 35 000 Menschen, dann wissen wir, welche Summe von Not, Elend und Kummer in diesen Zahlen enthalten ist. Wir richten die ernste und

dringende Bitte an die neue Staatsregierung, alle nur möglichen Maßnahmen zur Linderung der Not der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Kreise zu treffen. Unsere Fraktion wird selbstverständlich alles unterstützen, was in dieser Beziehung seitens der Regierung durchgeführt wird.

Wir sprechen in diesem Zusammenhang auch nochmals den Wunsch an alle Fraktionen der rechten Seite des Hauses aus, daß sie sich durch eine konstruktive Mitarbeit in der kommenden Zeit zur Verfügung stellen möchten. Alle Anregungen und alle Anträge werden von uns einer sorgfältigen und eingehenden Prüfung unterzogen werden. Wir werden versuchen, die schweren Probleme gemeinsam zu meistern. Ich glaube, daß ich diesen Wunsch nicht besonders auszusprechen habe; es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir in allen Lebensfragen, besonders aber zur endgültigen Erringung unserer Souveränität im Rahmen eines freien Europas, zusammenstehen müssen.

Präsident Witte — unterbrechend —:

Herr Abg. Wittrock, Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten; ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. W. Wittrock (SPD) — fortfahrend —:

Meine Damen und Herren! Im Mittelpunkt aller Maßnahmen und aller politischen Handlungen der neuen Regierung muß die werktätige Bevölkerung, muß der schaffende Mensch stehen. Daher wird unsere Fraktion die Regierung uneingeschränkt unterstützen. Wir werden im übrigen alles daransetzen, einen modernen Sozialstaat zu schaffen, im Interesse einer gesunden fortschrittlichen Entwicklung der Demokratie in unserem Lande Hessen und zum Wohle Gesamtdeutschlands.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Witte:

Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zu **Punkt 3** der Tagesordnung:
Beschlußfassung gemäß Artikel 101 Abs. 4 der Verfassung des Landes Hessen

Dazu liegt ein Antrag der Fraktion der SPD Drucksache Abt. I Nr. 8 vor, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt Kenntnis von der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Zinn vom 10. Januar 1951 und spricht der von ihm gebildeten Landesregierung das Vertrauen gemäß Artikel 101 der hessischen Verfassung aus.“

Über diesen Antrag müssen wir jetzt abstimmen. Ich würde vorschlagen, daß wir die Abstimmung der besonderen Bedeutung wegen so vornehmen, daß die Damen und Herren, die mit Ja stimmen wollen, sich von ihren Plätzen erheben.

(Zustimmung)

Ich bitte die Damen und Herren, die der neuen Regierung das Vertrauen aussprechen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten der SPD erheben sich von den Plätzen)

Der Wichtigkeit halber bitte ich um Auszählung der Stimmen — 44 Stimmen für die Regierung. — Ich bitte um die Gegenprobe.

(Die Abgeordneten der FDP erheben sich von ihren Plätzen)

Präsident Witte

— 11 Stimmen dagegen. Darf ich bei den anderen Herren Stimmenthaltung annehmen? — Vielleicht nehmen wir aber auch hier der Ordnung halber eine Auszählung vor.

(Abg. Dr. Hilpert [CDU]: Am einfachsten ist es, wenn die Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten wollen, aufstehen!)

— 20 Enthaltungen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Ergebnis noch einmal mitteilen: 44 Mitglieder des Hauses haben der Regierung das Vertrauen ausgesprochen; mit Nein gestimmt haben 11 Mitglieder; 20 Mitglieder des Hauses haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Landesregierung das Vertrauen des Landtags ausgesprochen worden.

(Starker Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zu **Punkt 4**, dem letzten Punkte der Tagesordnung:

Vereidigung der Staatsminister gemäß Artikel 111 der Verfassung des Landes Hessen

Die Vereidigung der Herren Staatsminister hat gemäß Artikel 111 der Verfassung der Herr Ministerpräsident vorzunehmen. Ich darf den Herrn Ministerpräsidenten bitten, diesen Akt hier durchzuführen.

Ministerpräsident Zinn:

(tritt vor das Präsidium)

Ich darf die Mitglieder der neuen Landesregierung hierher bitten.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen; die Mitglieder der neuen Landesregierung treten vor das Präsidium)

Nach Artikel 111 der Verfassung des Landes Hessen haben die Minister beim Amtsantritt vor dem Ministerpräsidenten in Anwesenheit des Landtags den Amtseid zu leisten. Ich lese die Eidesformel vor, und jeder einzelne von Ihnen leistet den Eid, indem er erklärt: Ich schwöre es! Ich bitte Sie, die rechte Hand zu erheben.

„Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geiste befolgen und verteidigen werde.“

Ich bitte die Herren, den Eid zu leisten.

Herr Minister Zinnkann!

Minister Zinnkann:

Ich schwöre es!

Ministerpräsident Zinn:

Herr Minister Dr. Troeger!

Minister Dr. Troeger:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Ministerpräsident Zinn:

Herr Minister Metzger!

Minister Metzger:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Ministerpräsident Zinn:

Herr Minister Fischer!

Minister Fischer:

Ich schwöre es!

Ministerpräsident Zinn:

Ich danke Ihnen.

Herr Präsident, die Herren Minister haben den Eid geleistet!

Präsident Witte:

Meine Damen und Herren! Ich darf im Namen des Landtags zunächst der scheidenden Landesregierung für die dem Lande Hessen in schwerster Zeit geleistete Arbeit den Dank aussprechen. Wir hoffen, daß Sie (zu den scheidenden Ministern gewandt) Ihre wertvolle Arbeitskraft und Ihre reichen Erfahrungen auch in Zukunft unserem Lande und seinen Bewohnern zur Verfügung stellen werden. Gleichzeitig möchte ich, auch der neuen Landesregierung die Glückwünsche im Namen des Landtages aussprechen und damit die Hoffnung verbinden, daß ihre Amtszeit von Erfolg gekrönt sein möge, zum Segen und Nutzen unseres Volkes.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf noch bekanntgeben, daß der Ältestenrat sich gestern mit der Geschäftslage beschäftigt und als voraussichtlichen Termin der nächsten Sitzung den 31. Januar festgelegt hat. Ich habe jedoch die Ermächtigung erhalten, die Sitzung eventuell erst für einen späteren Termin einzuberufen, falls bis dahin noch nicht genügend Arbeitsstoff vorliegt. Die Einladungen werden rechtzeitig erfolgen. Ich danke Ihnen für Ihr Ausharren und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 17.27 Uhr)